



Sezession

Geschichts- politik

Autorenportrait
Karlheinz Weißmann

Stefan Scheil
23. Mai 1945

Friedrich Pohlmann
Der Historikerstreit

Ernst Nolte
Was ist Revisionismus?

Götz Kubitschek
Im »Jungen Salon«

66

JUNI 2015
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang
Dvorak-Stocker, Ellen Kositzka,
Götz Kubitschek (verantwortlich)
und Erik Lehnert.

13. Jahrgang, Heft 66,
Juni 2015

Sezession erscheint im Februar,
April, Juni, August, Oktober und
Dezember. Der Preis für das
Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Ver-
sandkosten. Wer *Sezession* für
mehr als lesenswert hält, kann ein
Förderabonnement (75 €/sechs
Hefte) zeichnen. Das normale Jah-
resabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge
Leser in Ausbildung), jeweils inkl.
Versand. Auslandsabonnenten be-
zahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlän-
gert es sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel
im Heft vorbehalten. Für Anzeigen-
kunden gilt die Preisliste Nr. 11
vom Oktober 2012.

Manuskripte sind stets willkom-
men und sollten als Kurzbeitrag
9000 und als Grundlagen-
beitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel/Fax: (03 46 32) 9 09 41

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

Postbank Leipzig
BLZ 860 100 90
Kto 913 644 908

ISSN 1611-5910

Editorial

Bild und Text

- 2 23. Mai 1945
Stefan Scheil

Thema

- 4 Autorenporträt Karlheinz Weißmann
Martin Lichtmesz
- 10 Geschichtspolitik 2015
Erik Lehnert
- 14 Vergangenheitsbewirtschaftung
Thorsten Hinz
- 18 Der Historikerstreit
Friedrich Pohlmann
- 24 Postpragmatismus oder:
Im »Jungen Salon«
Götz Kubitschek
- 28 Preußens Irrfahrt in der DDR
Jan von Flocken
- 30 Abrechnung mit der Vergangenheit
Klaus Hammel

Bildinnenteil

- 32 Kunst hat die Aufgabe zu kräftigen –
Der Maler Sebastian Hennig
Frank Böckelmann
- 34 Über den Begriff des »Revisionismus«
Ernst Nolte
- 40 Geschichtspolitische Debatten nach 1945
Ellen Kositzka und Erik Lehnert

Bücher

- 46 Deutsche Schriftsteller auf dem
geschichtspolitischen Schlachtfeld
Michael Rieger
- 50 100 Jahre nach Musa Dagh
Konrad Gill
- 52 Napoleons Ende 1815 – eine Bücherschau
Konrad Gill
- 54 Rezensionen

Vermischtes

Autorenangaben finden Sie in diesem
Heft auf Seite 9.

Zwei Neunzigjährige

von Götz Kubitschek

Am 5. Juli wird der französische Romancier Jean Raspail neunzig Jahre alt. Wir widmeten ihm im Themenheft »Reaktion« unserer Zeitschrift vor zwei Jahren ein Autorenporträt. Joachim Volkmann, einer seiner Übersetzer, urteilte darin, daß Raspail in Deutschland zu Unrecht ein Unbekannter geblieben sei: Von den über dreißig Romanen und Großreportagen Raspails sind bisher erst fünf ins Deutsche übersetzt worden. Unser Verlag hat vor zwei Jahren mit *Sieben Reiter verließen die Stadt* eines der zentralen Werke veröffentlicht und im vergangenen Jahr ein Essaybändchen mit politischen Texten und Interviews nachgereicht.

Nun erscheint Raspails polarisierender Roman *Das Heerlager der Heiligen* in einer Neuübersetzung, die Martin Lichtmesz für uns angefertigt hat. Schon dieses düstere Szenario allein hätte es verdient, wahrgenommen und in seiner prognostischen Kraft diskutiert zu werden. Dieser Roman aus dem Jahre 1973 beschreibt die Invasion der Mittelmeerküste Frankreichs durch eine knappe Million Inder, die über Wochen auf maroden Kuttern das Kap der Guten Hoffnung umschiffen und dabei die Verteidigungsschwäche Europas offenbart haben. Es ist beängstigend, wie genau Raspail die Verhaltensmuster der »Zivilgesellschaft«, den Jargon des kulturellen Selbsthasses, die Mechanismen der Selbstaufgabe, die Ohnmacht der wenigen Widerständigen und das Gefälle der aufeinanderprallenden Kulturen vorhergesehen und beschrieben hat.

Manche Passagen der Neuübertragung könnten Zitate aus den Mündern Joachim Gaucks, Claudia Roths, Cem Özdemirs, Maybrit Illners, Michel Friedmans sein, und wir alle wissen, daß die Äußerungen solcher Prominenten durch die Gesellschaft sickern wie Gift. Die Aktualität der Zusammenhänge zwischen Verblendung, politischem Experiment und unfähiger Verantwortungslosigkeit ist schlagend, und seit einem Jahr wissen wir, daß der von Raspail beschriebene Vorgang kein schleichen-der mehr ist, sondern an den Südküsten Europas Tag für Tag abläuft. Raspail schreibt über diesen Vorgang voller Ekel. Es ist in der Tat nur schwer zu begreifen, warum wir das, was an Größe und Geschichte aus anderthalb Jahrtausenden auf uns lastet, abzuwerfen bereit sind, einfach so.

Diese Größe und Geschichte zu begreifen und weiterzutragen, war zeitlebens auch das Ansinnen Hans Bergels, ebenfalls ein Autor des Jahrgangs 1925, mit dem uns Geist und Arbeit verbinden. Er wird am 26. Juli neunzig Jahre alt, stammt aus Rosenau bei Kronstadt im Burzenland und ist mithin Angehöriger jener Volksgruppe der Rumäniendeutschen, der nach dem Einmarsch der Sowjetarmee 1944 und während der kommunistischen Jahrzehnte in unglaublicher Grausamkeit mitgespielt wurde.

Bergel konnte 1968 nach Jahren der Kerkerhaft und in Arbeitslagern in die Bundesrepublik ausreisen – und traf in München auf demonstrierende Studenten, die Konterfeis kommunistischer Massenmörder durch die Straßen trugen und für ein geistiges Klima sorgten, in dem Berichte von den Schinderstätten der Securitate kein offenes Ohr fanden. Dennoch nahm Bergel den Kampf um die Befreiung seiner Landsleute auf und legte zugleich ein umfangreiches Werk vor, in dessen Mittelpunkt eine Familiensaga in drei Bänden steht. Am dritten Band arbeitet der hochbetagte Bergel derzeit, und eigentlich war vereinbart, daß unser Verlag die beiden ersten Teile in einer Neuauflage wieder zugänglich machen und – hoffentlich – mit dem Schlußstein würde krönen dürfen: *Wenn die Adler kommen* und *Die Wiederkehr der Wölfe* sind – bei aller Holzschnittartigkeit, die manchmal durchdrückt – Romane, die den Geist jener Ambivalenz atmen, mit der ein Deutscher die Jahre 1933 bis 1945 durchleben, wahrnehmen und beurteilen konnte.

Als wir im Sommer des vergangenen Jahres bei Bergel saßen, sprachen wir über mögliche Fortführungen des dritten Teils. Nun, ein Jahr später, haben sich diese Verlegerpläne zerschlagen: Bergel veröffentlicht an marginalem Ort. Seine schriftliche Begründung ist ein Dokument der Resignation, das den Ton jenes Briefwechsels aufgreift, den wir mit Bergel führten und in der 56. *Sezession* (Oktober 2013) unter dem Titel »Die zweifach verlorene Heimat« veröffentlichten: Es gibt keine Hoffnung mehr, und so soll das Werk friedlich und in einem neutraleren Verlag erscheinen. Wir konnten ihm diese Fehleinschätzung der Lage nicht ausreden. Wenn nun aber selbst ihm nicht: Wem denn dann in Zukunft? ■



23. Mai 1945

von Stefan Scheil

Es waren drei Anmerkungen zum Abschluß: »Ich werde die Niederlage meines Volkes nicht überleben. Nach außen keine Kapitulation, nach innen keine Revolution.« Mit diesen Ankündigungen beendete der deutsche Staats- und Parteichef am 23. November 1939 eine Ansprache vor der engeren Staats- und Militärführung. Sie paßten in ihrem Tenor zu einer ganzen Reihe ähnlicher Bemerkungen aus dieser Zeit. Wer in den damaligen internen Äußerungen einen Diktator namens Hitler sucht, der frohgemut oder wenigstens siegesgewiß zur Eroberung von Teilen der Welt aufbricht, der wird nicht fündig. Schon der dürre Beifall des sicherheitshalber zusammengerufenen Reichstags gab die Richtung vor, als dessen Mitgliedern am 27. August auf einem Empfang in der Neuen Reichskanzlei von Hitler erklärt worden war, der Krieg sei wohl doch nicht zu vermeiden. Der Kampf werde aber schwer und möglicherweise aussichtslos.

Doch war und blieb es nicht der einzige 23., der in dieser neueren deutschen Geschichte eine besondere Rolle spielen sollte. Auf den Tag genau ein halbes Jahr zuvor hatte die gleiche Person am 23. Mai einem fast identischen Zuhörerkreis versichert, er »werde nicht der Idiot sein, der wegen Polen in einen Krieg schliddert.« Und auf den Tag genau sechs Jahre nach dem 23. Mai 1939 kam dann das Ende dieser Phase des Krieges. Die Alliierten verhafteten die deutsche Reichsregierung und deren Regierungschef Karl Dönitz.

Freunde assoziativer Analysen könnten nun zügig vier Jahre weiterspringen, zum nächsten 23., dem Mai 1949 und damit zum Gründungstag der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings haben derartige Zahlenspiele wohl weniger Aussagekraft als eine Betrachtung der näheren Umstände und Folgen des 23. Mai 1945. Tatsächlich besiegelte dieser Tag die im November 1939 vorausgesagte Entwicklung. Der Diktator war tot, eine Revolution von innen war ebenso ausgeblieben wie eine Kapitulation nach außen. Zwar hatten die deutschen Streitkräfte am 8./9. Mai 1945 offiziell den Widerstand eingestellt. Die Regierung selbst hatte dies aber bewußt nicht als politische Erklärung, sondern als rein militärischen Akt gestaltet. Kein Kabinettsmitglied war an der Kapitulation der Streitkräfte beteiligt, statt dessen handelten die beteiligten deutschen Offiziere auf Vollmacht der deutschen Regierung, die also durch die Annahme der militärischen Kapitula-

tion unter diesen Umständen von den Alliierten indirekt anerkannt worden war. Zudem blieb ein kleines Stück Deutschland unbesetzt. In dieser Enklave besaß die deutsche Regierung ein Fleckchen eigenes Territorium, in dem sie tatsächlich Regierungsgewalt ausüben konnte, was in der Regel eine Voraussetzung für die Anerkennung jedweder Regierung ist.

Zweifellos hatte es Zeiten gegeben, in denen solche völkerrechtlichen Feinheiten einen gewissen Einfluß auf den tatsächlichen Gang der Dinge gehabt hatten. Das Deutsche Reich selbst und die damals verbündete Sowjetunion hatten 1939 den Fortbestand einer Regierung der eben besiegten Republik Polen ausdrücklich auch mit dem Argument bestritten, daß bei dem im Londoner Exil residierenden Personenkreis, der diesen Anspruch erhob, weder personelle Kontinuität noch tatsächliche Herrschaft vorliegen würde. Polen sei demnach »zerfallen«, als Staat nicht mehr existent und alle mit diesem Staat geschlossenen Verträge automatisch nichtig.

Wer also mit dem eben besiegten Deutschland im Jahr 1945 politisch etwas Konstruktives anfangen wollte, für den konnte die weitere Existenz einer deutschen Regierung, die man gegebenenfalls einen Vertrag unterschreiben lassen konnte, durchaus von Vorteil sein. Die in Schleswig-Holstein sitzende Regierung Dönitz war nun faktisch in der Hand der Westmächte. So scheint es denn eben in der Führungszentrale der Sowjetunion Sorgen in dieser Beziehung gegeben zu haben. Im Vorjahr 1944 war man selbst wieder nach Polen vorgedrungen und hatte dort prompt eine neue »Regierung« installiert. Möglicherweise würden die Westmächte ähnliche Gedanken verfolgen.

Aber es gab 1945 letztlich keine Aussichten, den Nutzen einer deutschen Regierung auf dem Verhandlungsweg auszuloten. Bereits im Exil waren solche Bemühungen gescheitert, als etwa der schon 1932 gestürzte sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen, Otto Braun, eine Anknüpfung an diese demokratische Tradition vorgeschlagen hatte. Man könnte den damaligen »Preußenschlag« gegen die SPD für illegal erklären, ihn wieder ins Amt setzen und die Demokratie Weimarer Prägung erneuern, so seine Idee. Das wäre möglich gewesen, hätte aber nicht den sich immer mehr herauskristallisierenden Wunschvorstellungen auch der Westmächte entsprochen, Deutschland auf un-



bestimmte Zeit einfach als geographischen Bereich zu betrachten, mit und innerhalb dem nach Gutdünken verfahren werden konnte.

Mit solchem Gutdünken und einem beachtlichen Willen zur Demütigung wurde auch die Verhaftung der Regierung selbst vollzogen. Man ließ es sich nicht nehmen, die Verhafteten zur Entledigung aller Kleider zu zwingen, ihnen die Papiere und Wertgegenstände zu stehlen und sie dann in diesem Zustand der Weltpresse zum Ablichten vorzuführen. Dabei entstanden peinliche Bilder, offenbar zu peinlich, um wirklich Weltgeschichte zu machen. Es wurde ein Stück Selbstentlarvung der Siegermacht. Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg, der als letzter Oberbefehlshaber der Kriegsmarine als einzige Person beide Kapitulationsurkunden in Ost und West unterzeichnet hatte, nahm unter diesem Eindruck dennoch lieber eine Giftkapsel. Er zog diesem Schauspiel den Tod als einzigen sicheren Ausweg vor.

Als das bekannte Bild der Verhaftungsaktion ging statt dessen der aufrechte Gang von Großadmiral Dönitz in die Gefangenschaft ein, den er im weiten Uniformmantel antrat. Von seinem Vorgänger auf einen undankbaren Posten gesetzt und teilweise umgeben von Offizieren, die statt einer Übergabe eine »letzte ordentliche Schlacht« mit den in Norddeutschland und Skandinavien noch intakten Truppen vorgezogen hätten, hatte er vor einer schweren Aufgabe

gestanden. Der – auch von seinem Vorgänger als Staatschef gern zitierten – Devise »Ewig allein lebt der Tote Tatenruhm« setzte er die trockene Feststellung entgegen, es sei nun genug mit »Heldenkampf«. Die deutsche Niederlage war auch die Niederlage dieser Vorstellungswelten.

Für das deutsche Staatsrecht und die Verhältnisse der beinahe leeren Rechtshülle »Deutsches Reich« zur internationalen Politik bedeutete der 23. Mai 1945 einen weiteren Schritt hin zum dauernden Ausnahmezustand. In welchem Umfang es das Reich ohne Regierung weiterhin gab, das wurde Gegenstand umfangreicher Rechtsliteratur. Ein Konsens hat sich dabei nicht entwickelt. Allerdings fanden sich nicht einmal die Siegermächte zu der Behauptung bereit, das Reich existiere nicht mehr. Eine solcher Satz findet sich in keiner ihrer Verlautbarungen. Lediglich Preußen wurde nach einiger Zeit für aufgelöst erklärt, wobei es dann auch keine Rolle mehr spielte, daß dieser Staat zu demokratischen Zeiten zuletzt von Sozialdemokraten regiert worden war.

So traten die Anmerkungen aus dem November 1939 letztlich in die Realität ein. Tod, keine Revolution, keine Kapitulation – jemand war entschlossen gewesen, die gesamte vorhandene Substanz des Landes notfalls bis zum Letzten aufzubrechen. Andere waren entschlossen gewesen, ihn dann auch dazu zu zwingen. Entsprechend sah das Ende aus. ■

Autorenporträt Karlheinz Weißmann

von Martin Lichtmesz

Das wesentliche Etikett vorweg: Karlheinz Weißmann ist einer der wichtigsten Vordenker der »Neuen Rechten« Deutschlands. Darüber herrscht bei Freund und Feind Konsens. Weniger einig ist man sich auf der einen wie der anderen Seite, was mit dem Begriff der »Neuen Rechten« überhaupt gemeint ist. In einem im Februar 2009 geführten Interview mit der *Sezession* lehnte der Gründer der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, Dieter Stein, diese Schublade, in die er selbst bis heute gesteckt wird, vehement ab: Ihre Deutung liege in den Händen der politischen Gegner, der linken Politikwissenschaftler und der Verfassungsschutzbehörden, und deshalb sei sie als Selbstbezeichnung völlig unbrauchbar geworden. Weißmann dagegen bekräftigte im selben Interview, was er bereits 2006 in dem Gesprächsband *Unsere Zeit kommt* geäußert hatte: Auch wenn »Neue Rechte« nur ein »Hilfsbegriff« sei, »wie jedes andere politische Etikett«, gäbe es nach wie vor kein besseres, um die eigene Position zu markieren. Eine »neue Rechte« in seinem Sinne sei weder nostalgisch noch klassegebunden, sondern »an der Wirklichkeit orientiert, bereit und fähig, die Lebensmöglichkeiten der Moderne wahrzunehmen, aber nüchtern, mit einem Gespür für deren besondere Gefahren.« Überhaupt sei der Begriff nützlich, um sich von den Bloß-Konservativen abzusetzen, wider das ganze »Gerede« über »Werte«, »das noch nie zu irgend etwas geführt hat«, und die Verengung des Konservativen auf bürgerliche »Besitzstandswahrung«: »Da erkläre ich allerdings entschieden meinen Dissens und möchte nicht verwechselt werden (was auch immer freudig akzeptiert wird), wenn ich erkläre, daß ich nicht nur konservativ bin, sondern rechts.«

In seinem Essay *Das konservative Minimum* (2007) zielte Weißmann in diesem Sinne darauf ab, dem Konservatismus die Zähne zurückzugeben, ihn gar »als Kampfbegriff zu etablieren«. Er leitete seine »Kampf-Ansage« mit einer Anekdote über einen alten Bekannten ein, der als »guter Gatte und Vater und als gemachter Mann« kurz vor dem Ruhestand folgende Auffassung von einer »konservativen Existenz« hatte: Man »müsse die Macht der Verhältnisse anerkennen, und das heiße unter den obwaltenden Umständen: betreibe deine Karriere, versuch nicht anzuecken, halte dich an die Moral der Väter und erziehe deine Kinder anständig.« Man »müsse doch zugeben, daß das ewige Opponieren sinnlos gewesen sei. Zuletzt komme alles von selbst ins Gleis«, was sich etwa daran zeige, daß noch jeder Revoluzzer zum Philister gealtert sei. Weißmann erteilte seinem Gegenüber eine deutliche Absage: Entscheidend sei nicht, ob nun auch die Linken verspießerten, sondern der Substanzverlust, die Dekadenz, »daß in diesem Land seit dreißig Jahren Bestände vernutzt werden, die sich kaum wiederherstellen ließen.« Von dieser Perspektive aus müsse man auch die Pseudokonservatismen beurteilen, die hin und wieder Konjunktur hätten: etwa das »Wert«- und »Kultur«-Konservative oder die »neue Bürgerlichkeit« der gehobeneren Feuilletons.

»Unausweichlich bleibt schließlich, daß die politische Zuweisung von ›links‹ und ›rechts‹ in der Kontroverse nicht nur der eigenen Definition unterliegt, sondern polemisch erfolgt. Wer das nicht versteht, sondern panisch die Markierung ›rechts‹ abstreifen will, hat schon kapituliert.«

Weißmann, »Die Nation denken«, in: *FAZ* vom 22. April 1994.

»Hüte Dich vor jeder Ablenkung ins ›Liberkonservative‹, ›Freiheitlich-Konservative‹, ›Kulturkonservative‹, ›Wertkonservative‹. Das sind Fallen, mit denen man Dich von der eigentlichen Auseinandersetzung fernhält, denn die ist politischer Natur und fordert klare Entscheidungen. Wenn Du glaubst, daß das hilft, schiebe Deine Position eher vor, als daß Du sie zurücknimmst, sei klug, aber hüte Dich vor Leisetreterei: Was spricht eigentlich dagegen, sich ›rechts‹ zu nennen, da wo das Rechte, das Richtige gedacht, gewollt, getan wird?«

Weißmann, *Der konservative Katechismus*, 11. Satz.

Auf den Punkt brachte Weißmann seine Thesen in seinem 2009 publizierten *Konservativen Katechismus*: »Prüfe kritisch, ob es sich nicht nur um typbedingtes Phlegma oder altersbedingte Resignation handelt. Es gibt auch eine verbreitete Neigung, Faulheit und Konservatismus zu verwechseln, oder fehlende Anstrengungsbereitschaft weltanschaulich aufzuhübschen.« Konservatismus sei eben nicht »Ruhebedürfnis«, Routine oder Alterserschaffung, sondern ein stetiger Einsatz für das Leben schlechthin: »Insofern es dem Konservativen darum geht, etwas Lebendiges – seine Kultur, seine Nation, seine Religion, seine Familie – zu erhalten, kann er sich das Nachlassen nicht erlauben.«

Weißmanns publizistische Anstrengung zielt auf ein authentisches Rechtssein. Die Beschränkung auf das »Nationale« reicht nicht aus: Man müsse die Option für die Nation auf die Grundlage einer »skeptischen Anthropologie« zu stellen. Die Essenz des rechten Denkens lasse sich etwa auf drei klassische Überzeugungen herunterbrechen: »1. Der Mensch ist ein riskiertes Wesen; 2. Der Mensch ist auf Ordnung angewiesen; und 3. Die Existenz des Menschen ist eine historische.« Eine fundierte rechte Weltanschauung ruht nach Weißmann also auf drei Säulen: auf dem Wissen darüber, was der Mensch ist, was die Nation ist und wer oder was die Rechte mitsamt ihren vielfältigen Denkfamilien ist. Anders gesagt: Wer sind wir und woher kommen wir, als »Mängelwesen« Homo sapiens, als Deutsche und als Rechte?

Weißmanns Bücher, Aufsätze und Vorträge sind umfassende Versuche einer Klärung dieser Fragen, zugleich Bestandsaufnahmen eines historisch-politischen Erbes, verknüpft mit aktuellen Standortbestimmungen. Damit zeigte er sich als dezidierter Nachfolger seines Mentors Armin Mohler, der mit seiner einflußreichen, von Weißmann auf den neuesten Stand gebrachten Dissertation *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932* ähnliche Ziele verfolgte. Um das Mobilisierende seiner Schriften vollauf zu goutieren, muß man freilich auch die Lust am Wissen und Vielwissen in sich tragen, empfänglich sein für die Funken eines pädagogischen Eros und einer nationalen Erziehung. Wissen ist Macht und Bewußtseinsbildung ist Ermächtigung. Der promovierte Historiker Weißmann hat die deutsche Geschichte oder die Geschichte der Rechten und ihrer Ideen niemals bloß im Sinne eines »nice to know« aufbereitet, sondern stets als *spiritus rector* einer »Traditionskompanie«, mit dem Anspruch, ein Selbstbewußtsein, eine Identität und eine Kontinuität in Erinnerung zu rufen, zu festigen, zu formen und weiterzuentwickeln, dabei aber niemals die wissenschaftliche Strenge preiszugeben.

Weißmanns Studien über *Die Zeichen des Reiches. Symbole der Deutschen* (1989), *Druiden, Goden, weise Frauen* (1991), *Mythen und Symbole* (2002), *Männerbund* (2004) oder auch *Das Hakenkreuz* (2006) näherten sich ihren Thematiken nüchtern und sachlich, ohne sie zu entzaubern. Ähnliches gilt für das unter seiner maßgeblichen Beteiligung entstandene *Staatspolitische Handbuch*: Die bisher erschienenen *Leitbegriffe* (I), *Schlüsselwerke* (II), *Vordenker* (III) und *Deutsche Orte* (IV) erschließen die weiten Felder der rechten Denk- und Wahrnehmungstradition. Weißmanns Arbeiten zielen auf eine Wiedereinübung der eigenen Perspektive ab. Das gilt zum einen für die Deutschen in ihrer Gesamtheit, die sich längst nur mehr mit den Augen der Sieger beider Weltkriege wahrnehmen können, ohne diesen Umstand überhaupt zu bemerken. Zum anderen geht es Weißmann auch stets um die Souveränität, sich



»Der Konservative hat sehr viel über für gute Kinderstube und gute Manieren, aber das darf ihn doch nicht an der notwendigen Grobheit hindern; nur sei die Grobheit kalkuliert, ein Mittel, keine Leidenschaft, die Dich beherrscht. Also fall Deinem Gegner ins Wort, wenn Du Dich sonst nicht bemerkbar machen kannst, störe die Selbstgefälligen mit Zwischenrufen und besorg Dir im Zweifel die Utensilien für ein Protestplakat. Wir leben in lauten Zeiten, wer nur leise ist, verzichtet von vornherein auf Einflußnahme. Es besteht kein Bedarf an mehr Behäbigkeit. Was wir brauchen, sind rechte Spontis und eine konservative Spaßguerilla, also: Die Phantasie an die Macht!«

Weißmann, *Der konservative Katechismus*, 9. Satz.

»Wir wollten im übrigen keine Mehrheiten gewinnen, sondern unsere intellektuelle Selbständigkeit erhalten und eine Grenzlinie zu den Opportunisten und den Gegnern ziehen. Unter dem Aspekt der »Anschlußfähigkeit« war das natürlich unklug, aber wann wäre eine prinzipielle Alternative je zustande gekommen durch Klugheitserwägungen?«

»Wie wichtig ist ein Begriff? Ein Gespräch mit Karlheinz Weißmann und Dieter Stein über die politische Bezeichnung »Neue Rechte«, *sezeSSION.de*, 9./10. Februar 2009.

selbst einen Namen im politischen Zirkus geben zu können, und dies nicht anderen zu überlassen. In der Bundesrepublik ist ein Rechter vergleichbar mit einem Käfer, der sich von seinen Feinden jagen und einsortieren lassen muß und nur wenig Deutungshoheit über sich selbst besitzt, geschweige denn eine vernehmbare eigene Stimme. Die landesübliche Literatur zur Rechten stammt überwiegend von linker und »antifaschistischer« Seite und ist in der Regel äußerst wertungs- und meinungsfreudig.

Es ist eine Wohltat, neben diesen Kram ein Buch wie Weißmanns *Alles, was recht(s) ist* (2000) zu stellen, in dem man auf ganz andere Art belehrt und angeregt wird! Daß es dabei durchaus legitim ist, sich das persönliche Rechts-Sein maßzuschneidern, bezeugte Weißmann mit seiner eigenen Person: »Ich bin eben ein Rechter nach eigener Façon«, ihm fehle im Gegensatz zu vielen Rechten »die Herkunft aus einer entsprechenden Tradition«. Weißmann wählte seine historische Verortung dezidiert: deutsch, national, preußisch, protestantisch. Frei nach einem legendären Katalog der rechten Strömungen aus der Zeitschrift *Éléments* umriß er seinen Claim: »Parole: Geheimes Deutschland! Hauptfeind: Die Dekadenz. Köpfe: Friedrich Nietzsche, Ernst Jünger, Arnold Gehlen, Armin Mohler. Referenzepochen: Das Ottonische und das Staufische Reich, Preußen im 18. Jahrhundert, die deutschen Erhebungen von 1813, 1944 und 1953. Idole: Heinrich I., Friedrich II., Friedrich der Große, Stein, Gneisenau, Bismarck, Stauffenberg.«

Geheimes Deutschland! Mit dieser poetischen Formel aus dem George-Kreis, die den »Kern«, das »Wesen« und damit den »Fortbestand« der Nation anspricht, kommt durchaus ein Schuß »romantischer Dünger« (Götz Kubitschek) in das an Arnold Gehlen und seinem »kalten« Realismus orientierte Denken Weißmanns. Denn das »spezifische Pathos« der Nation (Max Weber) ist nicht etwas, das sich mit bloßem »Realismus« und einem Blick in die »Wirklichkeit« von selbst einstellt. Es bedarf dazu eben doch einer Art von Beschwörung und Vergegenwärtigung. Vielleicht rührt von dorthier Weißmanns Liebe zur Heraldik und zum magisch-verdichteten Emblem. Götz Kubitschek berichtete im Vorwort zu *Unsere Zeit kommt* über einen seiner ersten Eindrücke des Redners Weißmann. Ein Vortrag, der sich um die nationale Frage drehte, mündete in eine »gewaltige« Beschwörung: »Er ließ an den Hörern den historischen Zug der Deutschen vorbeiziehen, nannte Kaisergeschlechter, Bauernführer, Siedler, Künstler, Denker, Epochen, alles selbstverständlich und vor allem ohne Relativierung. Als er auf die Epoche des Dritten Reichs zusteuerte, hielt der Saal den Atem an. Und Weißmann rief die Frontsoldaten, die Männer des 20. Juli, die KZ-Häftlinge, die letzten Verteidiger der Ostgrenzen, die Vertriebenen und die Spätheimkehrer auf; ließ dann, ohne die Abfolge zu unterbrechen, die Arbeiter des 17. Juni 1953 folgen, um mit denen zu enden, die die Mauer eingerissen hatten.« Wer Weißmann als Vortragenden erlebt hat, wird sich die Suggestivkraft dieses Auftritts unschwer ausmalen können. Er erinnert an eine Szene aus Hans-Jürgen Syberbergs *Parsifal*-Verfilmung, in der Parsifal und Gurnemanz durch einen höhlenartigen Gang schreiten, der an einem bunten Aufzug von Flaggen aus der deutschen Geschichte vorbeiführt, immer tiefer hinab in die Vergangenheit. Die erste Flagge, die Parsifal passieren muß, als gelte es, eine abschreckende Schwelle überschreiten, ehe man ins Herz des Geheimen Deutschlands gelangt, ist eine Hakenkreuzfahne.

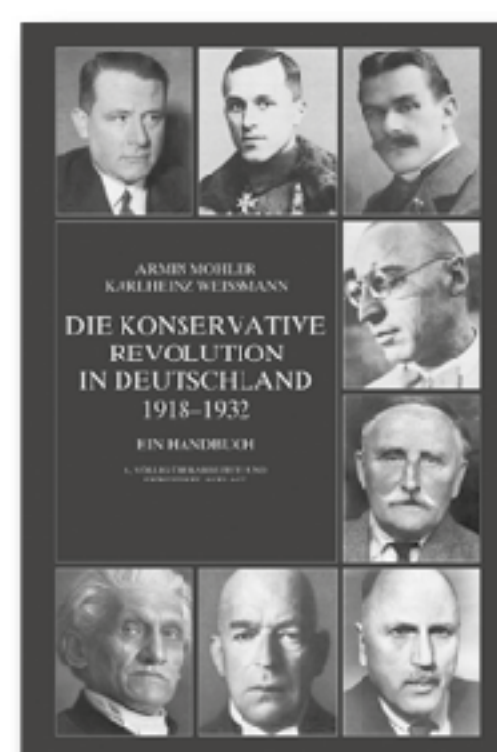
Diese Feuerprobe mußte auch Weißmann bestehen. Daß ihm dies allzu gut gelang, führte letztlich zu seiner Verbannung aus der Arena der »salonfähigen« Debatten. Anfang der neunziger Jahre, mit dem Rückenwind der Wendezeit, hatte der brillante junge Akademiker noch gute Chancen, von einem breiteren Publikum gehört zu werden. Sein 1992 im Ullstein-Verlag erschienenen Buch *Rückruf in die Geschichte* wurde zur Programmschrift der »Neuen demokratischen Rechten«, die sich um die Publizisten Rainer Zitelmann, Heimo Schwillk und Ulrich Schacht kristallisierte. Entscheidende Impulse gab dabei der Essay »Anschwellender Bocksgesang« (1993) von Botho Strauß, jener zentrale Text, der auch den Sammelband *Die selbstbewußte Nation* (1994) inspirierte und neben Weißmann Namen wie Ernst Nolte, Hartmut Lange, Peter Gauweiler, Eberhard Straub oder Michael Wolffsohn versammelte. Im selben Jahr beteiligte sich Weißmann auch als Autor an der kurzlebigen Aufsatzreihe »What's right?« der FAZ, die als Pendant einer früheren Serie mit dem Ti-

tel »What's left?« konzipiert war. In Wahrheit wollte man wohl gar nicht so genau wissen, was »rechts« wirklich sei oder sein könnte, schon gar nicht von einem Rechtsintellektuellen selbst. Sichtbar wurde eine geradezu hysterische Angst, der Autor wolle in Wahrheit noch schlimmere Dinge in den Diskurs »schmuggeln«, als er zugebe. Ein aus dem Kontext gerissenes Zitat von Weißmann, in dem er die Rechte zur »politischen Mimikry« aufrief, diente jahrelang als Beleg für diesen Verdacht, der als Herrschaftsinstrument auch seine praktischen Seiten hatte.

1995 erschien dann Weißmanns voluminöses Werk *Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945* als Band 9 der *Propyläen Geschichte Deutschlands*. Auf Initiative Rainer Zitelmanns, zu diesem Zeitpunkt Cheflektor bei Ullstein-Propyläen, ersetzte Weißmann den etablierten Historiker Hans Mommsen, der mit der Abgabe seines Manuskripts etliche Jahren in Verzug war. Als bekannt wurde, daß ein »Rechter« mit einer Darstellung des heikelsten Abschnitts der deutschen Geschichte beauftragt worden war, setzte eine wüste Medienkampagne ein, in deren Verlauf Weißmanns Buch zum »Skandal« hochgeschrieben und als rechtes »Kuckucksei« diffamiert wurde, zum überwiegenden Teil von Autoren, die es gar nicht gelesen hatten oder kaum zu einem sachlichen Urteil befähigt waren. All dies war, nüchtern betrachtet, ein Versuch der

»Die Bürger haben uns gewählt, weil sie hoffen, daß wir anders sind als die etablierten Parteien: demokratischer, patriotischer, mutiger. Anstatt nun jedoch die Alternative zu bieten, die wir versprochen haben, passen wir uns ohne Not mehr und mehr dem etablierten Politikbetrieb an: dem Technokratentum, der Feigheit und dem Verrat an den Interessen unseres Landes.«

aus der Erfurter Resolution des nationalkonservativen AfD-Flügels, März 2015.



Zensur und ein Stück »Sittengeschichte der BRD« (Lothar Höbelt), anhand dessen man immerhin eines ablesen konnte: Die metapolitischen Koordinaten hatten sich bereits so weit verschoben, daß schon als »gefährlich« und potentiell »rechtsextrem« galt, wer mit der Historisierung der NS-Geschichte ernst machte. Ein entdämonisierter und kontextualisierter Nationalsozialismus eignet sich weitaus weniger gut als politische Waffe, weshalb ein Werk wie dieses wohl nicht zu Unrecht als Angriff auf den Status quo empfunden wurde. Irritierend war natürlich auch, daß sich sein Verfasser dem obligat gewordenen Tonfall der nationalen Selbstverwerfung verweigerte. Propyläen beugte sich dem Druck und stampfte die Restauflage des Buches ein. Immerhin hatte Weißmann demonstriert, daß eine ernstzunehmende Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich gerade von einem rechten Standpunkt her möglich war. Da nun aber alle Wege in den Mainstream endgültig verbaut waren und Weißmann aus politischen Gründen keine Chancen mehr auf einen akademischen Lehrstuhl hatte, galt es, auf eigene Faust Alternativen zu schaffen. 1999 skizzierte er in einem Interview mit der *Jungen Freiheit* die »Vision« eines rechtskonservativen Bildungsinstituts, das eine »intellektuelle und moralische Reform« des Landes vorbereiten und »Forschung, Information und Orientierung« anbieten könnte. Das im Jahre 2000 zusammen mit Götz Kubitschek gegründete und mittlerweile von Erik Lehnert geführte Institut für Staatspolitik (IfS) arbeitet und wirkt in diesem Sinne.

Weißmann trug damit auch die Fackel der alten Garde der konservativen Nachkriegsintelligenz weiter, die sich einst um die Zeitschrift *Criticón* geschart hatte: Mohler, Caspar von Schrenck-Notzing, Bernard Willms, Hellmut Diwald, Robert Hepp oder Hans-Joachim Arndt. Der bereits erwähnte Gesprächsband, *Unsere Zeit kommt*, zeigte ihn eher untypisch finster dreinblickend vor einem Regal mit Büchern zum Zweiten Weltkrieg, in der Rolle des Lehrmeisters, der an den Ernstfall gemahnt. Auf die Frage, wer denn »die richtigen Leute mit den richtigen Vorstellungen« seien, wer also imstande sei, Bindungen zu schaffen und Institutionen zu führen, antwortete er mit erfrischendem Selbstbewußtsein: »Wir!« Indes:

»Die AfD lehnt Fundamentalkritik an unserem Staat, unserer Gesellschaft oder unserem Wirtschaftssystem ab. Die AfD unterhält keine Kontakte zu Vertretern der sogenannten Neuen Rechten, der sog. Identitären Bewegung oder zu Organisationen im Dunstkreis des Rechtsradikalismus. In diesen Kreisen wächst Gedankengut, das mit den Grundüberzeugungen der AfD unvereinbar ist, so daß jeder Kontakt der Partei und ihrem Ansehen schaden würde. Die AfD lehnt es strikt ab, Einwanderung nach »völkischen« Kriterien zu steuern.«

Aus einem Mitgliederentscheid der AfD, April 2015.

»Besonders bei der Höcke-Gruppe sind Hasardeure einer ›Rechten‹ am Werk, die keinen Ruf zu verlieren haben und denen es gleichgültig ist, ob sich die AfD durch einen Rechtsruck und die Aufgabe des liberalen Flügels an den Rand des diskutablen politischen Spektrums manövriert.«

Dieter Stein, »Merkel stellt den Sekt kalt«, in: *Junge Freiheit* vom 28.4.2015.

Dieses »Wir«, das vor allem aus den ungleichen Dioskuren Weißmann und Kubitschek bestand, fand im vergangenen Jahr nach langer, fruchtbarer Zusammenarbeit sein Ende. In einer strategischen Auseinandersetzung zwischen *Junger Freiheit* und Institut entschied sich Weißmann für den stärkeren Part und verließ das IfS. Seine Autorschaft für die *JF* hat er ausgedehnt, aber auch dort haben sich inzwischen einige Vorzeichen geändert, die man gerade mit der Lektüre von Weißmanns früheren Schriften im Hinterkopf äußerst kritisch betrachten muß. Denn die *Junge Freiheit*, das einstige Mutterschiff der Neuen Rechten Deutschlands, ist im Jahre 2015 durch eine seltsame Schizophrenie gekennzeichnet, die nicht nur ihre eigenen Ausdrucksmöglichkeiten erheblich eingeschränkt, sondern dem gesamten konservativen Meinungslager geschadet hat.

Diese Entwicklung hat vor allem mit dem Aufstieg der »Alternative für Deutschland« seit dem Jahr 2013 Fahrt aufgenommen. Die AfD wurde von vielen enttäuschten Konservativen als potentiell Vehikel betrachtet, das ihrem Anliegen endlich eine parteipolitische Vertretung würde geben können – als eine Art trojanisches Pferd auf dem Weg ins Establishment. Jedoch: Muß sich nicht jeder, der mitspielen will, anpassen? Und sitzt er nicht spätestens dann in der Falle, wenn er die Bereitschaft zeigt, den Sprachgebrauch des Gegners zu übernehmen? Im Widerspruch zu seiner langjährigen Blattlinie schlug sich Dieter Stein nicht auf die Seite des konservativeren Flügels der AfD, für den Alexander Gauland und die Verfasser der »Erfurter Resolution« um Björn Höcke stehen, sondern setzte mit geradezu messianischer Inbrunst auf Leute wie Bernd Lucke oder Hans Olaf Henkel, die aus ihrer strikten Ablehnung jeglicher »rechter« oder »rechtspopulistischer« Tendenzen keinen Hehl machen. Wenn ein Bernd Lucke ab und zu noch von »Konservativen« spricht, die in der Partei willkommen seien, dann ist hiermit eindeutig jene Schwundstufe gemeint, die von Weißmann so scharf zurückgewiesen wurde und wird.

Dieter Steins Rede von den braven Konservativen im Gegensatz zu den indiskutablen »Rechten« speist sich wohl eher aus dem Motiv, den Lukes die eigene Harmlosigkeit und Anpassungsfähigkeit zu signalisieren: ein Kapitulations-, kein Kampfbegriff. In einem Artikel vom 28. April 2015 bangte Stein um den Erhalt der Partei unter Luckes Führung, als ginge es um das eigene Leben, wobei er die Schuld für die Krise »rechten Hasardeuren« in die Schuhe schob – die jedoch in Wahrheit nichts anderes wollen und sagen, als das, was die *Junge Freiheit* jahrelang gewollt und gesagt hat. Und was wäre denn wirklich mit dem Sieg der Lucke-Fraktion gewonnen, für die Konservativen ebenso wie für Deutschland? Hier sind Stockholm-Syndrom-artige, fixe Ideen am Werk, die mit »Realpolitik« nichts mehr zu tun haben. Die Folge ist eine geistige Verbiegung und Inkongruenz, eine wachsende Unaufrichtigkeit gegenüber der eigenen Aufgabe und der jahrelang treuen Leserschaft. Wirkliche Debatten, wirkliche Alternativen, wirklich ernsthafte Auslotungen des »Substanzverlustes« werden dadurch erheblich behindert. Denn leider ist heute fast alles, was problematisiert werden muß, nur mehr von rechts ansprechbar, weil von links verursacht.

Trotzdem hat Stein weiterhin einige rechte Urgesteine im Marschgepäck, teils aus Gewohnheit, teils wohl aus Orientierungslosigkeit. Inzwischen hat die AfD als »Kantenschere« die eigenen Ränder demonstrativ beschnitten und diverse Bauernopfer dargebracht, um nach außen hin »respektabler« zu wirken. Die *Junge Freiheit* hat entlang dieser Parteilinie ihren Resonanzraum ohne Not nach allen Seiten verknappert. »Die Alternative wird kaum als Alternative funktionieren, wenn ihre Spitze sich den Snobismus der Altparteien gönnt, das heißt immer ein gutes Stück weiter links als die Basis steht«, warnte Weißmann in der *JF*. Das läßt sich ohne Abstriche auf das Verhältnis zwischen Dieter Stein und seiner Leserschaft ummünzen. Im Doppelinterview mit der *Sezession* im Jahr 2009 sagte Weißmann: »Wir stehen also vor dem Problem, daß es entweder gar keine Möglichkeit der Selbstbezeichnung gibt, eine unscharfe – konservativ – oder eine trennscharfe – rechts. Es geht um die Alternativen Kapitulation, Kollaboration oder Guerilla. Da bin ich dann zugegebenermaßen für Guerilla – also den kleinen Krieg; dazu gehört Beweglichkeit, Deckung nutzen, Angriffslust und selbstverständlich Provokation des Gegners.« Wenn Weißmann immer noch so denkt, dann muß man sagen: Innerhalb des deutlich zur Kapitulation und Kollaboration neigenden Publikationsrahmens der *JF* kann er sich nicht mehr lange wohlfühlen. ■

Autoren dieses Heftes

Dr. Frank Böckelmann, 1941, studierte Philosophie und Kommunikationswissenschaft, schreibt Bücher und ediert gemeinsam mit Horst Ebner *TUMULT – Vierteljahresschrift für Konsensstörung*.

Jargon der Weltoffenheit. Was sind unsere Werte noch wert? Waltrop/Leipzig 2014

Jan von Flocken, 1954, war nach dem Studium Redakteur bei der Berliner Tageszeitung *Der Morgen*, der *Berliner Morgenpost* und beim *Focus* und erhielt 1990 den Wächterpreis der deutschen Tagespresse (mit Michael Klonovsky). Er arbeitet seit 2005 als freier Autor.

Der Fluch des Tempelritters, Berlin 2012

Konrad Gill, 1944, verbrachte einen großen Teil seines Arbeitslebens als Bergmann unter Tage. Im Ruhestand studierte er Rechtswissenschaften, Philosophie und Geschichte und lebt heute als freier Publizist in den Hochalpen.

Klaus Hammel, 1939, Oberst a.D., seit 1997 freier Publizist mit Schwerpunkt Geschichte und Militärgeschichte.

Der Krieg in Italien 1943–1945, Bielefeld 2012

Thorsten Hinz, 1962, studierte Germanistik in Leipzig und arbeitet als freier Autor in Berlin. 2004 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.

Der Weizsäcker-Komplex. Eine politische Archäologie, Berlin 2012

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.

Gender ohne Ende, 3., erweiterte Auflage, Schnellroda 2008

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).

Deutsche Orte, Band 4 des *Staatspolitischen Handbuchs*, als Herausgeber, Schnellroda 2014

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.

Kann nur ein Gott uns retten? Glauben, Hoffen, Standhalten, Schnellroda 2014

Prof. em. Dr. Ernst Nolte, 1923, ist Philosoph und Historiker. Seine Thesen zu Nationalsozialismus und Bolschewismus lösten 1986 den »Historikerstreit« aus. Er prägt die Totalitarismus-Debatte bis heute.

Rückblick auf mein Denken und Leben, Reinbek 2014

Dr. Friedrich Pohlmann, 1950, lehrte bis 2008 am Soziologischen Institut der Universität Freiburg. Er verfaßte etliche Aufsätze in den *Scheidewegen* und im *Merkur* und ist mit Radioessays im Programm des SWR2 präsent.

Dr. Michael Rieger, 1972, ist Literaturwissenschaftler und freier Publizist; er lehrt an der Universität Hamburg.

»Man reist ja nicht, um anzukommen ...« – *Schriftsteller auf Reisen*, Darmstadt 2011

Dr. Stefan Scheil, 1963, Studium der Geschichte und Philosophie, promoviert als Historiker.

Weserübung gegen Operation Stratford, Schnellroda 2014

Geschichtspolitik 2015

von Erik Lehnert

Götz Aly und Jürgen Elsässer sind zwei Publizisten, die auf den ersten Blick nicht viel gemeinsam haben und von der Öffentlichkeit völlig unterschiedlich wahrgenommen werden. Aly (geb. 1947) hat sich den Jahren zwischen 1933 und 1945 verschrieben und veröffentlicht Bücher, die vor allem einem Ziel dienen: zu zeigen, daß der Nationalsozialismus keine Ideologie gewesen ist, sondern gleichsam die logische Konsequenz aus den nationalstaatlich emporgezüchteten Eigenschaften der Deutschen. Er geht dabei noch einen Schritt weiter als Goldhagen, wenn er diese These auf jeden Lebensbereich auswalzt. Elsässer (geb. 1957) widmet sich der Gegenwart und versucht als Kopf der Zeitschrift *compact*, die Feindschaft zwischen rechts und links zu überwinden. Bindeglied sei der Antiamerikanismus.

Während Aly als geschichtspolitischer Aufklärer offene Türen einrennt, gilt Elsässer als Dunkelmann mit Hang zu Verschwörungstheorien. Es gibt aber auch einige Gemeinsamkeiten. Zum einen haben beide eine linke Vergangenheit, von der sie sich mehr oder weniger distanziert haben. Aly hat als Maoist im Umfeld der 68er mitgemischt und sich später durch einen Vergleich von 68 mit 33 exkulpiert. Elsässer gilt als Erfinder der antideutschen Linken und leistet durch Betonung von Nation und Souveränität tätige Abbitte. Beide kämpfen gegen das Establishment: Aly gegen die allgemeine Verharmlosung und Elsässer gegen die allgemeine Westbindung. Außerdem haben beide beschlossen, den 9. Mai zu einem Feiertag auszurufen.

Bei Aly dürfte das grundsätzlich niemanden wundern, bemerkenswert ist lediglich die Wortwahl, wenn er unter dem Antifamotto »Wer nicht feiert, hat verloren« in der *Berliner Zeitung* folgendes schreibt: »Die Sieger und Befreier schenken den Europäern eine bessere Zukunft – auch den damals noch uneinsichtigen Deutschen. Deren Nachfahren wissen, daß die blutige Niederlage ihrer Väter, Großväter oder Urgroßväter das größte geschichtliche Glück ist, das ihnen zuteilwerden konnte.« Ob Glück die richtige Kategorie zur Beurteilung historischer Ereignisse ist, hat schon Jacob Burckhardt bezweifelt. In jedem Fall stellt Aly sein eigenes Wohlergehen über das Leid der Vorfahren und die Zerschlagung Deutschlands – und macht die Gegenwart zum einzigen Maßstab. Diabolisch wird es, wenn Aly sich eine Woche später großmütig mit dem naheliegenden Einwand einer anonymen Leserbriefschreiberin auseinandersetzt, die auf die Vergewaltigung ihrer Vorfahren durch die Sowjets hinweist. Ja, das stimme, daß Hunderttausende Frauen vergewaltigt wurden, aber man dürfe das nicht aufrechnen, weil schließlich auch viele aus den Konzentrationslagern befreit worden seien und Leid eine individuelle Kategorie sei: »Hier versagen alle Argumente von Ursache und Wirkung.« Aber: »Für die Nachgeborenen gilt das nicht.« Sein Tip an die Schreiberin: »Wie Sie, verehrte Frau H., schreiben, waren damals sämtliche Män-

»Zwanzig Jahre sind seit jenem 8. Mai 1945 vergangen, der als der Tag der deutschen Kapitulation zurückschauen läßt in eine Welt, die Freund und Feind nicht mehr ganz erfassen und begreifen konnten. Wir erkennen es heute noch deutlicher als damals, daß dem militärischen Zusammenbruch ein geistiger und moralischer Verfall vorausgegangen war. Wir spürten es darum auch, daß der Weg der Erneuerung unseres Volkes durch ein tiefes Tal der Not und der Demütigung führen würde.«

Ludwig Erhard, 1965.

ner Ihrer Familie im Krieg. Können Sie nicht einfach sagen: Bei allem Leid meiner Familie führten mein Vater und meine Onkel einen ganz und gar ungerechten Krieg, und 70 Jahre danach will ich all den Familien in Europa, in den USA und in der Sowjetunion mein Mitgefühl ausdrücken, die unter diesem von Deutschland begonnen Krieg gelitten haben.« Sie solle zum Mitfeiern kommen.

Daß Stalin einen gerechten Krieg führte, ist offenbar auch Jürgen Elsässers Meinung. Anders ist seine mehrfach wiederholte Einladung an den russischen Motorradclub »Nachtwölfe« nicht zu verstehen, doch bei seiner Feierlichkeit am Hauptbahnhof vorbeizuschauen. Zum Hintergrund: Die »Nachtwölfe« unterstützen den Kurs Putins und können sich seiner Protektion erfreuen. Ihr Plan war, auf dem Weg der sowjetischen Truppen nach Berlin zu fahren, um dort den Sieg über Deutschland zu feiern – was Elsässer frohlocken läßt: »Krönender Abschluß soll natürlich Berlin sein, am symbolträchtigen 9. Mai. Um 15 Uhr findet eine Kundgebung vor dem Reichstag statt, wo für Deutschland, Souveränität und Frieden demonstriert wird. Wie ich gehört habe, ist von den Veranstaltern dieser ausgezeichneten Sache schon über Mittelsmänner eine Einladung an die »Nachtwölfe« rausgegangen. Die »Nachtwölfe« vor dem Reichstag – au weia, das ist für die NATO-Warmduscher fast so schlimm wie die Rote Armee! Die Gesichter von Mutti Merkel, Onkel Gauck und Tante Steinmeier will ich sehen ...« Nachdem es selbst bei seiner Anhängerschaft Unverständnis ob solcher unpassenden Allianzen mit Stalinverherrlichern gab, erklärt Elsässer: »Solche vergangenheitszentrierten Debatten führen nicht weiter! Es geht am 9. Mai 2015 in erster Linie um den 9. Mai 2015, nicht um den 9. Mai 1945!! Das Selbstverständnis der »Nachtwölfe« ist, ganz im Sinne von Putin, pro-deutsch! Zelebriert wird der Sieg über Hitler, nicht der Sieg über Deutschland. Daß sie nach Berlin kommen, heißt in erster Linie: Wir lassen uns von der NATO nicht stoppen!«

Hier ist bei Elsässer offenbar der Wunsch Vater des Gedankens. Die »Nachtwölfe« wollen Stalins Sieg feiern und haben auch nie etwas Gegenteiliges behauptet. Ihr Slogan lautet: »Für das Vaterland! Für Stalin!« und sie führen entsprechende Fahnen mit. Aus russischer Perspektive ist es gesund, daß Rußland seine Vergangenheit nicht zu bewältigen versucht und Stalin weiterhin als großen Mann betrachtet. Immerhin hat er diesen Krieg gewonnen. Daß danach halb Europa unterjocht wurde, muß Putin nicht stören. Doch es hat schon etwas Pathologisches, wenn jemand wie Elsässer der Meinung ist, man könne sich den Respekt der Russen mit solch einer Kollaboration verdienen. Denn letztlich ist es eine Demütigung, vergleichbar etwa mit der Fahrt eines deutschen Rockerclubs ab dem 22. Juni auf den Spuren der Wehrmacht bis kurz vor Moskau.

In Elsässers Logik wird aus der Provokation der »Nachtwölfe« also ein Bündnisangebot der Russen an die guten Deutschen, die sich nicht vom Amerikaner haben kaufen lassen. Elsässer macht sich dabei die Tatsache zunutze, daß Putin vom offiziellen Deutschland wegen der Krim gerade etwas geschnitten wird. Sonst wären diese Rocker vermutlich sogar im Bundestag empfangen worden. So aber ist er es, der sich diesen Leuten andienen kann und obendrein als mutiger Querdenker dasteht. Aber auch hier wird über das Leid der Vorfahren und die Zerschlagung Deutschlands hinweggegangen. Die Gegenwart, die Konfrontation von NATO und Rußland, gilt als einziger Maßstab.

Beide, Aly und Elsässer, stehen sich damit geschichtspolitisch näher, als sie vermutlich ahnen. Sie sind beide so etwas wie die ungezogenen Kinder der BRD, die ihre Lektion zwar gelernt haben, dabei aber gelegentlich etwas über die Stränge schlagen. Der eine keilt etwas heftig gegen die NATO, der andere gegen das eigene Volk. Aber beide haben verstanden, daß Deutschland als historisch widerlegt zu gelten hat, und sie tun alles dafür, daß das so bleibt. Die Rede von Glück oder Souveränität kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß beides immer nur unter Akzeptanz und Betonung des einen geschichtspolitischen Dogmas erlangt werden soll: Gegen die deutsche Bestie war jedes Mittel recht.

Geschichtspolitisch stellt diese Konstellation so etwas wie den vorläufigen Endpunkt der deutschen Entwicklung dar. Die große, negative Erzählung ist mittlerweile so stark, daß selbst jene, die dagegen anschreiben, nicht in der Lage sind, sie zu hintergehen. Die Ansicht, Deutschland sei 1945 befreit worden, ist so sehr im deutschen Denken verhaftet, daß

»Für jeden der damals Lebenden war das Jahr 1945 ein tiefer Einschnitt. Es war auch ein tiefer Einschnitt in der Geschichte unseres Volkes. Die europäische Landkarte wurde entscheidend verändert. Weite Gebiete Deutschlands wurden anderen Staaten zugeschlagen. Im aktuellen politischen Geschehen haben wir uns immer noch mit der politischen Wirklichkeit auseinanderzusetzen, die durch die Niederlage des Hitler-Reiches entstanden ist.«

Willy Brandt, 1970.

»Auch dreißig Jahre nach dem Ende des Weltkriegs erinnern wir uns noch mit Schmerz der Leiden, die er über die Welt gebracht hat. In Ehrfurcht gedenken wir aller Opfer des Krieges, darunter der Franzosen und Französinen, die von seinen Schrecken hart getroffen wurden und deren Kreis bis in ihre eigene Familie reicht.«

Helmut Schmidt, Brief an Giscard d'Estaing, 1975.

jegliches Abweichen davon als denkmöglich gilt. Während unmittelbar nach dem Krieg die Tatsache, daß es sich um eine Niederlage und um eine Katastrophe handelte, unübersehbar war, wuchs mit zunehmenden Abstand und Wohlstand der Wunsch, zu den Siegern der Geschichte zu gehören. Da man das objektiv nicht war, konnte das nur durch eine Umdeutung der Niederlage selbst erreicht werden.

»Mad Max«-Idylle 2015
in Rußland – russische
Biker mit Stalin-
fahne und geschichts-
politischem Auftrag



Beide, Aly und Elsässer, sind durch eine geschichtspolitische Weichenstellung geprägt, die sich an der berühmten Weizsäckerrede vom 8. Mai 1985 festmachen läßt. Gab es damals noch verhaltenen Widerstand gegen die Umdeutung der Niederlage in eine Befreiung, sind in dieser Frage nach der Wiedervereinigung alle Hemmungen gefallen. Die Deutschen dürfen seither sogar an den Siegesfeierlichkeiten der Alliierten teilnehmen. Allerdings bleibt es dem Belieben der Befreier anheimgestellt, in welcher Rolle sie die Deutschen dazubitten. In dieser Hinsicht hat sich geschichtspolitisch nichts geändert: Braucht man die Deutschen, war Hitler an allem schuld. Folgen die Deutschen nicht, sind wir doch wieder alle verantwortlich, egal ob befreit oder besiegt. Die deutsche Innenansicht ist da einfacher: Uns geht es gut, die Nazizeit war schlimm, also wurden wir befreit. Wie wichtig die Weichenstellung Weizsäckers als Vertreter der »Täter« war, zeigt eine Überschrift anlässlich seines Todes in der *Welt*: »Er hat uns befreit«.

»Ein jeder von uns verbindet mit dem 8. Mai 1945 eigene Erinnerungen, Erfahrungen und Vorstellungen. Für die Überlebenden in den Konzentrationslagern war es ein Tag der Befreiung und Erlösung; für viele Soldaten der Beginn einer manchmal jahrelangen Gefangenschaft; für die Vertriebenen und Flüchtlinge bedeutete es den Verlust der Heimat.«

Philipp Jenninger, 1985.

Bundespräsident Gauck ist in diese Fußstapfen getreten und hat damit all jene vor den Kopf gestoßen, die geglaubt hatten, daß jemand, der die Geschichtspolitik der DDR erlebte, über einen anderen Maßstab verfüge. Wer, wenn nicht er, müßte wissen, daß die Behauptung von der Befreiung eine Lüge war, hinter der sich Stalins barbarischer Eroberungsfeldzug verbarg. Oder daß es sich beim Nationalsozialismus um keine übergeschichtliche Erscheinung handelte, sondern um etwas, dessen extreme Ausformungen in der menschlichen Destruktivität begründet liegen. Gauck weiß das in der Tat alles. Er hat in seiner Zeit als Hüter der Stasiunterlagen nicht nur einmal in diesem Sinne einen Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus angestellt. Daher schrillten auch bei vielen Linken die Alarmglocken, als Gauck Präsident werden sollte; sogar von einem anstehenden geschichtspolitischen Umbruch war damals die Rede. Doch Gauck hat schnell gelernt, wie seine diesjährige Ansprache in Dresden deutlich macht: »Die meisten von uns haben sich auch von jenem Selbstbild als Opfer verabschiedet, in dem sich viele in der Nachkriegszeit eingerichtet hatten, als sie das Selbstmitleid pflegten und sich gegen das Leid der Opfer von Deutschen abschotteten. Inzwischen wissen wir nämlich: Wer bereit ist, die Fixierung auf das eigene Schicksal zu überwinden, erfährt auch einen Akt der Selbstbefreiung.«

Das ist sie, die geschichtspolitische Klammer, in die sich nicht nur Gauck, sondern auch Aly und Elsässer zwingen lassen. Alle saugen ihren Nektar aus dem Dogma, daß wir 1945 befreit wurden und nutzen es für ihr jeweiliges politisches Ziel. Bei Gauck ist das nicht das Bündnis

mit Rußland oder ein persönliches Geschäft, sondern die Staatsraison einer Schuldnation, deren Lebenszweck darin besteht, sich für das Leid in der ganzen Welt verantwortlich zu fühlen. Aus dieser Einstellung werden seine Forderungen verstehbar, möglichst viele Flüchtlinge aufzunehmen und den Griechen Entschädigungen für den Zweiten Weltkrieg zu zahlen. Sein »Auftrag« an die Deutschen lautet: Wir müssen »uns jeder Art von Ausgrenzung und Gewalt entgegenstellen und jenen, die vor Verfolgung, Terror und Krieg zu uns flüchten, eine sichere Heimstatt bieten«.

Gauck sollte, im Gegensatz zu Aly und Elsässer, für die Geschichtspolitik auch ein Erwerbszweig ist, keinerlei Grund haben, gegen seine Überzeugung unter dieses Joch zu kriechen. Und so muß konstatiert werden: Dies ist mittlerweile seine innerste Überzeugung, und auch durch ihn bildet sie mittlerweile das Zentrum der deutschen Identität. Daß er diesem Zentrum mit pastoralen Worten Ausdruck verleiht, hat ihm den Ruf eines »Klartext-Präsidenten« eingebracht und die Forderung nach einer zweiten Amtszeit laut werden lassen.

Wie stark dieser Sog ist, zeigt nicht zuletzt die Einhelligkeit, mit der von links nach rechts, von oben nach unten und von Ost nach West innerhalb des geschichtspolitischen Rahmens argumentiert wird. Sogar die *Junge Freiheit* läßt durch ihren Chefredakteur feststellen: »Die Frage der geschichtspolitischen Verortung ist die Voraussetzung für jeden konservativen, rechten Denkansatz. Und hier ist der Dreh- und Angelpunkt die Haltung zum Dritten Reich und seinem verbrecherischen Charakter.« Vor zwei Jahrzehnten hätten das nur eingefleischte NS-Nostalgiker und Joschka Fischer unterschrieben.

Die Einigkeit gewährleistet auch, daß kein Vertreter zugeben wird, er betreibe Geschichtspolitik. Denn es gehört zum Selbstverständnis des demokratischen Gemeinwesens der Bundesrepublik, der Wahrheit verpflichtet zu sein. Im Gegensatz zu Diktaturen und der dunklen Vergangenheit überläßt man die Geschichte der Wissenschaft. Die Politik beschäftigt sich mit der Gegenwart und folgt bei geschichtlichen Äußerungen der wissenschaftlich ermittelten Wahrheit. Deshalb wird der Vorwurf, daß Geschichte zu politischen Zwecken mißbraucht würde, nur an diejenigen gerichtet, die an diesem Dogma immer noch zweifeln. Das war schon im Historikerstreit so und ist heute nicht anders, mehr: sogar besonders beliebt, um den Gegner öffentlich zu markieren. Wer gegen das demokratische Wahrheitsgebot verstößt, verletzt die Spielregeln und muß in Zukunft zuschauen.

Dabei dürfte klar sein, daß für die Geschichtswissenschaft andere Spielregeln gelten als für die Mathematik. Denn sie bietet sich besonders gut als Magd der Politik an. Und natürlich leistet sie diesen Dienst am besten, wenn diese Funktion vertuscht wird: Von der »antiideologischen Wirkung der Geschichte« (Thomas Nipperdey) bleibt nicht viel übrig, wenn sie im Kampf der Ideologien zum Einsatz kommt. Dabei muß mit Geschichtspolitik nicht Fälschung oder Manipulation gemeint sein, sondern die Schaffung einer Identität, mittels derer die Selbstbehauptung des Gemeinwesens leichter fallen soll. Das ist im Laufe der letzten zweihundert Jahre durchaus nicht selten der Fall gewesen. Beginnend mit Fichtes *Reden an die deutsche Nation*, in denen er explizit eine Stärkung des Nationalgefühls durch eine entsprechende Geschichtsschreibung forderte, über den langen Prozeß der Reichseinigung, in der die Nation gegen die Tradition des Reiches siegte, bis hin zur Frage, wie man das Bewußtsein der Schmach von 1918 wachhalte: Immer diene die Geschichtspolitik einem übergeordneten Ziel und wurde nicht auf die Ebene der Ideologien herabgezogen.

Dazu ist es jedoch notwendig, in der eigenen Geschichte etwas Positives zu sehen. Da dieser Weg für Deutschland der Kappung der historischen Wurzeln gleichkommt, ist Deutschland zum Vorreiter einer Entwicklung geworden, die man als geschichtspolitische Absolutsetzung der Gegenwart bezeichnen könnte. Die Geschichte hat kein Eigenrecht mehr und die Akteure der Vergangenheit müssen sich nicht vor ihren Zeitgenossen verantworten, sondern vor den Nachgeborenen. Diese sind gleichzeitig so sehr auf ihre geschichtliche Schuld fixiert, daß daraus ein ewiger Teufelskreis resultiert, der bereits pathologisch geworden ist. Wer seine Identität aus geschichtlicher Schuld ableitet, dem »zerbröckelt und entartet das Leben« (Nietzsche) – und die Geschichte. ■

»Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. (...) Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche vor dem geschenkten neuen Anfang.

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen.«

Richard von Weizsäcker, 1985.

Vergangenheitsbewirtschaftung

von Thorsten Hinz

In keinem anderen Land werden politische Diskussionen, Entscheidungen, Einstellungen, Begriffe, Tabus und Wünschbarkeiten so sehr von der Geschichte determiniert wie in Deutschland. Die Geschichte bildet eine sakrale, richterliche und sinnstiftende Instanz, die »Lehren« und eine imperative Moral vermittelt. Ihren Ausdruck findet sie in Formulierungen wie »die besondere Verantwortung Deutschlands« oder »gerade wir Deutschen«. Für diese Moral ist kennzeichnend, daß sie legitime eigene Interessen zurückstellt und sogar negiert.

Aktuell läßt sich das an der Diskussion um die Aufnahme illegaler Einwanderer aus der Dritten Welt ablesen. Deren begreiflicher Wunsch, an den materiellen Vorzügen der deutschen Gesellschaft teilzuhaben, wird über das Interesse des Staatsvolks gestellt, von den damit verbundenen Zumutungen verschont zu bleiben. Ein signifikantes Beispiel auf dem Feld der Außenpolitik bot die Auseinandersetzung um eine deutsche Beteiligung am Kosovokrieg 1998/99. Es fand keine Analyse der Ausgangslage, der politischen, historischen, kulturellen, religiösen und demographischen Bedingtheiten statt. Die Kernfrage lautete, zu welchem Handeln der geschichtliche Ort »Auschwitz« die Deutschen verpflichtete. Sowohl Befürworter wie Gegner eines militärischen Eingriffs wurden dabei argumentativ fündig. Die Beliebigkeit verwunderte nicht, weil der Zusammenhang zwischen Kosovo und Auschwitz eben nur in der Perspektive einer zwanghaften Geschichtsfixierung existierte.

Sie nimmt – wenigstens im öffentlichen Diskurs – eher zu als ab. Das Dritte Reich scheint manchmal lebendiger und gegenwärtiger zu sein als die Gegenwart selbst. Einige Politiker und Journalisten versuchen sogar, der Strukturkrise der europäischen Gemeinschaftswährung, die durch den griechischen Bankrott akut geworden ist, durch den Hinweis auf das Dritte Reich beizukommen. Deutschland müsse nur seine historische Schuld bei den Griechen begleichen, die, in Zahlen ausgedrückt, genau dem aktuellen Schuldenstand Athens entspricht. Die Geschichte wird als magische Formel benutzt, um politisch zu lösende Gegenwartsprobleme verschwinden zu lassen. Diese Fixierung stellt für das Ausland selber ein Politikum und eine kalkulatorische Größe dar, die es im Bedarfsfall ausnutzt. Selbst diejenigen in Deutschland, die das erpresserische Interaktionsmuster ablehnen, durchschauen es meistens gar nicht und bleiben in seiner Logik gefangen. Was wiederum zeigt, wie fest die Zwangsfixierung in den Tiefenstrukturen des Kollektivbewußtseins verankert ist.

Die »Geschichte« (oder die »Vergangenheit«) ist zum Synonym für die NS-Zeit, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust geschrumpft. Was davor liegt, ist auf eine ferne, allenfalls dubiose Vorgeschichte reduziert; die Jahrzehnte danach bilden die Nachgeschichte, die ihre Lehren und Moral aus der Aufarbeitung und Bewältigung des Nationalsozialismus empfängt. So erfolgt die Berufung auf die Geschichte im Zeichen eines radikal geschrumpften Geschichtsbewußtseins. Das Jahrzehnt von 1933 bis 1945

»Die BRD kann die Ausländerfrage nicht lösen – wegen Hitler! Sie kann die Frage der inneren Sicherheit nicht lösen – wegen Hitler! Sie kann ihre Armee nicht zu einer kriegsfähigen Truppe formen – wegen Hitler! Sie kann keine wirklich effizienten Notstandsgesetze verabschieden – wegen Hitler! Sie fürchtet den Vorwurf des Anti-Amerikanismus – wegen Hitler! Und den des Antikommunismus – wegen Hitler! Sie kann die Kriminalität nicht eindämmen – wegen Hitler! Sie versagt sich Rechte, die jeder Nation zustehen – wegen Hitler! Wie lange noch die Regierung Hitler?«

Günter Maschke: »Die Verschwörung der Flakhelfer«, 1985.

bildet im Kollektivgedächtnis eine Art »schwarzes Loch«, das die restliche Geschichte zum Verschwinden bringt. Die Frage ist nur, ob es sich tatsächlich um das Ergebnis einer natürlichen und folgerichtigen Entwicklung handelt, die in den Ereignissen selbst begründet liegt, oder um das vorläufige Resultat einer abgefeimten Strategie, hinter der neben politischen und ideologischen Absichten auch psychologische und ganz praktische Bedürfnisse stecken.

Das Gedächtnis ist individuell, doch es entsteht im Prozeß der Sozialisation, durch Interaktion und Kommunikation. Das rechtfertigt Begriffe wie das »kollektive Gedächtnis«. Die Basiserzählung vom Dritten Reich und dem Holocaust, die das Kollektiv- oder Gruppengedächtnis der Bundesrepublik beherrscht, findet ihren Gipfelpunkt in der Implementierung von Auschwitz als negativem Gründungsmythos. Zwar nicht offiziell, aber faktisch hat Auschwitz sich als zivilreligiöses Golgatha und Bezugspunkt der politischen Ethik etabliert.

Da die deutsche Geschichte in diesem Konstrukt nur die Vorgeschichte eines Zivilisationsbruchs bildet, bleibt den Deutschen nichts anderes übrig, als sie zu verwerfen, sich von ihr zu befreien und sich zu postnationalen Neuen Menschen zu bilden. Das politisch-juristische Komplementärstück zu solcher Geschichtdidaktik bildet die 2009 im Wunsiedel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgestellte Behauptung, das Grundgesetz könne als expliziter Gegenentwurf zum Nationalsozialismus verstanden werden.

Solche Basis- oder »großen« Erzählungen sind Ausdruck symbolischer Ordnungen und berichten von der Herkunft, dem Werdegang und den ideellen Grundlagen des Gemeinwesens. Sie variieren in der Regel das Grundmuster vom Kampf zwischen Gut und Böse, wobei das eigene Kollektiv den positiven Part innehat. So sorgen sie für Orientierung, eröffnen Identifikationsmöglichkeiten und schaffen ein positives Grund- und Gemeinschaftsgefühl. Ihr emotionales Potential, so der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, kann in Krisenzeiten, die überdurchschnittliche Kollektivanstrengung erfordern, mobilisiert werden und handlungsleitend wirken. Zu diesen Erzählungen sind auch die nationalen Mythen und Gründungsmythen zu rechnen, die im 19. Jahrhundert, als die Feudal- sich zu bürgerlichen Nationalstaaten wandelten, verstärkt abgefragt wurden. Zu den notwendigen Elementen gehören sinnliche Erinnerungsfiguren, also Ereignisse, Orte oder Personen, die eine symbolische Bedeutung transportieren. Im Idealfall wird die Transformation der Vergangenheit in eine »fundierende Geschichte« erreicht, in einen Mythos, der eine kollektive Verbindlichkeit für die Zukunft stiftet. »Mythos ist die zu fundierende Geschichte verdichtete Vergangenheit«, schreibt der Ägyptologe Jan Assmann. Da Mythen von aktuellen Bedürfnissen geprägt werden, unterliegen sie ständig neuen Auswahlkriterien, Einsichten, Erzählprozessen und Metamorphosen. Andernfalls erstarren sie zum autoritären Dogma und führen zu Wirklichkeitsverlusten. Deshalb sind Offenheit und Flexibilität gerade bei politischen Mythen wichtig.

Etliche Merkmale treffen auch auf die bundesdeutsche, zivilreligiöse Erzählung zu. Zu den populären Erinnerungsfiguren zählen Anne Frank, das Portal des Lagers Auschwitz, Fotos aus dem Warschauer Ghetto oder von der Befreiung deutscher KZs. Denkmäler – allen voran das Holocaustmahnmal in Berlin –, in Gehwege eingelassene Stolpersteine mit den Namen deportierter Juden, Gedenktafeln sowie die Benennung von Straßen und Plätzen nach NS-Opfern zielen darauf ab, den öffentlichen in einen Gedenk- oder sogar geheiligten Raum zu verwandeln. Der 27. Januar – der Tag, an dem 1945 Auschwitz von der Roten Armee befreit wurde –, der 8. Mai als »Tag der Befreiung« und der 1. September sind fixe Termine im Staatskalender und geben Anlaß für Ansprachen, Zeremonien und die wiederholte Ermahnung, wachsam zu sein und »die Geschichte« nicht zu vergessen!

Die Erhebung der NS-Zeit und des Holocausts zur Basiserzählung der Bundesrepublik und ihre Verwandlung in einen Mythos weisen al-



Kognitive Dissonanzen – Merkel in Dachau (2015)

»Erstmals in der jüngeren deutschen Geschichte hat sich ein höchststranger Politiker, die Bundeskanzlerin nämlich, nicht in bittendem, sondern in forderndem Ton an den Papst gewandt. Er solle Klarheit schaffen, verlangte Merkel, daß es keine Leugnung des Holocaust geben dürfe. (...) Dies ist keine Einmischung in die Angelegenheiten der katholischen Kirche, sondern die Antwort darauf, daß der Papst gegen die Religion verstoßen hat, nämlich gegen die Zivilreligion, die in diesem Land gilt. Jean-Jacques Rousseau hat in seinem ›Gesellschaftsvertrag‹ 1762 den Begriff von der Zivilreligion geprägt. Die Zivilreligion soll als konsensuales Glaubensbekenntnis der Bürger zu ihrem Staat nicht nur religiöse Konflikte verhindern, sondern den Gesellschaftsvertrag, die Toleranz und die Herrschaft der Gesetze sichern. Zur deutschen Zivilreligion gehört das an christliche Werte angelehnte Menschenbild des Grundgesetzes. Zentraler Pfeiler ist aber auch das ›Nie wieder‹, die Bundesrepublik als staatlich organisierte Antithese zur Nazi-Diktatur.«

Kurt Kister: »Benedikt XVI. in der Kritik. Wir wollen nicht mehr Papst sein«, in *Süddeutsche Zeitung* vom 17. Mai 2010.

»Wenn wir uns in den kommenden Jahren erinnern möchten, warum es so wichtig war, ein bestimmtes Europa aus den Krematorien von Auschwitz zu bauen, kann uns nur die Geschichte helfen. Das neue Europa, durch die Zeichen und Symbole seiner schrecklichen Vergangenheit zusammengeschlossen, ist eine bemerkenswerte Leistung; doch es bleibt seiner Geschichte immer verpflichtet. Wenn die Europäer diesen lebenswichtigen Zusammenhalt bewahren wollen – wenn Europas Vergangenheit seiner Gegenwart auch weiterhin als Mahnung und moralische Zielvorgabe dienen soll, muß sie jeder Generation erneut vermittelt werden.«

Tony Judt: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*. München/Wien 2006 (2005).

Literaturhinweise:

Jan Assmann: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1992;

Karl Heinz Bohrer: *Ekstasen der Zeit. Augenblick, Gegenwart, Erinnerung*, München/Wien 2003;

Maurice Halbwachs: *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1985/1991;

Iris Hanika: *Das Eigentliche. Roman*, Graz/Wien 2010;

Ulrike Jureit/Christian Schneider: *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart 2010;

Herfried Münkler: *Die Deutschen und ihre Mythen*, Hamburg 2010 (2009).

lerdings etliche Eigenheiten und Tücken auf. Die Erzählung blockiert die Empathie für die Vorfahren und die Geschichte des Landes. Besonders destruktiv wirkt sich das selektive Totengedenken aus, das die Opfer des eigenen Kollektivs ausschließt oder als vertretbare Sekundärschäden behandelt. Die desintegrierende Wirkung wird verstärkt durch den impliziten Kollektivschuldgedanken, der, einmal verinnerlicht, zu moralischer und intellektueller Wehrlosigkeit führt. Zudem bietet die Erzählung keinen kreativen Ansporn zum politischen Handeln, sondern erzwingt Konformität durch die Drohung, im Fall der Verweigerung Ächtung und Verwerfung anheimzufallen.

Die Geschichte beginnt, wo das soziale Gedächtnis endet. Die geschichtliche Basiserzählung der Bundesrepublik hingegen bearbeitet und rekonstruiert einen Zeitraum, der teilweise noch persönlich erinnert wird. Die Erinnerungen, die mit Zeitgenossen geteilt, ausgetauscht und unmittelbar an die Nachfahren weitergegeben werden, sind oft ganz andere als diejenigen, die im offiziellen Diskurs hervor- und aufgehoben werden. Er überschreibt die authentischen persönlichen Erinnerungen und drängt sie ins Private oder ins Beschweigen ab. Die Enkel- und Urenkelgenerationen werden veranlaßt, ihre Großeltern und Urgroßeltern einer Täter-, wenn nicht Mördergeneration zuzurechnen. Sie sind aufgefordert, sich einerseits als Täterabkömmlinge und Schulderten zu begreifen sowie sich gleichzeitig mit den Opfern ihrer Vorfahren zu identifizieren, weil ihnen das die Chance bietet, der ererbten Schuld zu entkommen. Aus der Als-ob-Erinnerung folgen innere Spannungen und kognitive Dissonanzen bis hin zur Schizophrenie und schließlich dem Verlust des Wirklichkeitsgefühls.

Die Erzählung ist mit der überprüfbaren Fakten- und Aktenlage nicht gänzlich deckungsgleich. Da die bearbeiteten Erinnerungen längst nicht erkaltet sind, ruft die Differenz um so mehr danach, die Auswahlkriterien zu überprüfen und neue Erzählprozesse in Gang zu setzen. Entsprechende Bemühungen ziehen jedoch umgehend Sanktionen nach sich, bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen. Hier zeigt sich, daß die Basiserzählung zumindest teilweise ein machtschutztes, der offenen Diskussion entzogenes Dogma ist. Der mit ihm verbundene Bekenntniszwang führt zu geistigen und emotionalen Blockaden bis hin zu psychischen Beschädigungen.

Die Schriftstellerin Iris Hanika hat das in dem 2010 erschienen Roman *Das Eigentliche* eindrucksvoll – und satirisch überspitzt – beschrieben: Die beiden Protagonisten Graziela und Hans sind tief unglücklich. Ihr Denken und Fühlen wird von einer »konkreten Not« überlagert und zersetzt. Was ihnen im Guten wie im Bösen widerfährt, setzen sie wie unter Zwang mit Auschwitz in Beziehung. In der überfüllten U-Bahn tröstet Hans sich damit, daß die Deportationszüge in die Vernichtungslager noch viel voller waren. Wenn er zu Bett geht, denkt er daran, daß den Häftlingen in Auschwitz nur Pritschen zur Verfügung standen. Graziela fühlt sich schuldig, weil ihr Großvater zwar keiner SS-Einsatzgruppe angehörte, aber als Soldat an der Ostfront gewissermaßen die Voraussetzung für die Judenmassaker geschaffen hatte. Aus Filmen und Büchern wissen sie von der »Überlebensschuld«, welche die befreiten Lagerinsassen gegenüber den Toten empfinden, und sie beziehen sie auf sich selbst. Ihre Schuldgefühle entladen sich in einem »heillosen Haß auf DEUTSCHLAND«.

Auf die Gedanken sind sie natürlich nicht von allein gekommen, sie wurden vorgedacht, verbreitet und indoktriniert. Diese Arbeit wird vom »Institut für Vergangenheitsbewirtschaftung« geleistet, das in einem 16 Stockwerke hohen und 120 Meter breiten Gebäude »in der Mitte der Hauptstadt des Landes« residiert. Hier schlägt, »und das war eben offiziell, das Herz des Landes«. Der Bau erinnert an Görings Luftfahrtministerium (ab 1990 Sitz der Treuhandanstalt) und das Bundesfinanzministerium, aber auch an die Stasizentrale in der Berliner Normannenstraße und an Orwells Wahrheitsministerium.

Es liegt auf der Hand, daß derart konditionierte Menschen auch politisch unreif sind und sich individuell und kollektiv – als »Tätervolk« – leicht zu Heloten manipulieren lassen: ein Phänomen, das im globalen Maßstab mittlerweile ganz Europa betrifft. Deutschland hat in dieser Hinsicht eine wahrhaft missionarische Wirkung entfaltet. Übrigens: Hans entschließt sich, seine Arbeit im Institut zu kündigen, und Graziela verliebt sich neu. Am Ende fühlen beide sich frei ... ■

Institut für Staatspolitik



Der Bereicherungsmythos. Die Kosten der Einwanderung nach Deutschland

44 S., brosch., 5 €

Hartnäckig hält sich der Mythos, daß es sich bei Einwanderung um eine »Bereicherung« handeln würde und Deutschland zum Erhalt seines Wohlstands darauf angewiesen wäre. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Bislang hat Deutschland von der Einwanderung nicht profitiert, sondern einen hohen Preis dafür gezahlt. Die Bilanz ist desaströs und wird sich auch in Zukunft nicht verbessern. Einwanderung löst keines der Probleme, die sich aus dem demographischen Niedergang Deutschlands ergeben.

Georg Quabbe Das letzte Reich. Wesen und Wandel der Utopie

192 S., brosch., 15 €

Utopien sind Gedankenexperimente zur Erprobung von Ideologien. Sie bilden zudem ein Korrektiv zu den Zumutungen der Gegenwart. Quabbe, der Autor des *Tar a Ri*, hat ihnen 1933 sein zweites Buch gewidmet und mustert sie mit dem scharfen Blick des Konservativen.



Günter Scholdt Die große Autorenschlacht. Weimars Literaten streiten über den Ersten Weltkrieg

288 S., brosch., 15 €

Seit November 1918 tobte zwischen deutschsprachigen Schriftstellern ein Kampf um die Deutungshoheit über das soeben beendete blutige Geschehen. Diese Kontroverse bildet die erste Phase der hundertjährigen geschichtspolitischen Disziplinierung der Deutschen.



INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel/Fax (034632) 9 09 41 · e-Post institut@staatspolitik.de

www.staatspolitik.de

Der Historikerstreit

von Friedrich Pohlmann

Der sogenannte Historikerstreit, der in der Endphase der »alten« Bundesrepublik zwischen 1986 und 1988 ausgetragen wurde, war die wichtigste geschichtspolitische Kontroverse in Deutschland nach 1945. Die wichtigste deshalb, weil sie sich sehr bald, von strittigen Einzelthesen ausgehend, zu einem ganz grundsätzlichen Kampf um die Deutungshoheit über die gesamte jüngere deutsche Geschichte entwickelte, einer Deutungshoheit über die deutsche Vergangenheit, die unauflöslich mit Fragen der Deutungshoheit über die Gegenwart verknüpft war und damit zugleich mit Weichenstellungen bezüglich der politisch-gesellschaftlichen Gestaltung der Zukunft Deutschlands. Es ging also beim Historikerstreit, in dem sich fast alle äußerten, die in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung und der politischen Publizistik Rang und Namen hatten, keineswegs nur oder an erster Stelle um Wahrheitsfragen im engeren Sinn, sondern vor allem um Durchsetzungsversuche bestimmter Geschichtsbilder im Hinblick auf politisch-ideologische Gegenwartsinteressen, also genau um jene instrumentelle Nutzung der Historie, die im Wort »Geschichtspolitik« anklingt. Da der Streit mittlerweile fast dreißig Jahre zurückliegt und vor der epochalen Zäsur von 1989 spielte, mag er jüngeren Menschen wie ein Ereignis aus grauer Vorzeit anmuten. Und doch gilt er noch immer als das große Paradigma zur Veranschaulichung, warum und wie spezifische geschichtspolitische Positionen in Deutschland durchgesetzt und andere abgedrängt und tabuisiert werden.

Vordergründig ging es um bestimmte Sachthemen, Thesen, die man nur auf der Basis wissenschaftlichen Wissens vernünftig diskutieren kann – Stichworte wie »Vergleichbarkeit«, »kausaler Nexus« und auch »Singularität« mögen Hinweise für diese Ebene sein. Freilich ist die analytische Herangehensweise an die mit diesen Stichworten angezeigten Sachthemen nicht ablösbar von Grundhaltungen zur deutschen Geschichte, wie der Abwehr oder Annahme des Eigenen. Es war diese Hintergrunddimension, die im Verlauf des Streites immer wichtiger wurde, das Aufeinanderprallen ganz konträrer Grundhaltungen, das für die Schärfe dieses Streites ursächlich wurde. Denn der damalige Sieg der linken Grundhaltung war für die Befestigung der hegemonialen Stellung einer bestimmten »volkspädagogischen« Großerzählung von zentraler Bedeutung. Sie entzieht sich weitgehend rationalen Befragungen und hat merkwürdig unberührt von allen gesellschaftlichen Wandlungen in den letzten dreißig Jahren überlebt und sich von Generation zu Generation im Zusammenwirken von Schule, Politik, Massenmedien und Teilen der Wissenschaft erneuert. Was fast nie hinreichend reflektiert wird, ist, daß der Historikerstreit ja keineswegs im abgeschotteten System der Wissenschaft stattfand, sondern eben im systemübergreifenden Zusammenspiel zwischen Massenmedien, Politik und Wissenschaft.

In diesem Zusammenspiel werden nämlich ganz andere Machtmechanismen wirksam als im selbstgenügsamen Raum der Wissenschaft.

Der vorliegende Beitrag von Dr. Friedrich Pohlmann ist die stark gekürzte Fassung eines Vortrags, den er im Rahmen der 15. Winterakademie des Instituts für Staatspolitik hielt. In diesem Vortrag breitete er natürlich auch den Verlauf des Historikerstreits aus. Wir haben diese Passagen gestrichen und hier in der Randspalte die wichtigsten Auslassungen der Protagonisten in zeitlicher Reihenfolge dokumentiert.

FAZ, 6. Juni 1986

Ernst Nolte, »Vergangenheit, die nicht vergehen will«:

»Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ›asiatische‹ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ›asiatischen‹ Tat betrachteten? War nicht der ›Archipel GULag‹ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ›Klassenmord‹ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ›Rassenmords‹ der Nationalsozialisten?«

Ihre intergenerationelle Tradierung vollzieht sich wesentlich über die ritualisierte Repetition einiger Schlüsselmythologeme, die, da ihrerseits mit bestimmten Sprachformeln fest verknüpft, eher einem Glaubensbekenntnis als rational diskutablen Sprechhandlungen ähneln. Sie bilden ein Syndrom von Sinnfeilern für eine in diversen Varianten zirkulierende Groß-erzählung mit unüberhörbar sakralisierenden Untertönen. Ihr erster Teil handelt von deutscher Hybris und Schuld; von verhängnisvollen Sonderwegen »der« Deutschen, die in den Ersten Weltkrieg mündeten und im Nationalsozialismus, dem Zweiten Weltkrieg und schließlich in »Auschwitz« katastrophal kulminierten. Ihr zweiter Teil spricht die gerechten Strafen an, zu denen auch Bombenkrieg, Vertreibungen und Massenvergewaltigungen gehören, die bedingungslose Kapitulation, die eigentlich als »Befreiung« zu werten sei, die Gebietsabtrennungen im Osten, die Teilung des Landes und sein Souveränitätsverlust, während ihr dritter Teil die »Bewältigung« der Vergangenheit durch die Nachgeborenen verkündet, die »Lehren«, die sie uns aufrufen. Dazu gehört an erster Stelle das aus der »Schuld« folgende Bekenntnis zu einem unaufhörlichen Bemühen um moralische Besserung; ein Bemühen, das in der Gegenwartsvariante dieser Erzählung die Abschaffung der Nationalstaaten in einem von »Brüssel« und dem Euro »friedlich« geeinten »Europa« und die Selbstabschaffung als Volk durch Masseneinwanderung Kulturfremder als alternativlose politische Handlungskonsequenzen einschließt.

Kern dieser geschichtspolitischen Groß-erzählung ist offensichtlich der Schuldbegriff, ein Begriff, der den Sphären des Rechts, der Moral und der Religion entstammt, aber zur Deutung politischer und gesellschaftlicher Prozesse nur höchst begrenzt tauglich ist. Er taucht in unterschiedlichen Formen auf, die aber typischerweise eines verbindet: eine kollektivistische Zuschreibung. So zielt die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten und natürlich vollkommen fraglos am Zweiten Weltkrieg ja nicht nur auf deutsche Regierungen, sondern darüber hinaus auf eine nicht näher bestimmte Kollektiveinheit (»Deutschland«), enthält also eine kollektivistische Komponente, die dann in Reden vom »Tätervolk«, die der linke Jargon unserer Zeit eigentlich »rassistisch« nennen müßte, eine nicht mehr weiterzutreibende Steigerung erfährt. Auch der Schuldbegriff selbst wird in dieser Erzählung mittels des Schlüsselwortes von der Singularität, das gemeinhin vollkommen unerklärt bleibt, in eine nicht mehr überbietbare Extremform gesteigert. »Singularität« kann – in Bezug auf geschichtliche Ereignisse – einerseits etwas höchst Banales meinen, kann aber auch als Chiffre für ein aller Vergleichbarkeit Enthobenes, die Möglichkeiten unseres Intellekts schlechthin Übersteigendes benutzt werden, und genau in diesem Sinn wird der Holocaust auch von manchen jüdischen Denkern gedacht, die ihn in sakralisierende Konzeptionen einbinden und als fundamentalen Angriff auf Gottes »erwähltes« Volk deuten, als ein aller rationalen Begreifbarkeit vollkommen entzogenes absolut Böses.

Der Singularitätstopos – besonders in solch sakralisierenden Einkleidungen – erklärt also Täter und Opfer zu ganz besonderen Tätern und Opfern. Dadurch werden Devaluierungen anderer Opfergruppen ermöglicht und Verwandlungen des Opferbegriffs in Bezug auf die privilegierte Opfergruppe in einen vielfältig nutzbaren ehrfurchterregenden Ehrentitel, der bei den Nachkommen der Überlebenden das merkwürdige Phänomen eines »Opferstolzes« ermöglichte, eine Haltung, die unter den Überlebenden selbst lange und in der Frühzeit Israels weitgehend unbekannt, ja sogar verpönt war. Hingegen werden wegen der Einzigartigkeit der Schuld ihrer Vorfahren den Nachkommen des sogenannten Tätervolks ganz besondere Sühneleistungen aufgebürdet, unter denen die Verpflichtung zur fraglosen Pflege eines gesinnungsethisch radikalisierten politischen Moraluniversalismus herausragt, den Arnold Gehlen »Humanitarismus« genannt hat. Hervorgegangen aus der Negativfixierung auf die eigene Nation und ihre Geschichte, äußert sich der Humanitarismus in seinen politischen Idealen in einer aggressiven Hinwendung zu einem grenzüberwindenden Irgendwie des Allgemeinmenschlichen, einem hehren Gutmenschentum, das psychologisch den Freikauf aus der belastenden Abstammung vom »Tätervolk« ermöglicht und letztlich auf staatlich-kulturelle Selbstaufgabe hinausläuft. Der Humanitarismus schließt Maximen zur Geschichtsrezeption ein, die den Nachkommen sentimentalische Identifi-

FAZ, 28. Juni 1986

Christian Meier, »Verurteilen und Verstehen«:

»Zum Geschichtsbewußtsein der Deutschen muß immer das Bewußtsein der Beispiellosigkeit der Verbrechen gehören, die wir in jenen zwölf Jahren begangen haben. Schon deswegen, weil es sonst unverständlich bliebe, warum von den Untaten jener Zeit nicht dasselbe gilt, was wir bei unangenehmen Teilen der Geschichte anderer Völker beobachten, daß sie nämlich irgendwann abgelegt sind.«

Die Zeit, 11. Juli 1986

Jürgen Habermas, »Eine Art Schadensabwicklung«:

»Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturation der Deutschen erst nach – und durch – Auschwitz bilden können. Wer uns mit einer Floskel wie »Schuldbesessenheit« (Stürmer und Oppenheimer) die Schamröte über dieses Faktum austreiben will, wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihre nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzig verlässliche Basis unserer Bindung an den Westen.«

FAZ, 31. Juli 1986

Klaus Hildebrand, »Das Zeitalter der Tyrannen«:

»Wie immer muß allerdings, wer sein Geschichtsbild und seine Macht auf Kosten der Wahrheitsfindung retten will, zu Simplifizierungen Zuflucht nehmen und zur Forschung auf Distanz gehen. Die Folgen artikulieren sich als Wirklichkeitsverlust und Manichäismus.«

Die Zeit, 1. August 1986

Ernst Nolte in einem Leserbrief:

»Daher sehe ich meine alte Vermutung bestärkt, daß derselbe Mann, welcher in der Theorie ein Vorkämpfer der »herrschaftsfreien Diskussion« ist, in der Praxis die formellen und informellen Machtpositionen, welche er in Gremien und Verlagen innehat, mit Energie und Geschick zu benutzen weiß, um ein Zensorenamt besonderer Art auszuüben.«

FAZ, 29. August 1986

Joachim Fest, »Die geschuldete Erinnerung«:

»[Jürgen Habermas] sieht Strategien der moralischen Relativierung, die dem Ziel eines entlasteten Geschichtsbildes dienen und damit auf ihre Weise zu jener schimärischen ›Wende‹ beitragen sollen, deren Helfer er überall am Werke sieht, Nolte und Hildebrand und Stürmer und Hillgruber – alle über einen Leisten. Es läuft auf platteste Verschwörungstheorie hinaus, die hier, wie übrigens immer, nichts anderes als Ausdruck unbegriffener Verhältnisse ist.«

Die Zeit, 12. September 1986

Eberhard Jäckel, »Die elende Praxis der Untersteller«:

»Was man uns suggerieren will, ist die These von einem Präventivmord. Aber sie ist so falsch wie die vom Präventivkrieg, die, obwohl hundertmal widerlegt, auch immer wieder einmal aus Hitlers Arsenal hervorgeholt wird.«

Die Zeit, 3. Oktober 1986

Martin Broszat, »Wo sich die Geister scheiden«:

»[...] das Kriterium gewissenhafter Argumentation als A und O der Beurteilung ihrer Wissenschaftlichkeit. Daß Ernst Nolte solche Grenzen in hochmütiger Verachtung empirisch-historischer Vorgehensweisen immer wieder überschreitet, bringt manche Argumentation des renommierten Gelehrten in fatale Nähe querulatorischer Spitzfindigkeit.«

Der Spiegel, 6. Oktober 1986

Rudolf Augstein, »Die neue Auschwitz-Lüge«:

»Nicht umsonst verrät uns Ernst Nolte, die Vernichtung der Kulaken, der mittelbäuerlichen Schicht, zwischen 1927 und 1930 sei vor Hitlers Machtergreifung geschehen, die Vernichtung der Alt-Bolschewiken und zahlloser anderer zufälliger Opfer des Stalinschen Wahns zwischen 1934 und 1938 vor Beginn des Hitler-Krieges. Aber Stalins Wahn war, anders als der Hitlers, ein realistischer Wahn.«

kationen mit den Opfergruppen des »Tätervolkes« – an erster Stelle der im nachhinein privilegierten – nahelegen. Daraus resultiert dann die Kultivierung eines selektiven Betroffenheitsjargons einschließlich routinierter öffentlicher Kundgaben sogenannter Scham, deren Kehrseite die Gleichgültigkeit für die Opfer des eigenen Volkes und dessen Konsequenz eine verdorrte realistische historische Phantasie ist, nämlich die Unfähigkeit sich vorzustellen, wie sehr man unter den Extrembedingungen der Diktatur und des Krieges selbst gefährdet gewesen wäre, gefährdet, zum Täter zu werden.

Soweit in größtmöglicher Kürze die zentralen Bausteine eines Narrativs, das sich in den Ritualen einer sogenannten Erinnerungskultur beständig erneuert und das sogenannte kollektive Gedächtnis der Deutschen seit Jahrzehnten prägt. Wir müssen uns aber die feste Verankerung von Schlüsselmythologemen dieses Narrativs in den Köpfen der Mehrheit der Gesinnungswächter über die veröffentlichte Meinung, ihre hegemoniale Stellung im damaligen »Zeitgeist«, als eine der zentralen Hintergrundbedingungen des »Historikerstreits« denken, ohne die er nicht denkbar gewesen wäre. Er entfaltete sich nämlich dadurch, daß bedeutende Historiker (namentlich Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer) vor dem Forum einer größeren Öffentlichkeit, in den Massenmedien, Positionen vortrugen, die mit grundlegenden Prämissen und Wertungen dieser Erzählung nicht vereinbar waren. Stürmer etwa warnte in einem Vortrag vor der Gefahr einer »kollektiven Schuldbesessenheit« der Deutschen, die eine fatale »Geschichtslosigkeit« bewirkt habe. In einem Land ohne Erinnerung aber »sei alles möglich«, und dann kam der vieldeutige Satz, »daß im geschichtslosen Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet«. Dieser – wie eine Streitansage klingende – Satz ist ein Schlüsselsatz für ein Verständnis des Charakters des dann wenig später losbrechenden Historikerstreits, der ja keineswegs als eine selbstgenügsam-wissenschaftliche Kontroverse mißverstanden werden darf. Hier ging es nicht – wie idealiter im wissenschaftlichen Disput – um ein kontrolliertes Wechselspiel sich aneinander messender und gegenseitig korrigierender Argumente auf der Basis von Achtung für den jeweils anderen, sondern hier entbrannte, wie mittlerweile von niemandem bestritten wird, ein Intellektuellenkampf um die Deutungshegemonie in Deutschland, um politisch-kulturelle Macht, und zwar der heftigste, den es in der vierzigjährigen Geschichte der »alten Bundesrepublik« gegeben hat; eine Auseinandersetzung um jene Sichtweisen und Kategorien, die mit der Formung des Bildes von der deutschen Vergangenheit zugleich die Grundeinstellungen gegenüber der Gegenwartswirklichkeit weitgehend festlegen: politische Einstellungen im engeren Sinn, Haltungen zur eigenen Nation, aber beispielsweise auch, weit grundsätzlicher, die Präferenzen für bestimmte Menschenbilder, die ihrerseits eng mit Bildungsideen und ästhetischen Orientierungen zusammenhängen, kurz: alles das, was das Wort »Geschichtspolitik« einschließt.

Die überschießende Bösartigkeit, die den Historikerstreit zeitweise auszeichnete, hat viele Ursachen, aber man sollte doch eine an erster Stelle nennen: daß hier auch um alles das gekämpft wurde, was Menschen heilig und teuer ist, um den Stoff, aus dem sie ihr Selbstideal und die Prämissen für ihr »Verhältnis zur Welt« formen, um ihre Grundwerte. Deswegen ist auch die Formulierung vom »Kampf um die Deutungshegemonie« mißverständlich, denn die eine der Parteien besaß bereits die Hegemonie, und ihre aggressive Verteidigung diente dem Zweck, zu verhindern, daß sich in fest etablierte Deutungspositionen erste Risse hineinfraßen. Es muß hier noch einmal unterstrichen werden, daß die meisten Streiter von der Richtigkeit und Wahrheit ihrer Worte überzeugt waren, wobei freilich erstaunt, wie gering der Kenntnisstand einiger der ganz Prominenten – eines Habermas beispielsweise – über das war, was sie bewerteten: Habermas hat sich nicht nur durch Demonstration seiner totalen Unkenntnis der Geschichte der Sowjetunion selbst entblößt, sondern auch am Beispiel seines argumentativen Verhaltens im Historikerstreit sein eigenes Modell rationaler Kommunikation und herrschaftsfreien Diskurses diskreditiert – ein Modell, das auf bombastischem philosophischem Fundament ruht, aber vollkommen unpsychologisch und damit wirklichkeitsfremd ist.

Nun müssen allerdings Analysen des »Historikerstreits« und seines Machtcharakters unzureichend bleiben, wenn das Medium unreflektiert

bleibt, in dem er ausgetragen wurde. Schließlich handelte es sich hier nicht um eine Kontroverse unter Anwesenden oder eine Debatte in Fachzeitschriften, sondern um einen Streit, der vornehmlich in Zeitungen, aber auch im Fernsehen – also vor dem Forum einer großen anonymen Öffentlichkeit – ausgetragen wurde. Zwar waren das Blätter mit einem gewissen intellektuellen Niveau, aber auch Zeitungen mit Niveau sind Massenmedien, die ihren »Stoff« – die Worte, die sie erreichen – immer in einer spezifischen Weise modellieren, bevor sie ihn dem Publikum präsentieren. In die Maschinerie der Massenmedien eingespeist und von ihren Gesetzmäßigkeiten durchwinkt aber mußten sich bestimmte Merkmale, die gewissermaßen zur »Natur« jeder Auseinandersetzung über Grundwerte gehören – wie die Konstruktion simplifizierender Alternativen, die Moralisierung und Emotionalisierung der Argumente, die dem Blick aufs Publikum geschuldete manipulativ-verzerrende Wiedergabe gegnerischer Positionen und die Tendenz zur Lagerbildung – im »Historikerstreit« in extremer Weise zuspitzen, und das verschaffte jenen, die – hiermit inkompatibel – die Gepflogenheiten wissenschaftlichen Argumentierens nicht preisgeben wollten oder konnten, von vornherein schlechte Karten. Jedenfalls sind Besonderheiten des Machtcharakters dieses Streits auch unmittelbar auf das Medium zurückführbar, in dem er stattfand, und es waren durch dieses Medium geformte eigendynamische Prozesse, die auch den Einsatz jener Kommunikationswaffe forcierten, die für den politischen Parteienkampf genauso typisch ist wie für das Ringen um Deutungshegemonie: der Waffe der Skandalisierung.

**Die Zeit,
17. Oktober 1986**

Thomas Nipperdey,
»Unter der Herrschaft
des Verdachts«:

»Ich halte die von Habermas eröffnete Debatte für ein Unglück.«

**Frankfurter Rundschau,
14. November 1986**

Heinrich August Winkler:
»Auf ewig in Hitlers
Schatten?«:

»Angesichts der Rolle, die Deutschland bei der Entstehung der beiden Weltkriege gespielt hat, kann Europa und sollten auch die Deutschen ein neues Deutsches Reich, einen souveränen Nationalstaat, nicht mehr wollen. Das ist die Logik der Geschichte [...].«



Skandalisierungen haben zur Grundvoraussetzung die Moralisierung, sie werden nur möglich, wo in Kontroversen das sachliche Beurteilen durch ein durchgängiges schrilles Bewerten überlagert und verdrängt wird, wo alles – jede Frage und These – durch das Raster eines »Gut/Böse«-Codes gesiebt und voneinander getrennt wird. Die Werte, die dem »Gut/Böse«-Schema zugrunde liegen, werden dabei selten ins Licht der Reflektion gezogen und fast immer als selbstevident vorausgesetzt – beispielsweise, daß »Gleichheit« gut, »Ungleichheit« aber schlecht sei. Solchermaßen bewertet, fallen von dem kompliziertesten Sachverhalt wie durch einen Zau-

**Geschichte in Wissen-
schaft und Unterricht,
Dezember 1986**

Andreas Hillgruber,
»Jürgen Habermas, Karl-
Heinz Janßen und die Auf-
klärung Anno 1986«:

»Es ist ein Zeichen für die
totale Verwahrlosung des-
sen, was als »politische Kul-
tur« gerade in der sich »libe-
ral« gebenden Wochenzei-
tung *Die Zeit* immer wie-
der gefordert wird, wenn
sich diese Zeitung für die
Habermas'schen Aggres-
sionen gegen vier deut-
sche Historiker hergibt.«

**Evangelische Kom-
mentare, Februar 1987**

Immanuel Geiss, »Zum
Historiker-Streit«:

»Durch die Art ihrer At-
tacken erwecken Habermas
und Augstein den fatalen
Eindruck, als beanspruch-
ten sie für sich und ihre An-
hänger das Monopol auf In-
terpretation der deutschen
Zeitgeschichte mit ihren
moralischen Belastungen.«

Literaturhinweise:

Andreas Hillgruber: *Zwei-
erlei Untergang. Die Zer-
schlagung des Deutschen
Reiches und das Ende des
europäischen Judentums*,
Berlin 1986;

Volker Kronenberg
(Hrsg.): *Zeitgeschichte,
Wissenschaft und Po-
litik. Der »Historiker-
streit« – 20 Jahre da-
nach*, Wiesbaden 2008;

»Historikerstreit«. *Die Do-
kumentation um die Ein-
zigartigkeit der national-
sozialistischen Judenver-
nichtung*, München 1987;

Ernst Nolte: *Das Verge-
hen der Vergangenheit.
Antworten an meine Kri-
tiker im sogenannten Hi-
storikerstreit*, Berlin/
Frankfurt a.M. 1987.

berschlag alle Schalen der Komplexität ab, und er wird dann nicht nur kinderleicht verstanden, sondern genauso kinderleicht handhabbar, denn Moralisierungen präsentieren sich dem Publikum als Appelle, Bewertungen durch Wiederholung zu bekräftigen. Hinzu tritt die wirksam herausgeschleuderte Empörung gegen das neue Deutungsmuster und gegen die Personen, die es ins Spiel gebracht haben, und da diese moralisch Illegitimes geäußert haben, erscheint es nur legitim, sie durch den Entzug sozialer Achtung zu stigmatisieren. Nun sind Skandalisierungen nur selten soziale Einakter, sondern fast immer längere konfrontative Prozesse. Sie haben Erfolg, wenn im Zuge einer sich über längere Zeit hinweg aufheizenden Emotionalisierung, die jede besonnene Argumentation erstickt, der einen Partei in der Öffentlichkeit mehr und mehr die Unterstützung wegbricht. Jedenfalls sind Skandalisierungen immer – egal, wie man sie ansonsten bewertet – machtvoll soziale Prozesse zur Herstellung von Konformität. Das demonstrieren natürlich genauso eindringlich die Wirkungen ihres Erfolges. Die gelungene Skandalisierung umzäunt ein Gedankengelände so, daß jeder, der in seine Nähe gerät, zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen gezwungen wird. Wer jetzt darüber spricht, ohne sich zugleich demonstrativ zu distanzieren, riskiert soziale Ächtung und möglicherweise sogar Kragen und Kopf, also den Beruf und physische Verletzungen. Oft reicht dann in der Öffentlichkeit schon das Aussprechen eines Namens aus, um dem Geist drohend zu signalisieren, was er zu meiden und was zu denken hat: Dann braucht man nur empört »Nolte!« (oder heute: »Sarrazin«) zu rufen, und schon ist die Grenze markiert, hinter der – wie im archaischen Tabu – die Gefahr lauert. Am tiefsten aber geht die Konformitätswirkung, wenn bereits das einsame gedankliche Durchspielen des inkriminierten Deutungsmusters ein ungutes Gefühl des schlechten Gewissens erzeugt. Dann hat sich die Bewertung gewissermaßen in der »Über-Ich«-Sphäre abgelagert, ist ihr eine Dimension autoritativer Macht zugewachsen, die die Person »ganz von selbst« denken läßt, wie sie denken soll.

Damit ist die geschichtspolitische Situation in der Gegenwart beschrieben. Der humanitaristische Moraluniversalismus hat sich im Verbund mit seinen engsten Verwandten, dem Multikulturalismus und der Negativfixierung auf die eigene Nation und Geschichte, kräftig erholt und bestimmt seit einiger Zeit in gleichermaßen aggressiven wie infantilisierten Versionen die veröffentlichte Meinung als eine neue Form politischer Korrektheit. Dabei ist auch zunehmend unabweisbar geworden, daß ein derartiges Ideologiesyndrom keineswegs nur der Weltsicht naiver »Gutmenschen« entspricht, wie man vor zehn Jahren noch annehmen konnte, sondern jetzt läßt sich immer deutlicher auch der instrumentelle Nutzwert einer solchen Ideologie für die politischen und ökonomischen Machтели erkennen, die, auf die Utopie der einen Welt zielend, via Europäische Union und Globalisierung die Abschaffung der Nationalstaaten und via Masseneinwanderung die Auflösung der europäischen Völker anstreben. Erreichbar sind diese Ziele nur, wenn den Völkern die Annahme ihrer eigenen geschichtlich-kulturellen Wurzeln und Bindungen verwehrt und ausgetrieben wird. Dafür bietet sich in Deutschland natürlich am ehesten die fortwährende interkulturelle Tradierung jener Mythologeme an, aus denen sich die Großerzählung über »Schuld«, »Strafe« und »Bewältigung« zusammensetzt, die ich anfangs umrissen habe und ohne die – als Hintergrund – der Historikerstreit vor dreißig Jahren nicht denkbar gewesen wäre. Mit dem Wachstum des Gegenwillens gegen Globalisierung, Europäische Union und Masseneinwanderung Kulturfremder, das wir überall in Europa beobachten können, wächst aber auch das Bedürfnis nach einer historisch ausgerichteten Vergewisserung kollektiver Identitäten und damit nach Geschichtsbildern, die mit der skizzierten geschichtspolitischen Hegemonialform unvereinbar sind. Im Chor veröffentlichter Meinungen ist dieses geschichtspolitische Bedürfnis bisher nur als kleine Nebenstimme zu hören, und es wird alles getan, sie gänzlich mundtot zu machen. Da aber auf allen ihren zentralen Themenfeldern das Lügegebäude der Politischen Korrektheit zunehmend rissiger wird, ist die Hoffnung keineswegs unbegründet, daß auch der geschichtspolitischen Hegemonialform in Deutschland zunehmend weniger geglaubt wird. Dafür muß man freilich kämpfen, und man muß darauf vorbereitet sein, dabei ähnlichen Diffamierungen ausgesetzt zu werden, wie sie die Verlierergruppe im Historikerstreit vor dreißig Jahren erfahren mußte. ■

Drei geistige Zulagen

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

Rekonstruktion des Konservatismus

Verlag Antaios  kaplaken 43

Gerd-Klaus Kaltenbrunner

Rekonstruktion des Konservatismus

reihe kaplaken, Band 43
80 S., 8 €

Ein Plädoyer für einen selbstbewußten,
ideenreichen Konservatismus

STEFAN SCHEIL

Weserübung gegen Operation Stratford

Wie die Alliierten 1940 den Krieg
nach Skandinavien trugen

Verlag Antaios  kaplaken 44

Stefan Scheil

Weserübung gegen Operation Stratford

Wie die Alliierten 1940 den Krieg nach
Skandinavien trugen


reihe kaplaken, Band 44
96 S., 8,50 €

Den Wettlauf nach Narvik entschied
die Wehrmacht für sich.

MARTIN LICHTMESZ

Ich bin nicht **CHARLIE**

Meinungsfreiheit
nach dem Terror

Verlag Antaios  kaplaken 45

Martin Lichtmesz

Ich bin nicht Charlie.

Meinungsfreiheit nach dem Terror

reihe kaplaken, Band 45
96 S., 8,50 €

Die Pariser Anschläge und ihre Folgen:
Nicht jeder ist »Charlie«!

VERLAG ANTAIOS

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel/Fax: (034632) 9 09 41 · e-Post: vertrieb@antaaios.de
www.antaaios.de

Postpragmatismus oder: Im »Jungen Salon«

von Götz Kubitschek

Es war eine ebenso seltsame wie lehrreiche Zeitreise: Wir waren zu Gast in einem »Jungen Salon«, der nicht zuletzt insofern hochkarätig besetzt war, als sich dort auch die bereits erwachsenen Kinder zweier bekannter deutscher Autoren tummelten. Die Einladung hatte uns erreicht, weil wir vor einem Jahr mit einem der Organisatoren des Salons, einem jungen Verleger, ins Gespräch gekommen waren, in dessen Verlauf sich eine geistige Nähe einstellte, ungefähr entlang der Linie Dávila – Leben in der Provinz – reaktionär. Dieser Verleger entwarf den Plan, uns – die Rechtsintellektuellen – den Teilnehmern des »Jungen Salons« vorzustellen und zugleich auszusetzen. Ein Impulsreferat sollte in eine Diskussion über unsere metapolitische Haltung und Denkweise münden, und er warnte uns vor: Streitlebhaft, bisweilen ruppig sei der »Junge Salon«.

Das Vorhaben wurde umgesetzt und erhielt durch den jüngst veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem Soziologen und *Kursbuch*-Herausgeber Armin Nassehi und mir eine zusätzliche Aufladung: Was sind das für Leute, über die einerseits im Internet radikale Verdikte kursieren und die andererseits über einen anknüpfungsfähigen Intellekt und interessante Gesprächspartner verfügen? Könnten diese Zootiere am Ende gar faszinierende, weil seltene und schillernde Exemplare einer Spezies sein, deren Population sich zu erholen scheint, oder besser: über deren Bestandszahlen man so recht eigentlich gar nichts weiß? Und wo wären die Reservate dieser rechten Intelligenz zu suchen? Doch nur und vor allem in jenen Waldstücken am Ende toter Gleise, in denen auch der Feuerwehrmann Montag als wandelndes Buch an sein Ziel gekommen ist?

Indes: So offen und interessiert wurde nicht gefragt, so unvoreingenommen und auf der Suche nach dem Paradigma unserer Zeit sind auch die Gespräche und Diskussionen des »Jungen Salons« nicht angelegt. Und leider machen wir uns doch immer noch etwas vor und vermuten ein Verstehen oder hoffen auf ein gutes Gespräch jenseits des Jargons, jenseits der Phrasen der herrschenden Meinung, jenseits des Angelesenen, aber nicht Durchdachten, jenseits des Verwaltens oder Bestellens des vernutzbaren Bestandes selbst in den existentiell entscheidenden Fragen.

Man fand sich dann für die abendliche Zusammenkunft in einer riesigen, mit hellem Holz nach den Wünschen eines schwulen Stars ausgestatteten Wohnung ein: staubfreier, erstaunlicher Reichtum, dargeboten im Stil geschmackvoller, weltoffener, geräuschloser Effizienz, dies wiederum festzumachen an hohen Regalen mit teuren Bildbänden, an afrikanischer Kleinkunst und an vielen weiß gerahmten Bildern, die – oft auch in drei, vier Schichten – an den Wänden lehnten und eine Art inspirierter Unfertigkeit spiegelten, eine bewußt gesetzte Nichtfestlegung. Dazu: zwei Mac-Rechner, auf denen Börsenkurse ihre Kurven bildeten und die Verbindung nach draußen sicherstellten, während sich der Gastgeber zum Salon gesellte. Dort war man auf uns vorbereitet, hatte den Nassehi-Briefwechsel gelesen und bereits diskutiert und sich uns innerlich zu- oder abgewandt.

»Was spricht eigentlich dagegen, sich ›rechts‹ zu nennen, da wo das Rechte, das Richtige gedacht, gewollt, getan wird? Die Linke genießt gegenüber der Rechten keinen moralischen Vorzug, die Mitte kommt gar nicht in Betracht, das *juste milieu* ist immer unselbständig, zu feige, eine Richtung einzuschlagen, es folgt dem, was links oder rechts vorgegeben wird.«

Karlheinz Weißmann,
Konservativer Katechismus, 2009.

Von den gewöhnlich rund fünfundzwanzig Teilnehmern waren zehn nicht gekommen, um sich geistig nicht zu beschmutzen. Die anderen teilten wir auf dem Nachhauseweg in drei Gruppen ein: die ehrlich Interessierten (drei Personen), die offen Aggressiven (drei Personen) und die anderen zehn, deren Typus uns bis dahin in dieser Plastizität oder Ausprägungsschärfe noch nicht untergekommen war. Wir nannten ihn den »optimierten Typus«, den »selbstanalytischen« oder auch den »prozessualen«, aber am nächsten Morgen verwarfen wir diese Bezeichnungen allesamt und legten uns auf »postpragmatisch« fest.

Die Bezeichnung »postpragmatisch« stammt aus dem Roman *Planet Magnon*, den der 1983 geborene Schriftsteller Leif Randt Anfang des Jahres vorgelegt hat. Randt ist uns bereits vor einigen Jahren mit *Schimmernder Dunst über CobyCounty* aufgefallen. Er schildert in diesem ersten Roman eine seltsam ruhiggestellte, um nicht zu sagen sedierte, narkotisierte Gesellschaft, eine Gesellschaft, der bestimmte Ansätze und Forderungen der *political correctness*, des *gender mainstreaming* oder auch diverser technokratisch-pragmatischer Ansätze in Fleisch und Blut übergegangen sind. Man hat Beziehungen, die von vornherein auf eine begrenzte Dauer angelegt sind, handelt in jeder Hinsicht tolerant, zurückhaltend, affektarm, kontrolliert. Diese Kontrolle wird nicht von außen ausgeübt, das ist der große Unterschied zu Romanen wie *Brave New World*, 1984 oder *Fahrenheit 451* (obwohl der letztgenannte ja bereits subtile Formen der Selbstformierung beschreibt). Die Kontrolle in Leif Randts Roman ist ins Innere des Einzelnen verlagert, und zwar nicht in Form einer entweder angsterfüllten Anpassungsleistung oder einer denunziatorischen Selbstzensur: Sie funktioniert vielmehr aufgrund einer heruntergedimmten, nichtmissionarischen Form ausgleichender Vernunft. Vernünftig ist das Konfliktarme, vernünftig ist der Verzicht auf unkontrollierbare individuelle Gefühlswallungen, vernünftig ist die Selbstnormierung entlang gelungener Rollenbilder, die notwendige Einpassungsbereitschaft des Einzelnen in einen reibungslosen Ablauf. »Coby County« ist nicht mehr technikkritisch, »Coby County« glaubt an die Lösbarkeit aller Probleme, an die Machbarkeit und – das ist der Subtext – an ein Ende der Geschichte.

In diesem Post-Histoire, dieser großen Übereinkunft nach einer finalen Auseinandersetzung, spielt der zweite Roman Leif Randts, *Planet Magnon*. Er ist – wie der *Schimmernde Dunst* – ein Zukunftsroman, eine Science-Fiction-Geschichte, wählt aber einen anderen Ansatz und geht über *CobyCounty* hinaus: Wir befinden uns in *Planet Magnon* im Jahr 48 n. AS, also knapp fünf Jahrzehnte nach der Einführung von ActualSanity. ActualSanity ist ein auf einem Shuttle installiertes, weit über den Himmelskörpern schwebendes Computersystem, das die Organisationszentrale der neuen Gesellschaft bildet. Als eine Art algorithmischer Weltgeist verteilt AS Finanzmittel nach einem »Fairneß-Schlüssel« und sorgt dafür, daß Straßen repariert und Häuser gebaut werden. Unauffällig leitet sie die Geschicke der Menschen und beweist dabei Lernfähigkeit. Sie paßt »ihre Gesetzestexte auf Grundlage statistischer Auswertungen immer präziser und unmittelbarer an die sich stets erneuernden Verhältnisse an.« Sie kann »keine eigenmächtigen Entscheidungen treffen«, sie ist abhängig von den »Handlungen, Diskursen und Wünschen« derer, die unter diesem über den Köpfen installierten Konsenssystem leben.

Herrschten vor der Einführung von ActualSanity noch Gewalt, Chaos und Verteilungskampf, ist die Welt mittlerweile ökonomisch und militärisch befriedet. In der interstellaren Gemeinschaft, die keine Staatsgrenzen mehr kennt, organisieren sich die meisten Menschen in Kollektiven. Das Bedürfnis nach Identität ist also in einem System spielerisch konkurrierender Kollektive aufgehoben, die an britische Clubs, an eine Rotary-Stimmung, an ein lebenslanges Internat erinnern.

Im Zentrum der Handlung steht Marten Eliot, der zusammen mit seiner Kollegin Emma Glendale die Dolfins, eines der wichtigsten Kollektive, repräsentiert. Sie sind Anhänger der »PostpragmaticJoy-Theorie«, einer Lehre von Techniken und Strategien zur »ambivalenten Persönlichkeitsentwicklung«. Die Grundhaltung ist in hohem Maße empathisch und unterkühlt zugleich, also: einführend in den Zusammenhang, den es permanent zu analysieren und zu optimieren gilt. Das Ziel: ein psychischer Zwischenzustand, »der gemäß dem postpragmatischen Schwebeideal nie abschließend zu definieren ist«. Man ist also unausgesetzt sein eigenes Ex-

»Das neue imperiale Zeitalter sollte am ehesten dem Römischen Reich Hadrians und Mark Aurels gleichen: Es dürfte keinen Anspruch auf überirdische Größe erheben und sich auch nicht göttliche Befugnis zur Erfüllung irdischer Bedürfnisse aneignen wollen. Es müßte sich damit begnügen, lediglich eine Funktionsweise zu sein, und diese Erkenntnis akzeptieren.«

Jean-Marie Guéhenno,
Das Ende der Demokratie,
1996.

periment, hat eine Art Vogelperspektive auf die Ursache, die Äußerungsform und die Folgen von Aufwallungen, die das austarierte Miteinander ins Ungleichgewicht bringen könnten. Man ist sich selbst fremd, um sich steuern zu können, und ist sich erst durch diese Kontrollfähigkeit so nahe, daß man sich selbst nicht mehr überraschen kann. Einen seiner Höhepunkte erreicht diese Haltung immer dann, wenn man einen »Mitch« formuliert – einen kleinen, formschönen Satz, der indifferent bleibt, niemandem zusetzt, »Möglichkeitsfelder eröffnet« und somit die Vorläufigkeit und das Ideal der Folgenlosigkeit auf vollendete Weise repräsentiert. Anders ausgedrückt: Wenn die Sprache das Bewußtsein formt, gehört zur rücksichtsvollen Ichbezogenheit der neuen Gesellschaft zwingend das Ideal eines *smalltalks* auf höchstem Niveau.

Es ist in diesem planetarischen System nicht verpönt, sondern geradezu erwünscht, die eben geschilderten Kontroll- und Bewußtseinszu-

Leif Randt, geboren 1983 in Frankfurt am Main, hat mit seinem vielbeachteten Roman Schimmernder Dunst über CobyCounty (2011) inhaltlich und stilistisch einen eigenen, eigentümlichen Ton »nach der Geschichte« geprägt, den er in Planet Magnon weiterentwickelt. Seine Prosa wurde mehrfach ausgezeichnet.



stände mithilfe eines pharmazeutischen Arsenalns zu erreichen. Den Dolphins steht dabei Magnon zur Verfügung. Diese kupferfarbene Flüssigkeit erzeugt den Effekt einer »sphärischen Versachlichung«. Leif Randt hat die Bezeichnung ganz sicher an jenen gleichnamigen Begriff aus der Quantenphysik angelehnt, welcher einen kollektiven Anregungszustand eines magnetischen Systems bezeichnet. Das Magnon der Dolphins ruft eine »Metaeuphorie« hervor, die zu der oben benannten Vogelperspektive und zu einer Art hedonistischem Ultrarationalismus führt. Dabei gilt: Selbst der Rausch führt immer in den Wesenskern der Protagonisten – zu der Einsicht nämlich, daß Freiheit lediglich in der Erkenntnis der Notwendigkeit liegt. Und diese Notwendigkeit ist eben – diese Lehre hat man aus der »Alten Geschichte« vor der Einführung von ActualSanity gelernt – das technokratische Management der Weltbevölkerung mittels Effizienzsteigerung auf jedem – auch dem seelischen – Feld.

Dem Roman fehlte nun eine Dimension, wenn er auf Charaktere verzichtete, die nicht jeden kalten Hauch des Schicksals in ihr persönliches Selbstoptimierungsprogramm umlenken könnten. Und so tritt ein neues, mysteriöses Kollektiv auf den Plan: Die Hanks verüben Anschläge mit sogenanntem Ketasolfin, einer gasförmigen Substanz, die schwach dosiert Wankelmut und Nostalgie hervorrufen kann, in höherer Dosierung aber auch »Zustände der Panik sowie Ohnmachts- und Lähmungserscheinungen« auslöst. Das »Kollektiv der gebrochenen Herzen«, wie die Hanks sich selbst nennen, will sich nicht in die Schmerzlosigkeit fügen. »Diese jungen Leute überhöhen ihren Schmerz«, heißt es an einer Stelle, und sofort ist klar, daß diesem Aufstand die ökonomische Begründung fehlt: Es geht den Hanks darum, den Schmerz endlich wieder zuzulassen und den Menschen in seiner Antiquiertheit anzuerkennen. Wer an den »Fight Club« Tyler Durdens denkt, liegt nicht falsch, nur ist das alles gar nicht mehr kraß und blutig und konsequent zu einem totalen Aufstand hin durchlebt – sondern in der Diktion sanft und auf einen Restraum der Schwäche angelegt: Es kursieren öffentlich gemachte, persönliche Briefe, in denen Menschen über ihre Verletzungen und Enttäuschungen sprechen und sich damit gegen jene wenden, »die eine neue schmerzlose Welt versprechen«. In einem Manifest der Hanks heißt es denn auch: »Heute arbeitet jeder daran, sich möglichst schmerzfrei abzukapseln. Die Enttäuschung ist vorprogrammiert. Wir höhnen uns aus.« Im Kontrast zu diesem emotionalen

Eskapismus müsse man nun dringend das Bewußtsein des eigenen Mangels wiederentdecken.

Es gibt unter dem Romanpersonal (und den Lesern) wohl einen nicht geringen Anteil, der sich durch derlei Attacken aus verlorener Stellung heraus anrühren läßt. Aber weil es Rührung ist (und nicht viel mehr), stellt sich gleich eine Frage ein, die aus der Revolution gegen das Ganze eine revolutionsromantische Aufwallung im Dienste des Ganzen macht: Warum unterbindet ActualSanity die Anschläge der Hanks nicht, wo das System doch sogar den Ort der Rebellen kennt? Die Antwort ist die denkbar verheerendste für jeden Aufständischen: Er ist als Dampfventil längst ausgemacht und eingebaut in die permanente Systemstabilisierung. So gesehen sind in Leif Randts Roman die Hanks vielleicht nur ein Mittel zur temporären Energieabfuhr. Das wird nicht explizit behauptet, aber als sehr konsequente Erklärung angeboten. Authentizität oder doch nur ein genialer Schachzug? Im Roman bleibt alles in der Schwebe.

Raus aus dem Roman, zurück in den »Jungen Salon«. Der postpragmatische Typus, der diesen Kreis vorzugsweise besiedelte, ist ein am Ende aller Auseinandersetzungen und ideologischen Kämpfe angelangter, nachgeschichtlicher Charakter. Er hat kein Interesse mehr an Ausschließlichkeit, an Konfrontation oder an Leidenschaft: Er bewegt sich im Post-Histoire und nimmt das Leben als Substanz, die es ständig zu analysieren, anzupassen und zu verbessern gilt. Geschichte als Schicksal, als Kampf, als Konfrontation und Elend, als Größe und Zusammenbruch ist für ihn etwas, das der Vergangenheit angehört, und zwar so ganz und gar, daß es als schwarze Zeit vom nachgeschichtlichen, geschichtslosen, hellen Zeitalter durch eine unhintergehbare Kulturschwelle getrennt ist. Das ist wie im Roman ein Elitenkonzept, das den größten Teil der Leute nicht berührt, aber das ist nicht so wichtig. Denn es sind die tonangebenden Leute, die sich so verhalten, die dünne intelligentere Schicht. Für den großen Rest ist unserem System sowieso längst etwas eingefallen, das in der Folgerichtigkeit der Moderne liegt: Die Unterschiede sind dort bereits zur Ununterscheidbarkeit eingedampft, wo sich der Mensch als 24-Stunden-Konsument konditionieren und einsortieren läßt.

Was der »Junge Salon« nicht begreifen wollte oder konnte: unseren Drang, die Entfremdung des Menschen von seiner Vernutzung und Optimierung zu forcieren. Das war wirklich frappierend: die Bereitschaft dieser Leute, den vollständigen Umbau der Völker zu einer multikulturell, emanzipatorisch und seelisch neu ausgerichteten Gesellschaft nicht nur hinzunehmen, sondern ziemlich leidenschaftslos als Ingenieuraufgabe zu begreifen und zu betreiben. Man stand dort ein wenig ratlos und ein wenig lächelnd vor unserem Furor, unserer Sehnsucht nach einer fundamentalen Freiheit. Im Roman sagt Marten Eliot: »Vielleicht müssen wir uns gar nicht befreien, um glücklich zu werden. Vielleicht reicht es ja, wenn wir uns die Unfreiheit immer nur klar vor Augen führen.«

Was genau ist unser Gegenentwurf? Etwa dies: Erst wenn man einer glatten Versöhnung mit den Verhältnissen widersteht, eröffnet sich ein wahrer Möglichkeitsraum. Die fundamentale Freiheit: Das ist ein Ja zum Mangel, zur Unglätte, zur Last der Geschichte, zur Leidenschaft, zur echten Liebe, zur echten Trauer, zum echten Zorn, zum Amplitudenausschlag. Alles das brachten wir an, aber es klang vor der empathischen Kühle der Ich-Manager im Raum sehr trotzig und sehr romantisch, und selbst die Verweise auf die Macht des Faktischen oder die vielen Beispiele aus der keineswegs funktionalen Wirklichkeit verfangen nicht: Dies alles nämlich würde sich richten lassen.

Ob das stimmt, bleibt in der Schwebe. Klar wurde, daß mit diesem postpragmatischen Typus eine Verständigung nicht mehr möglich ist: Wir redeten permanent aneinander vorbei und konnten die Notwendigkeit, sich auf unseren Argumentations- und Interpretationsweg der Lage der Zeit einzulassen, nicht vermitteln. Wer alle Last abzustreifen vermag, hat keine Veranlassung, über die richtige Trageweise der Last zu streiten. Wer die Geschichte hinter sich gelassen hat und mithilfe von Jargon und Formeln die schwarze von der neuen Zeit scheidet, hält sich nicht mehr mit Geschichtspolitik auf.

Wir müssen mit diesem Typus rechnen. Vielleicht sind wir selbst mit unserem Widerstand bereits im großen Plan vorgesehen. Vielleicht ist das Schicksal ausgehebelt. Vielleicht sind wir Dampfventile. ■

»Vielleicht ist das Herumsitzen am See, das vor allem ein Verpassen des Sees ist, bloß eine Sehnsucht nach Tiefgang und nach einer bestimmten Art ›großer Frage‹, die sich nicht mehr stellt. Der irre Gaul, der in Kubins Welt unterirdisch durch die Gänge jagt, den gibt es gar nicht, und man muß bloß aufstehen und aus dem Schatten treten: Dann ist dort der Parkplatz, und dahinter geht die Straße entlang, auf der wie immer die Autos zur Kleinstadt fahren oder von ihr kommen. Die Leute, die darin sitzen, sind alle sehr zufrieden und haben kein Bedürfnis nach Antworten auf große Fragen. Man kann wieder lachen. Die große Erschütterung – sie wird nicht kommen.«

Götz Kubitschek,
»Zeigerpflanzen«, sezession.de, 16. Juli 2013.

Preußens Irrfahrt in der DDR

von Jan von Flocken

Zwei Jahre nach Wiederherstellung der deutschen Einheit zog der niederländische Historiker Jan Herman Brinks folgendes Fazit über die Geschichtsschreibung in der DDR: Sie sei eine »Fortsetzung der Politik mit historischen Mitteln. Sie hatte eine legitimierende und gesellschaftlich integrierende Funktion, vergleichbar mit der Rolle der Theologie in einer Theokratie«.

Ein Blick auf den Umgang mit dem preußischen Erbe bestätigt: Die Geschichtsschreibung der DDR (hier stets im Sinne von Geschichtswissenschaft und -publizistik zu verstehen) war nichts weiter als der Knecht des Marxismus-Leninismus. Diese einen Anspruch auf Allgültigkeit erhebende Weltanschauung, die sich als ernstzunehmende Wissenschaft tarnte, gab auch der Geschichtsschreibung ihre Maximen absolut vor.

In aller Schärfe wird das etwa durch ein Standardwerk deutlich, die *Einführung in das Studium der Geschichte*. Dieses Werk, das bis 1986 in mehreren Auflagen erschien, trichterte schon den Studenten ein: »Der Marxismus-Leninismus ist die weltanschauliche, erkenntnistheoretische und methodologische Grundlage der Geschichtswissenschaft.« Karl Marx und Friedrich Engels, so die Autoren, hätten eine geistige Revolution vollzogen, »die die Geschichte überhaupt erst in den Rang einer Wissenschaft erhob«. Wladimir Lenins Werk wiederum verkörpere »eine neue Etappe in der Geschichte der marxistischen Geschichtswissenschaft und des Geschichtsdenkens überhaupt«.

Somit galten die Dogmen des »historischen Materialismus« für jedermann. Sei es die Historie als eine Aneinanderreihung von Klassenkämpfen oder die gesetzmäßig verlaufende Entwicklung der Gesellschaft zum Kommunismus oder die Volksmassen als entscheidende Triebkraft der Geschichte – von diesen Prämissen abzuweichen war fast unmöglich. Die These, wonach (auch) große Persönlichkeiten den Verlauf der Vergangenheit nachdrücklich beeinflussten, galt als reaktionär. Obwohl das in augenfälligem Gegensatz zur nachgerade peinlichen Vergötzung lebender und toter Kommunistenführer stand – es wurde allen Historikern schwergemacht, die sich einen nichtsozialistischen Herrscher, Denker oder Kriegsmann zum biografischen Subjekt erwählen wollten. Der Philosoph Guntolf Herzberg von der Berliner Hum-

boldt-Universität kam zu dem Schluß, 40 Jahre SED-Herrschaft »haben fast alle Wissenschaften in der DDR gegängelt, gebremst, deformiert. Es hat sich in der Historikerschaft eine bis auf wenige Ausnahmen parteiergebene ›Elite‹, ein Establishment herausgebildet, das die Forschung kanalisierte und monopolisierte, das von der westlichen Historikerkunft in der Regel ignoriert, doch in einigen Fällen auch honoriert wurde.«

Die DDR stand seit dem Beginn ihrer staatlichen Existenz vor dem Dilemma (zumindest im Verständnis orthodoxer SED-Funktionäre), daß ihr Territorium die letzten Reste der brandenburg-preußischen Keimzelle repräsentierte – samt solcher symbolträchtiger Orte wie Potsdam, Berlin, Brandenburg/Havel, Rheinsberg oder Magdeburg. Im Umgang mit diesem Erbe kann man zwei recht klar voneinander abzugrenzende Perioden erkennen.

Bis zum Ende der 60er Jahre (der sogenannten Ulbricht-Ära) herrschte ein Klima der Negation und des Bildersturmes. Deutschlands Geschichte sei der *Irrweg einer Nation*, so der Titel einer programmatischen Kampfschrift des SED-Kulturfunktionärs Alexander Abusch. Und Schuld an diesem Irrweg trage vor allem Preußen, der »Hort des Militarismus und der Reaktion«. Diesem Ungeiste folgend wurden Schlösser vernichtet, Herrenhäuser gesprengt, Denkmäler abgerissen, Straßen und Städte umbenannt, Bücher auf den Index gesetzt. Es war wohl die betrübnichste Zeit für den deutschen Historiker: gnadenlos unfruchtbar und gähnend langweilig. Jan Peters, verdienstvoller Nordeuropa-experte aus Greifswald, stellte denn auch vier Verhaltenstypen bei den Historikern der DDR fest, die er als bedingungslose Apologeten, unbekümmerte Anpaßlinge, Eigensinnige und Subversive bezeichnet. Daß die letzten beiden Typen zur absoluten Rarität zählten und selbstverständlich keine Bücher veröffentlichen durften, sollte unbedingt erwähnt werden.

Das änderte sich partiell Anfang der 70er Jahre mit Erich Honeckers Machtantritt. Während die Politik der SED sich zuvor noch explizit auf eine deutsche Einheit, natürlich unter sozialistischen Vorzeichen, kapriziert hatte, fand nun allmählich eine Abgrenzung statt, die schließlich in der Theorie von einer »eigenständigen sozialistischen Nation DDR« gipfelte, welche sich



im Gegensatz zur »imperialistischen Nation« der Bundesrepublik entwickele.

Wenn man diese gewagte Konstruktion einigermaßen plausibel ins kollektive Bewußtsein impfen wollte, dann bedurfte die DDR-Nation unbedingt einer historischen Legitimierung. Und dies betraf vorrangig das Verhältnis zu Preußen. Hier setzte 1979 gleich einem Paukenschlag die Biographie Friedrichs des Großen der Ostberliner Historikerin Ingrid Mittenzwei Maßstäbe. Sie kulminierte in der Forderung, man dürfe in Preußens Vergangenheit »nicht die positiv-progressiven Momente mißachten oder negieren«. Da in der DDR nichts zufällig geschah, mußte man Mittenzweis Vorstoß als Kopfgeburt der Parteiführung und somit als von der Obrigkeit abgesegnet interpretieren. Ein bemerkenswerter Fortschritt, hatten doch neun Jahre zuvor die zwei DDR-Historiker Günter Vogler und Klaus Vetter eine Geschichte Preußens verfaßt, in der häufig vom dort waltenden »Militärdespotismus« die Rede war.

1980 wurde das Reiterdenkmal Friedrichs des Großen (bis dato schamhaft in einer Ecke des Potsdamer Sanssouci-Parks verborgen) wieder am traditionellen Ort Unter den Linden aufgestellt. Es war der Ritterschlag für einen Fürsten, der 25 Jahre lang geradezu als Oberteufel eines bedrohlich kriegslüsternden Preußen galt. Offiziell hieß der König zwar weiterhin nur Friedrich II.; »der Große« durfte man ihn erst nennen, nachdem Erich Honecker 1986 ihn im Interview mit einer schwedischen Tageszeitung wohl eher versehentlich so titulierte.

Als dann 1985 auch noch die zweibändige Bismarckbiografie aus der Feder des renommierten Ernst Engelberg erschien, ging das manch altgedientem SED-Funktionär zu weit. Bismarck, bisher nur als Todfeind der Arbeiterklasse, Kriegshetzer und reaktionärer Junker apostrophiert, war nun ein Mann der »einfallsreichen und klug abwägenden, ebenso phantasiereichen wie raffinierten Politik«, eine Gestalt, welche »ein historisch fortschrittliches Werk vollbracht« hatte. Jetzt drohte auch noch Otto

von Bismarck vom Erbe zur Tradition aufzusteigen. Diese Diskussion um »Erbe und Tradition« beherrschte sämtliche Aspekte der erstaunlich deutschlandzentrierten DDR-Geschichtsschreibung während der letzten 15 Jahre ihrer Existenz. Aus dem mehr oder weniger ungeliebten Erbe (»Last der Vergangenheit, der wir uns als Ganzes zu stellen haben«) mutierten nun immer mehr Orte und Persönlichkeiten zum traditionswürdigen Gut. Nachdem der preußische General Gerhard von Scharnhorst bereits 1966 dem höchsten Militärorden der Nationalen Volksarmee seinen Namen lieh, avancierten auch Generale wie Blücher und Gneisenau zu »den Unseren«. Ihre Denkmale kehrten in den (Ost-)Berliner Stadtkern zurück.

1983 entriß die erklärtermaßen atheistische SED sogar der evangelischen Kirche ihren Gründer Martin Luther – ehemals als Bauernfeind und Fürstenknecht verdammt – und zelebrierte dessen 500. Geburtstag mit staatlich dirigiertem Pomp. Zum Schwanengesang der offiziellen Feierorgien geriet schließlich 1987 das 750-Jahr-Jubiläum der Stadt Berlin. Jetzt mußte alles, was Berlin, und damit untrennbar verbunden auch Preußen, einst repräsentierte, in rosigem Lichte betrachtet werden. Der für gelegentlich unkonventionelle Sprüche bekannte Berlinforscher Laurenz Demps bezeichnete in diesem Zusammenhang sogar die letzte deutsche Kaiserin Auguste Viktoria in seinem Vortrag als »eine sehr gütige und fromme Dame«.

In nachgerade verzweifelte Rückzugsgefechten versuchte die etablierte Historikergunft noch etwas klassenkämpferisches Terrain vor der pragmatischen Politik zu retten. Königin Luise von Preußen etwa bezeichnete Anfang 1988 ein führender Mann, Mitglied des Präsidiums der Historikergesellschaft der DDR, als »marginal, reaktionär, nicht traditionswürdig«. Wenn der Autor dieser Zeilen dennoch zwölf Monate später, kurz vor dem Mauerfall, eine Luisebiografie veröffentlichen durfte, zeigt das evident, wie weit die Preußenrenaissance zum Ende der DDR gediehen war. ■

Abrechnung mit der Vergangenheit

von Klaus Hammel

Der erste Absatz für ein Programm der Regierung Beck/Goerdeler im Falle der Beseitigung des NS-Systems durch einen militärischen Umsturz beginnt mit dem Satz: »Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts.« Einige Absätze weiter heißt es: »Keine menschliche Gemeinschaft kann ohne Recht bestehen; keiner, auch derjenige nicht, der glaubt, es verachten zu können, kann es entbehren. Für jeden kommt die Stunde, da er nach dem Recht ruft.« Es mag erstaunlich sein, daß man an diese Sätze erinnern muß, in einer Zeit, in der es immer noch um die Abrechnung mit dem nationalsozialistischen Unrecht geht, um die scheinbar so notwendige Bestrafung von NS-Tätern, also tatsächlichen oder angeblichen Kriegsverbrechern – über 70 Jahre nach dem inkriminierten Geschehen.

Im Jahre 2011 wurde John Demjanjuk, ein gebürtiger Ukrainer, wegen der Beihilfe zum Mord an 27900 Menschen, begangen zwischen März und September 1943 im Vernichtungslager Sobibor, zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Gegen Demjanjuk konnte kein einziger Zeuge oder anderer Tatnachweis angeführt werden. Das Lager Sobibor diente ausschließlich der Ermordung der dorthin transportierten Personen. Demjanjuk wurde vorgeworfen, »sich in einem bestimmten Zeitraum so wie die anderen Wachmänner des Vernichtungslagers verhalten und damit in einer Vielzahl von Fällen Beihilfe zum Mord begangen zu haben«, so der Kommentar in einer juristischen Fachzeitung. Die entscheidende Frage während des Prozesses war die Echtheit eines Dienstausweises, welcher angeblich die Anwesenheit Demjanjucks in Sobibor bewies – war der Dienstausweis falsch, dann mußte der Angeklagte freigesprochen werden, war er echt, so zeigte schließlich das Urteil, dann war der Schuldspruch zwangsläufig. Die Verteidiger von Demjanjuk legten Revision ein. Bevor diese jedoch entschieden werden konnte, verstarb der Angeklagte im März 2012. Das Urteil des Landgerichts München ist also nicht rechtskräftig.

Für Prozeß und Urteil verdient Beachtung, daß die Zentralstelle in Ludwigsburg schon 2003 im Fall Demjanjuk Vorermittlungen durchgeführt hatte, diese aber einstellte, da ein individueller Tatnachweis nicht möglich war. Was hat

diesen Sachverhalt geändert? Es ist die Aufgabe des Prinzips des individuellen Schuldnachweises zugunsten der Verantwortungszuweisung »auf der Grundlage der festgestellten Einzelschuld aller Mitglieder eines Kollektivs«, wobei dieses »festgestellt« soviel bedeuten muß wie »historisch bewiesen«. Inzwischen, so die Mitteilungen in der Presse, sind Ermittlungsverfahren gegen mindestens 50 Personen eingeleitet worden, ungeachtet dessen, welche Funktion der Einzelne im KZ-System wahrgenommen hatte.

Im Jahre 2002 wurde der 93jährige frühere SD-Offizier Friedrich Engel von einem Hamburger Gericht wegen einer rechtswidrigen Repressalerschießung im Mai 1944 zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt. Der Fall hat den früheren Senator Ingo v. Münch zu einem bedrückenden Bericht (»Geschichte vor Gericht: Der Fall Engel«) sowie zu dem Aufsatz »Greise vor Gericht« veranlaßt. Münch schildert detailliert, in welchem Umfang Tatbestände von 1944 nicht mehr geklärt werden konnten. Er bezweifelt, ob die Definition des Mordparagraphen, »für das Leben in einer Zivilgesellschaft konzipiert«, auf Kriegsbedingungen anwendbar sei und nennt starke Einwände gegen die Verhandlungsfähigkeit eines 93jährigen Greises. Ein in solchen Strafverfahren erfahrener Richter, Günter Bertram, kommentierte das Verfahren zynisch: »Vielleicht kann man einen Revisionsführer einfach nicht freisprechen, der als ›Henker von Genua‹ zum unverzichtbaren Besitzstand der Zeitungen geworden ist.« Bei der Aufhebung seines Urteils war Engel 95 Jahre alt, 2006 ist er im Alter von 97 Jahren gestorben.

Ingo v. Münch fragt mit Recht, warum man Engel erst 58 Jahre nach der Tat in Deutschland vor Gericht stellte, nachdem schon 1946/47 in Italien ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden war, das aber nicht weitergeführt wurde. An Italien selbst wurden nach 1945 insgesamt knapp 900 Auslieferungsanträge gestellt, aus Staaten, die während des Krieges durch die Italiener besetzt gewesen waren, aus Griechenland, Jugoslawien, der Sowjetunion, Frankreich. Die Auslieferungsbegehren bezogen sich auf Kriegsverbrechen wie Massaker an der Zivilbevölkerung, die angeblich von den Deutschen in Italien verübt worden sind. In bezug auf eigene Auslieferungsforderungen von deutschen Kriegs-

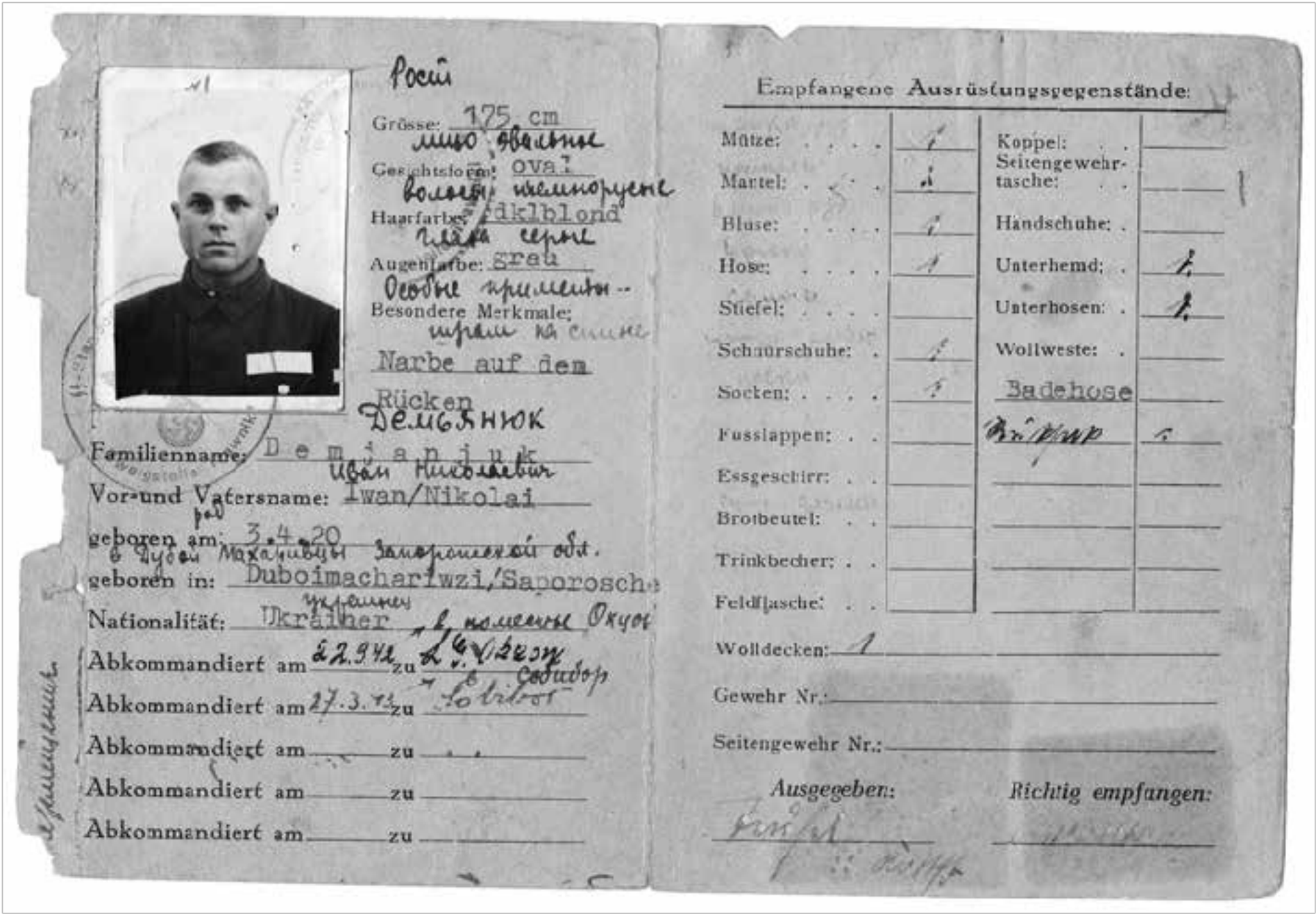
verbrechern schrieb daher der italienische Botschafter in Moskau, P. Quaroni, im Januar 1946 an seine Regierung: »An dem Tag, an dem der erste deutsche Kriegsverbrecher an Italiener ausgeliefert würde, würde sich ein Chor von Protesten in den Ländern erheben, die ein Anrecht auf die Auslieferung italienischer Kriegsverbrecher für sich beanspruchen.«

695 Ermittlungsakten »über besonders schwere Fälle« wurden 1960 durch die italienischen Justizbehörden »vorläufig« archiviert. Auf Drängen Deutschlands wurden im Sommer 1966 20 Akten übergeben. Hier spielt der in den Medien breitgetretene »Schrank der Schande« hinein. In Deutschland wurden nur einige spektakuläre Fälle, zum Beispiel gegen den SD-Offizier Saevecke oder den Weihbischof Defregger, durch die Justiz aufgegriffen.

Mit der italienischen Lebenslüge, bei der der Faschismus vor 1943 quasi ausgeklammert wurde, ließ es sich bis Anfang der 1990er Jahre

verbrecherischen Charakter deutscher Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg zu belegen. Warum aber bemüht sich die deutsche Justiz, Greise, mittlerweile weit über 90 Jahre alt, vor Gericht zu zerren, sie aufgrund ihrer Hilflosigkeit ihrer Würde zu berauben und sich dabei auf fragwürdige Rechtskonstruktionen für eine zwangsläufige Verurteilung (wie im Falle Demjanjuk) zu stützen? Warum trägt die Öffentlichkeit dies mit, warum gibt es keine politische Gruppe, die dagegen protestiert? Im Falle des Strafverfahrens gegen Erich Honecker 1993 hat der Verfassungsgerichtshof Berlin ausgeführt, es widerspreche »der Würde des Menschen, ihn zum bloßen Objekt von Strafverfahren und Untersuchungshaft zu machen«.

Wie hoch ist die Quote entsprechender Strafverfahren, bei denen der Verurteilte tatsächlich seine letzten Tage im Gefängnis verbringt? Welchem Druck sah sich die bayerische Justizministerin Merk ausgesetzt, unter allen



gut leben. Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems führte zu einer kritischen Bewertung des Kommunismus auch in Italien; jüngere Historiker ließen sich von der Frage nach der Wahrheit nicht abhalten, gleichzeitig wurde mit dem Aufkommen rechter Regierungen (Berlusconi) auch eine Rehabilitierung des Faschismus betrieben. Da paßte es gut, daß man auf den »Schrank der Schande« zurückgreifen konnte. Ab den 1990er Jahren setzte die Reihe der Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrecher ein, nicht nur zum Erhalt des eigenen Mythos, sondern auch, um den Nachbarn im Norden politisch und moralisch zu erpressen und finanzielle Forderungen durchzusetzen, beispielsweise einer Entschädigung der italienischen Zwangsarbeiter Nachdruck zu verleihen.

Im Zusammenhang mit den Wehrmachtsausstellungen waren Historiker in Deutschland bemüht, durch die Zerstörung des »Mythos der sauberen Wehrmacht in Italien« insgesamt den

Umständen den Strafantritt einer »lebenslänglichen Freiheitsstrafe«, zu der der 92 Jahre alte Pionierleutnant Josef Scheungraber verurteilt worden war, zu betreiben, bis endlich ein Gericht die Haftunfähigkeit wegen Krankheit und fortgesetzten Alterungsprozesses durchsetzte?

Unmittelbar nach dem Kriege haben die meisten Staaten, die im Kriege gegen Deutschland standen, einer Verfolgung eigener Kriegsverbrechen – wenn diese überhaupt beabsichtigt war – durch Amnestiegesetze ein Ende bereitet. Deutschland verfährt hier anders und erhält Beifall vor allem aus den Ländern, die selbst viel aufzuarbeiten hätten, oder die, siehe Griechenland, mit dem Verweis auf angebliche deutsche Kriegsverbrechen exzessive Wiedergutmachungsforderungen verbinden. Wir Deutsche diskutieren darüber, ob solche Ansinnen letztlich nicht doch gerechtfertigt seien. Völker, die auf ihre eigene Würde bedacht sind, verachten uns dafür. ■

Kunst hat die Aufgabe zu kräftigen – Der Maler Sebastian Hennig

von Frank Böckelmann

Als Publizist ist Sebastian Hennig ein umtriebiger Willensmensch, der sich einer strengen Zeitökonomie unterwirft. Als Künstler trotzt er dem Genie- und Produktivitätskult auf dem Kunstmarkt. Seine Bilder sind still, frei von den Gebärden selbstherrlichen Machens und Erfindens. Anstatt den Weltenschöpfer zu geben, schult er die Empfänglichkeit für das Anwesende. Und er weiß, dieser ersehnte Zustand tritt nicht ein, bevor auch die Absicht, absichtslos zu werden, erloschen ist.

Seitdem Sebastian Hennig in den späten achtziger Jahren zu malen und zu zeichnen begonnen hat, verweigert er sich dem künstlerischen Überbietungswettbewerb um die Aufmerksamkeit eines abgebrühten Publikums. Heute reagiert dieses Publikum allerdings nur noch mit fahrigen Reflexen auf Kraßheiten, Anzüglichkeiten, Skandalisierungen, Illusionierungen, Einschüchterungen und Anspielungen auf unsere Lüsternheit, Karrieregeilheit und Abstiegsangst. Seine Auffassungskraft ist ausgelaugt. Für die Erschöpften haben Bilder der Sammlung, Entrücktheit und Versonnenheit womöglich größere Sogwirkung als Anreize zu weiterer Verausgabung und Grenzüberschreitung.

Unbewegliche Objekte öffnen sich leichter dem inständigen Blick als bewegliche (Menschen, Tiere, Fahrzeuge), die auf dem Bild zum Stillstand kommen. Vielleicht deswegen waren bis ins erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts menschenleere Landschaften, Denkmäler, Industriebauten und Stilleben die bevorzugten Motive Sebastian Hennigs. Als Landschaftszeichen, deren verborgene, gleichsam gespeicherte Intensität durch farbliche Kontrastierung entbunden wird, beginnen sie bei ruhiger Betrachtung zu leuchten. Ähnliche Motive finden sich auch in den Bildern der letzten Jahre. Sie tragen Titel wie »Radebeuler Häuser«, »Pappelallee in Karzig«, »Trümmer in Karzig«, »Riesa an der Elbe«, »Meißen über der Elbe«.

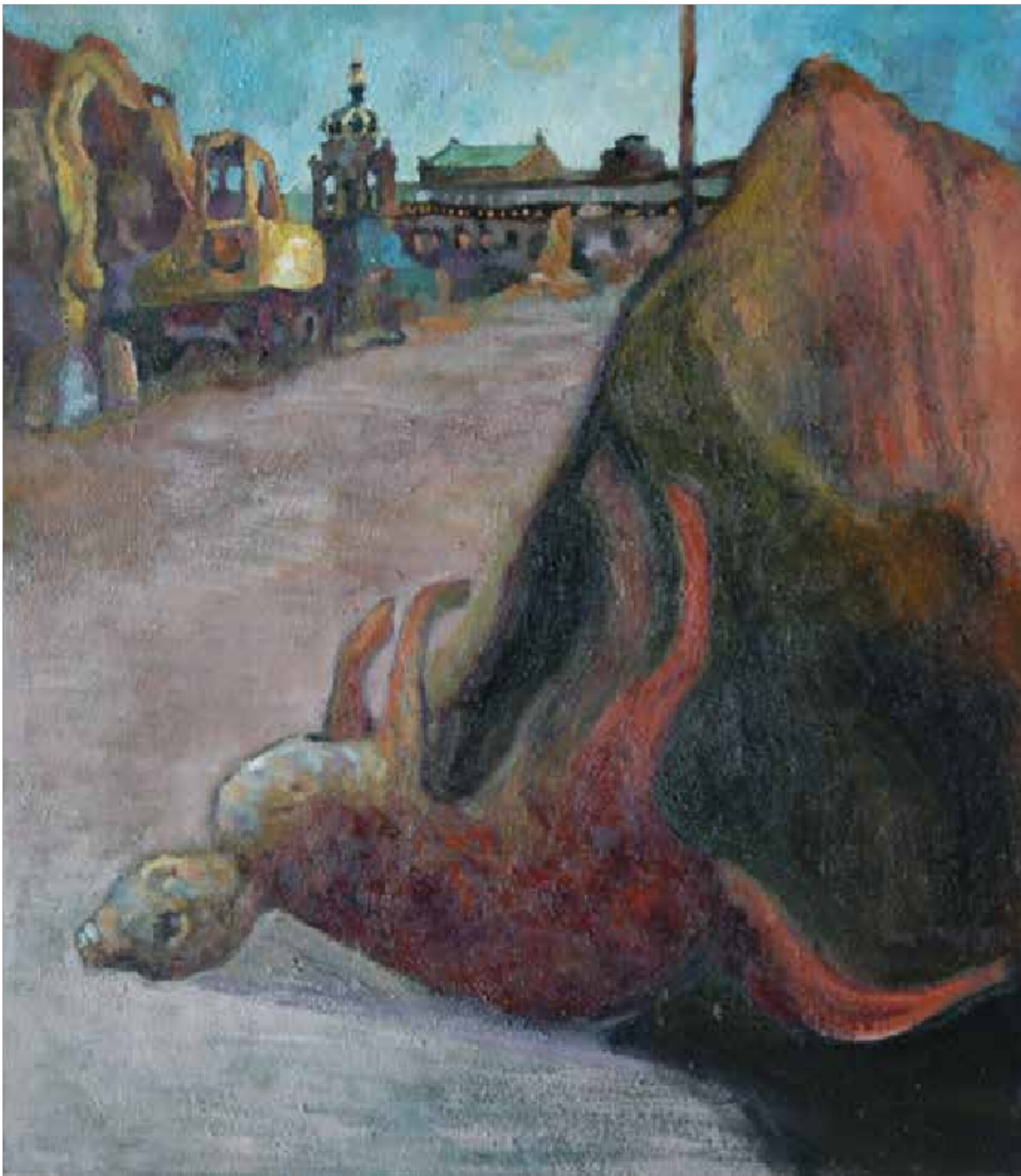
Mit dem Spätimpressionismus verbindet diese Landschaftsmalerei der Gebrauch der Farbe als sinnliche Fügung und plastische Wahrnehmung. Sie unterscheidet sich von ihm durch die Einbettung der einzelnen Natur- und Stadtelemente in eine visionär gewonnene Gesamtchau des Ortes.

Sebastian Hennig malt nun aber auch Menschen und Tiere in die Landschaft. Mir erscheinen diese Gestalten ebenso entrückt wie die verschwommenen Felder, Baumgruppen, Straßen, Brücken, Gebäude, Gewässer und Gestade. Wie aus Erinnerungen treten sie hervor, wie Wesen aus Geschichten, die mit der Formel »Es war einmal« einsetzen. Mit Ausnahme des verendeten Tiers im Bild mit dem Titel »Der Abbau Dresdens« richtet keines dieser Geschöpfe den Blick auf den Betrachter. Sie drängen sich uns nicht auf. Sie sind eingetroffen. Fragen nach der Bedeutung ihrer Gegenwart erübrigen sich. Die Gestalten sind von selbstverständlicher Seltsamkeit. Sie holen das Triviale ins Wunderbare zurück.

Auch für das Dresden-Bild mit dem toten Tier im Vordergrund und der Baustelle an der Elbe sowie der Zwingerkuppel im Hintergrund gibt es keine Deutung – außer einer Auskunft des Künstlers, wonach die Eingebung von jenem zaubrischen Tierwesen aus zu einem Schuttberg oder Gesteinsbrocken glitt, von diesem zur Wiederaufbaustelle und von dieser zum Begriff des Abbaus von Dresden. Keine Worte, auch nicht der Titel, repräsentieren das Bild. Im übrigen besitzt Sebastian Hennig zufolge die Welt ihre eigene Sprachlichkeit. Der Maler liest in ihr, indem er sie einbildet.

So wie einen Schuldstolz gibt es auch einen Katastrophenstolz. Auf globalem Niveau trägt er den Namen Anthropozän. Daß der Planet Erde mittlerweile ein menschengemachter Planet sei, wird damit belegt, daß wir drauf und dran seien, ihn durch CO₂-Emission und Überdüngung unbewohnbar zu machen. Und wer kann uns vor diesem Schicksal retten? Nur der Mensch selbst. Der Fortbestand des Planeten, schlußfolgern wir, ist abhängig von unserem Tun und Lassen. Demnach ist die Erde wohl ganz und gar unsere Welt geworden.

Dieser Stolz – wir begegnen ihm auch in der Gentechnik und im Dekonstruktivismus, das heißt in der Vorstellung, jede Welterkenntnis entstamme einer menschengemachten Simulation der Natur, wir seien also gar nicht fähig, unserer schuldhaften Allmacht zu entkommen – dieser Stolz ist wenig mehr als blinde Hybris. Denn alle Stoffe und Kräfte, die wir verbrau-



▲ *Der Abbau Dresdens*, 800 × 700 mm, Öl auf Leinwand, 2000–2012

▼ *Pöppelmann vs. Sap (Die gemordete Stadt)*, 535 × 790 mm, Gouachefarben auf Bütttenkarton, 2009





▲ *Eisenbahnbrücke*, 600 × 790 mm, Gouachefarben auf Büttenkarton, 2008





▲ *Der Wasapark*, 355 × 520 mm, Gouachefarben auf Büttenkarton, 2011

▼ *Radebeuler Häuser*, 390 × 540 mm, Gouachefarben auf Büttenkarton, 2011



Sebastian Hennig wurde 1972 in Leipzig geboren, er wuchs in Radebeul auf, besuchte die Förderklasse und die Abendschule der Hochschule für Bildende Künste Dresden (1988 bis 1992) und studierte daselbst Malerei und Grafik. 1998 schloß er mit dem Diplom ab und arbeitet seither freischaffend.

Die Ausstellung »Sono Solo Macchiaioli – Sebastian Hennig – Malerei« ist vom 17. Mai bis 28. Juni zu sehen in der Stadtgalerie Radebeul, Altkötzschenbroda 21, Di., Mi., Do. und So. 14–18 Uhr.

► *Selbst, 360 × 265 mm, Gouachefarben auf Büttenkarton, 2012*

chen, anwenden, potenzieren und einsparen, haben wir bereits vorgefunden. Zauberlehrlingsmäßig pfuschen wir mit ihnen herum.

In der zeitgenössischen Kunst gleicht die Weltenschöpferhybris einem permanenten Festival der Vermengung aller möglichen Stile, Stoffe und Verfahren. Hauptsache, man geht »neue Wege« – aber wie und wovon hebt sich das Neue noch ab? Nahezu alle Maler, Grafiker, Bildhauer und Videokünstler posieren als Konstrukteure irgendwelcher Aggregate, sogenannten Welten, aus dem Nichts. Sie verwechseln dabei die grundlegende, unüberwindliche Exzentrizität des Menschen mit Beliebigkeit. Der Preis, den sie dafür bezahlen, genauer: längst entrichtet haben, ist hoch. Sie sind weltblind geworden. Sie verschwenden ihre Befähigung zur Einkehr ins Unvordenkliche.

Sebastian Hennig ist sich dessen bewußt. »Ich verachte eine Kunst, in welcher der Künstler sich als Demiurg feiert«, sagt er. Zwar spricht er gern über Kunst, aber nur widerwillig über seine eigenen Arbeiten. Lieber wolle er »mit Anmut scheitern«, sagt er, als mit brachialer, herri-scher Geste aufzutrompfen. Was ihn so sprechen läßt, ist weniger Bescheidenheit als Einsicht in die fortdauernde Abhängigkeit der Kunst vom Unverfügbaren. Sich selbst nennt er einen »musikalischen Sensualisten«, keiner malerischen Tradition mehr zugehörig, doch in Hochachtung vor Künstlerpersönlichkeiten, die sich in ständiger Mühsal dem bestürzenden Geschenk, der Gnade, offengehalten haben – Caspar David Friedrich, Arnold Böcklin, Carl Schuch, Pierre Bonnard.

Sebastian Hennig sträubt sich dagegen, seine Arbeit als eine beliebig wiederholbare Tätigkeit zu beschreiben. Als eine Leistung, die jederzeit abrufbar wäre. Was sie nicht ist. Aus demselben Grund bestreitet er, mit seinen Bildern irgendeinen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen, etwa den durch Photographie, Fernsehen und Internet geförderten Realitäts- und Wahrnehmungsverlust zu kompensieren. Kunst sei kein Instrument für gute Absichten, auch nicht für Kulturkritik. Jedoch sagt er ebenfalls, zu meiner nicht geringen Überraschung: »Kunst hat vor allem die Aufgabe, zu kräftigen.« Ich bat ihn um Aufschluß, und er deutete an, der Künstler erschließe sich selbst und den anderen die



Quellen der Inspiration, das heißt, eine Art passiver Schöpferkraft, die sich durch Übung und Geschick zwar einladen, aber nicht beherrschen und instrumentalisieren lasse. In künstlerischer Arbeit trete etwas von außen hinzu – oder eben nicht. Auch wenn die einheitliche Sicht auf die Welt verlorengegangen sei – und mit ihr strenggenommen der Gegenstand als das fraglos Vorhandene –, ohne das Vertrauen des Künstlers auf die Einheit der Welt wachse ihm nicht die Fähigkeit zu, Medium für Visionen zu sein.

So wappnet sich Sebastian Hennig gegen die große Zerstreuung und Zerstreutheit, der uns die Bildschirmmedien ausliefern, indem er beteuert, daß der Einfluß dieser Medien überschätzt werde. Keine Rede davon, daß wir in einem Chaos gegenläufiger Inszenierungen umherirren und in elektronischer Allgegenwart an unserer eigenen Präsenz irrewerden. Kulturpessimismus liefert ein Alibi dafür, daß nicht getan wird, was getan werden kann. Der Künstler gibt mit dem Werk, zu dem er Anlauf nimmt, eine Antwort auf die große Zerstreuung, verweigert sich folgerichtig der Kulturkritik. Er beklagt nicht den Verlust der Werte des Abendlands, sucht nicht nach Ruhe bei Eremiten, Asketen und anderen frommen Menschen oder bei edlen Wilden oder der großen Mutter.

Nur in greifbarer Nähe, nur in dem, was Eingang ins Bild finden kann, erlaubt sich Sebastian Hennig die Bilanzierung von Verlusten, die sich im Ortsverlust bündeln. Mich fesselt an seinen unaufdringlichen Bildern, daß sie weder in Bodenlosigkeit und Willkür schwelgen, noch Rückkehr und Heimkehr beschwören. Diese Bilder schlagen in Bann, weil der Künstler für und gegen uns die unfäßbare Gegenwart der Dinge aushält. ■

Über den Begriff des »Revisionismus«

von Ernst Nolte

Anders als (der Sache nach) etwa der Begriff »Historismus« taucht derjenige des »Revisionismus« nicht schon in den Anfängen der Historiographie der neueren Zeit auf. Am frühesten wurde er durch die Kritik bekannt, welche einige Marxisten an dem »orthodoxen« Marxismus von Marx und Engels übten. Eduard Bernstein und dessen Anhänger stellten zentrale Begriffe dieser Konzeption in Frage: diejenigen der Einheitlichkeit eines »Weltproletariats«, der zur Revolution treibenden »Verelendung« der Arbeiterschaft in den industrialisierten Ländern, der Unausweichlichkeit einer »Weltrevolution« usw.; sie betrachteten vieles als positiv, was die »Orthodoxen« anklagten, etwa die Beteiligung von Sozialisten an »bürgerlichen« Regierungen, sie setzten Reformen an die Stelle der Revolution, und dieser »Revisionismus« oder »Reformismus« nahm die spätere Trennung von sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien innerhalb der marxistischen Bewegung vorweg. Zunächst nur ideelle Kritik innerhalb eines Ideengebäudes, entfaltete sich dieser Revisionismus zum politischen Gegensatz staatlicher Regime: der kommunistischen Sowjetunion seit der bolschewistischen Revolution von 1917 und der deutschen Weimarer Republik sowie der ältesten entsprechenden Tendenzen im Westen, die sich als Vorhut der fortschrittlichen und zivilisierten, erst in der Entwicklung zum genuinen Sozialismus begriffenen Welt dem »zurückgebliebenen« und mithin allenfalls pseudosozialistischen Sowjetrußland entgegenstellten.

Aber eine »revisionistisch« zu nennende Bewegung hatte es in der historischen und politischen Welt schon vorher gegeben, nämlich nach dem Siege der amerikanischen Nordstaaten über die »separatistischen« Südstaaten in dem schrecklichen »Bürgerkrieg« der Jahre von 1861 bis 1865. Für die entschiedenen Vorkämpfer des Nordens handelte es sich um die welt-historische Auseinandersetzung zwischen der Lehre von der Freiheit aller Menschen auf der einen Seite und der Doktrin von der Legitimität der Sklaverei infolge des gottgewollten Rangsunterschieds zwischen der weißen Rasse und der schwarzen. Insofern ging es in den Augen der nördlichen Liberalen um den Kampf zwischen einem guten und einem bösen Prinzip, und der Sieg der Freiheit mußte den Weg zu einer »freiheitlichen« Welt bahnen. Freilich gelang die Vernichtung der einst »sklavenhaltenden« führen-

den Schichten des Südens nicht, und die überlieferten Verhältnisse in den Südstaaten stellten sich zunächst in erheblichen Teilen wieder her. Und an der Columbia University in New York bildete sich eine Schule von Historikern um William Archibald Dunning, welche die lebenswürdigen Züge des »alten Südens« hervorhob: die höhere Kultur und die »menschlichen« Merkmale selbst innerhalb der Sklaverei. Dieser Revisionismus erstrebte indessen keine Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse; er gehörte also zu einem ideellen oder historischen Revisionismus.

Anders stand es um die »deutschen Revisionisten«, die nach der bis fast zuletzt ungewissen Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg vornehmlich die alliierte These von der »Alleinschuld« Deutschlands leidenschaftlich kritisierten. Sie waren die militante Spitze einer Haupttendenz der deutschen Publizistik und Historiographie der Weimarer Republik, und einige ihrer Tendenzen waren zugleich die offizielle Linie der deutschen Politik, vornehmlich der Verneinung der im »Diktat von Versailles« zugunsten des wiederentstandenen Polen vorgenommenen territorialen Veränderungen wie insbesondere des »polnischen Korridors«, der das Deutsche Reich in zwei ungleiche Hälften teilte. Aber merkwürdig war, daß sich auch bekannte nicht-deutsche Historiker, wie etwa die Amerikaner Harry Elmer Barnes und Charles Tansill, auf die Seite dieses Revisionismus stellten, der also offenbar einen »rationalen Kern« besaß.

Die meisten der deutschen Verfechter konnten sich indessen schwerlich dem Verdacht entziehen, tatsächlich eine reale Veränderung zwecks partieller oder vollständiger Wiederherstellung des »alten Deutschland« zu erstreben und also zu dem politischen oder praktischen Revisionismus zu gehören, der in Frankreich nach der Niederlage von 1870/71 und dem Verlust von Elsaß-Lothringen selbstverständlich gewesen war, wenn er auch meist nicht unübersehbar hervortrat. Schlechthin evident war der Revisionismus während der Zwischenkriegszeit in Ungarn, das im Friedensvertrag von Trianon drei – meist allerdings von fremdnationalen Bevölkerungen bewohnte – Viertel seines Staatsgebietes verloren hatte. All das nahm sich umso gefährlicher aus, als in Deutschland eine neue und dann auf spektakuläre Weise erfolgreiche Partei unter einem »charismatischen« Führer, dem vor 1920

völlig unbekannten »Gefreiten des Weltkriegs« Adolf Hitler, sich diesen politischen Revisionismus auf freilich halbversteckte Weise zu eigen machte. Die Machtübernahme dieser Partei im Januar 1933 mußte daher unter den Siegern des Ersten Weltkriegs große Beunruhigung auslösen, und der Gedanke, diese neue Gefahr durch einen präventiven Angriff zu beseitigen, fand einflußreiche Befürworter, nicht zuletzt den polnischen Staatschef Józef Piłsudski.

In der noch ganz unter dem Eindruck der Ereignisse der »Epoche des Faschismus« stehenden Geschichtsschreibung der Zeit nach 1945 nehmen daher Begriffe wie »Revisionen« und »revisionistisch« einen großen Raum ein. So will Karl Dietrich Bracher in seinem Buch über *Die Krise Europas 1917–1975* nicht zuletzt den »Aufstieg radikaler Revisionsbewegungen« schildern, insbesondere die aus dem »Diktat von Versailles« entstandene »radikale deutsche Revisionsbewegung«, aber auch das temporäre Zusammenspiel mit der am Rande ebenfalls revisionistischen Sowjetunion sowie die verwandten Bewegungen wie diejenige des »Antikolonialismus«, die durch den Ausgriff der »Revisionsmächte« Italien, Japan und Deutschland zwischen 1935 und 1945 »zum vollen Durchbruch« gebracht wurden, so daß ein eigenartiges und paradoxes Verhältnis zwischen den meist als »reaktionär« interpretierten faschistisch-revisionistischen Mächten und den Tendenzen eines unangezweiften »Fortschritts« zu konstatieren ist.

Es ist indessen noch eine weitere Frage zu stellen, bevor weitergegangen werden kann. Was war das Ziel des von Hitler verkörperten »deutschen Revisionismus«? Allzu rasch wird darauf häufig geantwortet: Hitler, von seinem unersättlichen Eroberungswillen getrieben, sei es letztlich um die »deutsche Weltherrschaft« gegangen. Dieser Revisionismus hätte also einen völligen Umsturz der Verhältnisse im Auge gehabt und wäre infolgedessen gar nicht wirklich ein »Revisionismus« gewesen, der ja immer auf die, sei es auch veränderte, Wiederherstellung eines früheren Zustandes ausgerichtet sein muß. Es gibt in der Tat einige Äußerungen Hitlers, die dieses größte aller möglichen Projekte zu implizieren scheinen. Aber es existieren auch andere und gewichtigere Aussagen Hitlers, die so viel Besorgnis wegen des ständigen Anwachsens der »ostasiatischen Menschenmassen« an den Tag legen, daß diese »globale« Zielsetzung als ernstlich in Betracht gezogene Möglichkeit auszuschließen ist. Deshalb ist es ratsam, eine nur selten erwähnte Möglichkeit zu erwägen, die keinen Überschritt über den Begriff des »Revisionismus« hinaus erfordert, nämlich daß Hitler die freilich grundstürzend veränderte Wiederersterhebung des »Deutschen Bundes« erstrebte, der ja noch bis zum Krieg von 1866 bestanden und auch einen großen Teil der überwiegend von Tschechen bewohnten Gebiete von »Böhmen und Mähren« umfaßt hatte. Dieser Zustand wurde gerade durch Hitlers »Griff nach Prag« vom März 1939 wiederhergestellt, mit dem Hitler an die Stelle des neueren Begriffs

von der »Selbstbestimmung der Völker« einen älteren und historischen Begriff der internationalen Ordnung setzte. Was diesem Deutschland im Juli/August des Jahres 1939 noch fehlte, waren die deutschen Gebiete des »polnischen Korridors«, und es scheint, daß Hitler sowohl in der Periode, in der er noch eine Art Bündnis mit Polen erstrebte, als auch in dem Augenblick, wo diese Möglichkeit infolge der Verständigung Polens mit England nicht mehr real war, die Absicht hatte, dieses »letzte« seiner territorialen und revisionistischen Ziele auf verständnisvolle, ja großzügige Weise zu lösen. Aber entscheidend wurde die Weigerung der Nachfolger Piłsudskis, den »revisionistischen« Prozeß der Wiederherstellung eines größeren und erst vor weniger als hundert Jahren verschwundenen Deutschland, an dem sich Polen selbst in der Folge von »München« beteiligt hatte, mit sehr bescheidenen eigenen Opfern fortzusetzen.

Niemand weiß, wie die Weltgeschichte verlaufen wäre, wenn Polen dem zögerlich erteilten englischen Rat gefolgt wäre, die ganz »Weimarschen« Vorschläge Hitlers anzunehmen, aber nichts ist unwahrscheinlicher, als daß »der Führer« den von ihm so nachdrücklich erstrebten Ausgleich mit Großbritannien aufs Spiel gesetzt haben würde, um Norwegen, Frankreich und Jugoslawien zu »überfallen« und gegen die Angelsachsen eine »deutsche Weltherrschaft« durchzusetzen. Er wäre ja gegenüber Großbritannien und den USA in einer ganz ähnlichen Lage gewesen, wie er nach 1933 gegenüber den deutschen Konservativen und einem Großteil der eigenen Streitkräfte gewesen war, nämlich als der jüngere Vorkämpfer einer gemeinsamen Sache. Ob er sein oberstes Ziel erreicht hätte, die etablierten Verbündeten oder Sympathisanten zur Duldung oder sogar zur Teilnahme an einem Entscheidungskrieg gegen den eigentlichen, den sowjetischen, den revolutionären Feind zu veranlassen, kann ebenfalls niemand wissen. So viel dürfte jedoch sicher sein, daß in der Frage des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen nicht ein exzessiver Weltherrschaftsanspruch dem Beharren auf anerkannten nationalen Grenzen gegenüberstand, sondern daß zwei Prinzipien sich als unvereinbar erwiesen: das neuere Prinzip der nationalen Selbstbestimmung auf der einen Seite und das ältere und seit längerer Zeit anerkannte Prinzip der inneren Macht und Lebensfähigkeit historisch gebildeter, sei es auch zeitweise an den Rand gedrängter oder gar verschwundener Realitäten, wie etwa Polens, das seit seiner dritten Teilung im Jahre 1795 keine staatliche Existenz mehr besessen hatte und das jetzt vor der Frage stand, ob es sich als ethnische Einheit oder in der Erinnerung an die großen Zeiten seiner Geschichte neu konstituieren sollte.

Wenn Hitlers »Revisionismus« als die deutsche Entsprechung gelten darf, dann wäre er eine ebenso umwälzende, aber begrenzte Änderung gewesen wie ein erfolgreicher ungarischer Revisionismus. In Wahrheit waren sein Anspruch und seine Bedeutung weit größer. Aber zunächst muß ein Vergleich angestellt werden,

Der vorliegende Text ist eine teils gekürzte und teils erweiterte Fassung der Laudatio, die Ernst Nolte auf den diesjährigen Preisträger der »Erich und Erna Kronauer-Stiftung«, Herrn Dr. Stefan Scheil, geschrieben hat. Professor Nolte konnte jedoch aus gesundheitlichen Gründen bei der Festveranstaltung in Schweinfurt am 4. Oktober 2014 nicht selbst vortragen.



der in Deutschland aus leicht verständlichen Gründen als unzulässig, ja als unmöglich gilt.

Kein Anspruch (der »revisionistisch« genannt werden darf, aber kaum je so genannt wurde) war größer und mindestens für den »Nahen Osten« umwälzender als der Wille der »zionistischen« Bewegung, unter dem in der Welt zerstreuten und staatenlosen Volk der Juden nach einem Zeitraum der Vertreibung von nahezu zwei Jahrtausenden in das palästinensische »Heimatland« zurückzukehren und dort, als unangefochtene Mehrheit, ein Leben zu führen, das von den Lasten und Schwierigkeiten der zerstreuten Existenz frei wäre. Dieses Land war zugleich einer anderen Religion zugehörig, die mit der jüdischen Orthodoxie zwar verwandt, aber bei weitem nicht identisch war, nämlich dem »Islam«. Der zionistische Anspruch ließ sich mit der Idee der »Selbstbestimmung der Nationen« schlechterdings nicht vereinbaren, denn diese kann sich nur auf Verhältnisse der Gegenwart beziehen, und es schien unfassbar zu sein, daß der Gedanke der potentiellen Fortexistenz vergangener geschichtlicher Realitäten nach der Leere von zweitausend Jahren noch würde Anwendung finden können. Aber die größte unter den existierenden Weltmächten, die großbritannische, machte sich aus einer Fülle von teilweise ganz unterschiedlichen Motiven, auch philosemitischen und antisemitischen, die Konzeption von Theodor Herzl zu eigen, und man muß sagen, daß vermutlich sowohl in den Augen Wilsons wie Lenins kein rechtswidrigeres und geschichtsfeindlicheres Dokument vorstellbar war als die »Balfour-Deklaration« von 1917, mit der Großbritannien den Anspruch des Zionismus anerkannte und zu fördern versprach, freilich nur mit dem innerlich unwahren Vorbehalt, die Rechte der eingeborenen Bevölkerung dürften dadurch nicht tangiert werden.

Es war nicht verwunderlich, daß gegenüber dem »humanitären« Revisionismus Theodor Herzls, der von einer allseits wohltuenden Zusammenarbeit zwischen den palästinensischen Bewohnern und den jüdischen Einwanderern träumte, eine innerjüdische Opposition aufkam, die sich selbst ausdrücklich »Revisionismus« nannte, nämlich die Bewegung Zeev Jabotinskys, welche der Milde der Herzlschen Konzeption hinsichtlich des künftigen Zusammenlebens von Juden und Palästinensern die unerbittliche Härte der Vorstellung des Kampfes landloser und unterdrückter Völker gegen die Besitzer des erstrebten Landes entgegensetzte.

Einen größeren Umfang und breitere Bekanntheit erreichte der Begriff »Revisionismus« nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den USA, und zwar als Kritik an der »antisowjetischen Wende« der amerikanischen Politik unter dem neuen Präsidenten Harry S. Truman und gegen die Vorherrschaft der »etablierten Schule« in den fünfziger und frühen sechziger Jahren. 1961 erschien das Hauptwerk dieser sich selbst »Revisionismus« nennenden Tendenz, die an das Amerika der alliierten Kriegszeit und der positiven Beziehungen zwischen Roosevelt und Stalin anknüpfen wollte, das Buch von Denna F. Fleming *The Cold War and Its Origins*, das den Anfang der Spannungen zwischen den beiden Mächten in der ungerechtfertigten Intervention der USA gegen den jungen Sowjetstaat der Jahre von 1917 bis 1920 erblickte und das für die Gegenwart die amerikanische Nichtanerkennung der »aus Sicherheitsgründen notwendigen« sowjetischen Einflußsphäre in Osteuropa für die Hauptursache des Kalten Krieges erklärte.

Das bedeutete einen sehr spürbaren Gegenzug zu der bis dahin unbestrittenen Vorherrschaft der »orthodoxen Schule«, die den Aggressionscharakter der kommunistischen Ideologie



und das unerwartete Hinausgreifen der Sowjetunion auf Polen und andere Teile Osteuropas für die entscheidende Ursache hielt. Hier wurde also die Fortsetzung der »alliierten« Politik der Kriegszeit verlangt und die neue Politik des »westlichen Bündnisses« gegen den vordringenden »Totalitarismus« abgelehnt. Auf dem Spiel standen mithin die großen Linien der »westlichen« oder »angelsächsischen« Politik, die sich zwangsläufig ergeben mußten, wenn die Kennzeichnung, welche einige hochrangige Politiker der »Wahlrede« Stalins vom 9. Februar 1946 gaben, sie sei so viel wie eine »Kriegserklärung des Dritten Weltkriegs«, auch nur annähernd richtig war. Dagegen konnte von Historikern wie etwa David Horowitz eingewandt werden, daß die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg weit größere Verluste erlitten hatte als die USA und daß der Hauptcharakter ihrer Politik ein defensiver sei. In einigen Extremfällen ging die Kritik so weit, daß die Selbstkritik bis zur Selbstverwerfung vorangetrieben und damit ein Kennzeichen des westlichen Systems erfüllt wurde, zu dem es auf der entgegengesetzten Seite keinerlei Analogie gab. Einen Vorrang gewann dieser Revisionismus indessen nie, und die »etablierte Schule« behielt den größeren Einfluß. Die Rede, die Churchill am 5. März 1946 in Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten in Fulton, Missouri hielt, war offensichtlich eine Erklärung entschiedener Feindschaft.

Es sind also »historische« und »politische« Revisionismen zu unterscheiden, von denen die ersten, zu denen auch das Werk von Stefan Scheil gehört, tendenziell mit »kritischer Wissenschaft« identisch sind, während die zweiten nach Reichweite und Intention voneinander sehr verschieden sind, so daß sich ein »punktuel­ler« und ein »ausgedehnter« politischer Revisionismus unterscheiden lassen. Der politische Revi-

sionismus der Franzosen nach 1870/71 würde auf der einen Seite zu lokalisieren sein und der aus mehrtausendjähriger geschichtlicher Entfernung und für den Nahen Osten umwälzende Revisionismus Israels auf der anderen.

Aber die Kämpfe um Herrschaft und Besitz in Mitteleuropa und im nahöstlichen Bezirk des ehemaligen »Fruchtbaren Halbmonds« hätten unabhängig voneinander verlaufen können, wenn es nicht jenes weltgeschichtliche Ereignis gegeben hätte, das höchstens am Rande mit der Konzeption des Revisionismus in Beziehung gesetzt werden kann, nämlich die bolschewistische Revolution in ihren Anfängen der Jahre 1917–1920 in Rußland. Diese Revolution wollte in der umfassendsten aller Bedeutungen »revisionistisch« sein, ohne den Terminus jemals zu verwenden, indem sie eine schwere Anklage gegen die gesamte bisherige Geschichte richtete, welche die positiven Verhältnisse der Urzeit – die Durchsichtigkeit der gesellschaftlichen Realitäten, die teilnehmenden Beziehungen der Individuen untereinander, die Harmonie der gesellschaftlichen Verhältnisse – durch den Einbruch von Egoismus und Besitzgier in eine gegenteilige und unsittliche Wirklichkeit umgewandelt habe. Den Zustand der wechselseitigen Entfremdung der Individuen, des Hasses der Kollektivitäten untereinander gelte es zu überwinden und dadurch einen Zustand wiederherzustellen, für den bald der Terminus »Sozialismus« aufkam, der aber längst zuvor von Philosophen und Historikern als der vorgeschichtliche Zustand einer »Gottes-« oder einer »Natur«welt beschrieben worden war, die vor der immer noch und nun erst recht ungerechten, ja sündhaften historischen Realität bestanden habe, deren Gegenteil »u-topisch«, d.h. nirgendwo aufzufinden und offenbar gerade deshalb mit allen Kräften zu erstreben sei. Aber von allen Ideologien, die sich diese einfachen Gedanken zu eigen machten, war der Marxismus diejenige, die nicht schlicht geschichtsfeindlich und »primitivistisch« war, sondern die der hassenswerten Realität, die sie unter dem Namen »Kapitalismus« ebenso entschieden bekämpfte wie alle verwandten Ideologien, nicht nur ein Existenzrecht, sondern geradezu eine »Existenzpflicht« zuschrieb, denn der Kapitalismus müsse die grundlegende Voraussetzung des Sozialismus sein, und jeder unmittelbare Rückweg zur Sittlichkeit und Harmonie dieser noch nicht »entwickelten« Urzeit sei aussichtslos und führe allenfalls zu in sich widersprüchlichen und paradoxen Zuständen.

Hier lag die Hauptschwierigkeit gerade für die überzeugtesten und aufrechtesten Vorkämpfer der Russischen Revolution, denn Rußland galt allgemein als die zurückgebliebenste, noch tief im Analphabetismus einer Mehrheit der Bevölkerung steckende europäische Großmacht. Vermutlich konnte nur das Zusammenfließen von zwei chiliastischen Grundvorstellungen zu der erforderlichen Energieentfaltung führen, und Lenin stimmte mit Gorki in dem Glauben überein, lediglich das Zusammentreffen des russischen und des »fremdvölkischen«, hauptsäch-

lich jüdischen »Messianismus« könne das noch nie Dagewesene verwirklichen, die entfremdungslose und sittliche Gesellschaft ohne Besitzgier und ohne wechselseitigen Haß der Gruppen und Individuen.

Doch vorläufig konnte es sich nur darum handeln, die »ganze alte Welt« auszurotten und in erster Linie jene Kraft, die sich noch immer für »fortschrittlich« hielt und die nach marxistischer Überzeugung einmal tatsächlich fortschrittlich gewesen war: »die Bourgeoisie«! Auch in diesem realen oder »schmutzigen« Teil des Veränderungswillens der bolschewistischen Partei standen neben den Russen die Fremdvölker, insbesondere die Juden und die Letten, in Tschechien oder NKWD oder GPU in der vordersten Reihe, und nie zuvor hatten in einem neuzeitlichen Staat die Anklagen gegen ganze Klassen und die Forderung der – sei es sozialen, sei es physischen – Vernichtung so sehr eine zentrale Bedeutung wie in dem zur Sowjetunion gewordenen Rußland. Es war nicht nur verstehbar, sondern verständlich, wenn in den frühen zwanziger Jahren der Begriff des »jüdischen Bolschewismus« weithin in Gebrauch kam, obwohl sogar der Begriff »russischer Bolschewismus« inadäquat war, weil es sich in Wahrheit um das Phänomen einer Urtatsache im Menschen handelte, um die »ewige Linke«, ohne deren Existenz die innere Ordnung der Menschheit von einer Festigkeit wäre wie bei den Termiten.

Wenn nur die handgreiflichen Realitäten gesehen und ernstgenommen wurden, aber nicht die »im Hintergrund« lebendigen Ideen und Vorstellungen, dann war die Situation in den Jahren 1917 und den folgenden so zu beschreiben: Zum ersten Mal in der Geschichte des neuzeitlichen Europa hatte eine ideologisch bestimmte Partei die alleinige Macht ergriffen, die einen Grundwesenszug der bisherigen Geschichte verneinte und zu vernichten strebte, nämlich die geschichtete und nach Nationen und Imperien gegliederte Gesellschaft, die sie »Klassengesellschaft« und deren führende Gruppierung sie »Bourgeoisie« nannte. Richtiger hätte diese als »Liberales System« bezeichnet werden müssen, das sich in einem langen und singulären Prozeß aus dem mittelalterlichen und »feudalen«, aber schon durch Merkmale einer Machtteilung zwischen der christlichen oder katholischen Kirche und den aufkommenden »Staaten« gekennzeichneten Zustand entwickelt hatte. Wenn von »Fortschritt« geredet werden durfte, dann war er mit diesem System verbunden, das in der Tat seit dem achtzehnten Jahrhundert ein Ausmaß und eine Bedeutung der durch die Technik bestimmten materiellen Produktion aufwies, die man als »Kapital« bezeichnen mochte. Seine Entstehung und Fortentwicklung waren durch schwere innere Kämpfe und Auseinandersetzungen geprägt, unter denen der große »Maschinensturm« der Ludditen im England des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts hervorragte.

Diese Entwicklung vollzog sich nicht unter der Leitung eines Zentralorgans, und sie wurde von vielen der Betroffenen als »unnatürlich«

und bekämpfenswert betrachtet. Aber sie war das weltgeschichtlich Neue, und in Ansätzen erfüllte sie eine ihrer großen Versprechungen: die Anhebung des Lebensstandards der breiten Massen, die doch unter ihrem Druck zu großen Teilen ächzten und protestierten. Die bolschewistische und schon die marxistische Bewegung war also in ihren Ursprüngen nichts anderes als eine selbständig gewordene und weitverbreitete Selbstkritik des »kapitalistischen Systems«. Aber da sie sich in dem räumlich größten und politisch tendenziell wichtigsten aller Staaten der Welt vollzog, der allgemein als »despotisch« oder altertümlich erschien, mußte sie sich als ein von außen kommendes und todgefährliches Phänomen darstellen, das allen »Fortschritt« in Frage stellte und mit Vernichtung bedrohte. Diese Vernichtung war der Idee nach die Zurückführung der führenden Schichten zu der Gleichheit einer allgemeinen Handarbeiter- oder Arbeitsexistenz. Aber in dem von Deutschland besiegten Rußland vollzog sie sich schon am Ende des Ersten Weltkriegs 1917/18 durch die brutale – soziale und physische – Ausrottung der führenden Schichten, und wenn »Intelktualisierung« und immer allgemeinere Arbeitsteilung ein Hauptmerkmal der modernen Entwicklung waren, dann war diese »Sozialisierung« anti-fortschrittlich. Dann wurde der revolutionäre Vorgang als »Attentat gegen die Kultur« begreiflich, und es lag nahe, der lebensgefährlichen Angriffskraft eine ebenso starke Kraft der Abwehr entgegenzusetzen.

Aber das war indessen nicht das Verfahren, welches das nun schon oft »westlich« genannte System einer Gefahr, die in Umrissen bereits früher aufgetaucht war, entgegengestellt hatte. Es war vielmehr schon in der englischen und der französischen Revolution der radikalen Partei, die sich als Verkörperung des egalitären Vernichtungswillens verstand, zwar mit entschiedenem Abwehrwillen entgegengetreten, aber es hatte eine bloße Verneinung vermieden, indem es Tendenzen vorwärtstrieb, die dem Todfeind einen »rationalen Kern« zuerkannten und einen Teil dieser Partei in das veränderte Ganze herüberzog. Die Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und Frankreich waren Musterbeispiele, und deshalb wurde ein Sieg der radikalsten und zeitweise sehr populären Partei nicht zur Realität.

Die nationalsozialistische Partei des 1919 noch völlig unbekannten Adolf Hitler suchte schon durch ihre Selbstbezeichnung einen historischen Platz zu besetzen, der vor 1914 erst kaum vorhanden war, und Hitler war dadurch von allen anderen Politikern seiner Zeit verschieden, daß er die Postulate der linksradikalen Partei, der Kommunisten, ganz ernst nahm und die einzige Möglichkeit des Sieges und der Selbstbehauptung darin sah, dem Todfeind einen ebenso radikalen Sieges- und Vernichtungswillen entgegenzustellen. Das war nicht von vornherein eine verfehlte Möglichkeit der Antwort auf die zentrale Frage der Epoche, denn nichts dürfte »natürlicher« sein, als einem radikalen Vernich-

tungswillen einen ebenso radikalen Willen zur Gegenvernichtung entgegenzusetzen. Er war sogar nicht ohne weiteres deshalb verfehlt, weil Hitler, wenn er auf die gleiche Ebene wie der Bolschewismus gelangen wollte, einen ebenso internationalen Hauptfeind vor sich haben mußte, wie ihn der Bolschewismus im »Kapitalismus« und in der individuellen und kollektiven »Besitzgier« besaß. Nicht einmal die Tatsache, daß er diesen »Hauptfeind im Hintergrund« in »den Juden« identifizieren zu können glaubte, machte seinen Ansatz von vornherein verfehlt, denn für ihn war das Judentum nicht, wie für große Teile der Alliierten und der deutschen Bevölkerung, eine kleine und hilflose Minderheit, sondern als das geschichtlich älteste Volk der Welt, als wichtigster Ursprung des Monotheismus und im unverbrüchlichen Festhalten an der Einzigartigkeit seines Daseins als das »Auserwählte Volk« eine weltgeschichtliche Größe, zu der wegen ihrer unvergleichlichen Solidarität auch die geringsten Mitglieder gehörten und vielleicht sogar die zahlreichen Assimilierten, die »aus dem Judentum ausgetreten« waren. Letzten Endes zählte das Judentum als solches, trotz des scheinbaren oder wirklichen Widerspruchs gegen den Begriff des »auserwählten Volkes«, zu den Hauptkräften des »Internationalismus«, den Hitler als Vertreter des »Nationalismus« aus der Welt bringen wollte, soweit er die alleinige und zur Synthese unfähige Hauptkraft sein wollte.

Aber Hitlers Wille zur Gegenvernichtung mußte gegenüber dem ursprünglicheren Vernichtungswillen der von einer Utopie geleiteten Ideologie des Kommunismus nicht nur eine Nachahmung und damit innere Abhängigkeit bedeuten, sondern auch den Überschritt aus dem sozialen in das biologische Gebiet. Was der Tendenz nach eine Verteidigung gegen einen universalen Angriff war, mußte sich daher als Wiederaufnahme des gewöhnlichsten aller Vernichtungsvorgänge darstellen: als die physische Vernichtung eines Volkes durch ein anderes, als die Ausrottung eines Stammes durch einen anderen Stamm. So ging alles verloren, was im ursprünglichen Ansatz an »historischem Recht« enthalten war, und auch dasjenige verschwand, was in Hitlers »Revisionismus« an Positivem und potentiell Voraussetzendem vorhanden gewesen war, nämlich die erfolgreiche Verteidigung nationaler und sozialer Selbstbehauptung. Wenn das große Volk der Deutschen berechtigt war, sich selbst inmitten der universalisierenden Tendenzen der Weltentwicklung zu behaupten, dann mußte dieses Recht auch kleinen Völkern wie den Tschechen zugestanden werden, und eben das hatte Hitler mit jenem »Griff nach Prag« nicht getan.

Nach der katastrophalen Niederlage des Hitlerschen Reiches von 1945 gegen »die ganze Welt« lag nichts näher, als den vom Nationalsozialismus im Hinblick auf das Judentum gebrauchten Begriff des »absoluten Bösen« auf den Hitlerschen Nationalsozialismus anzuwenden und sich damit zugleich die »Perspektive der Sieger« zu eigen zu machen. Aber wenn man vom Recht und Unrecht unterschiedlicher »Re-

visionismen« ausgeht, unter denen der deutsche hervorstach, so wird man dem deutschen »Radikalfaschismus« dennoch ein gewisses Maß an historischem Recht zugestehen müssen, zumal wenn man die eigenartigste aller Verkehrungen nicht aus opportunistischen Gründen aus den Augen verliert, nämlich die Tatsache, daß gegen den sieg- und erfolgreichen Staat Israel von den riesigen Massen der arabischen Welt aus guten Gründen ganz ähnliche Vorwürfe erhoben werden konnten, wie sie einst von den Massen der alliierten Mächte gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtet worden waren: ein Eroberungs-, Vertreibungs- und Unterdrückungsstaat zu sein, der vermutlich nicht viel anders handeln würde als der nationalsozialistische Staat, wenn er jemals in die eigentlich zwangsläufige Situation geriete, sich gegen die Übermacht einer materiell weit überlegenen arabischen Welt in einem Kampf auf Leben und Tod verteidigen zu müssen. Eben dies sagte in den Anfangszeiten des jüdischen Staates der Außenminister Abba Eban, als er die Anwesenheit der verbliebenen Palästinenser im Staate Israel eine »tödliche Gefahr« nannte, sobald der Angriff »der Araber« gegen Israel stattfinden werde.

Die Deutschen der Gegenwart sind im historischen Unrecht, wenn sie einander zufrieden auf die Schultern klopfen und ihre »Vergangenheitsbewältigung« als vorbildlich rühmen, hinter der andere große Staaten, die sich einer vergleichbaren Geschichte stellen müßten, wie etwa Rußland, China oder sogar die USA, weit zurückgeblieben seien. Der reale Geschichtsverlauf beruht auf sehr unterschiedlichen Mischungen von »Gutem« und »Bösem«, und auch der Hitlersche Nationalsozialismus hatte mindestens in seinen Anfängen einige gute Züge aufzuweisen, wie etwa das richtige Empfinden für das Außerordentliche des Bolschewismus. Der Begriff des »absoluten Bösen« gehört wie derjenige des »absoluten Guten« nicht zur menschlichen Geschichte, sondern er ist, anders als der des »Revisionismus«, ein metaphysischer oder religiöser Begriff.

Die drängendste und am meisten tabuisierte Frage ist damit indessen noch nicht aufgeworfen. Daß zahlreiche Menschen in Deutschland und anderswo schon den Worten »Revision« und »Revisionismus« mit tiefer Abneigung begegnen, liegt daran, daß sie ausschließlich denjenigen Revisionismus im Auge haben, der die Präzedentien und die Ausmaße des »Holocaust« zum Thema macht und diesen insofern zu »leugnen« scheint. Bloße Behauptungen zu politisch durchsichtigen Zwecken kann und sollte man in der Tat mit einer bloßen Handbewegung abtun. Aber argumentativ vorgebrachte und nach dem üblichen wissenschaftlichen Verfahren dargelegte Zweifel an bisher kaum bestrittenen Tatsachen dürfen in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nicht als »Verbrechen« angesehen und bestraft werden. Wer derartiges intendiert und betreibt, ist – ohne es vermutlich zu wissen oder zu wollen – ein Gegner der Freiheit der Wissenschaft und insofern ein Verfassungsfeind. ■

Geschichtspolitische Debatten nach 1945

zusammengestellt von Ellen Kositzka und Erik Lehnert

Die Vergangenheitsbewältigung ist ein Phänomen, das seit den sechziger Jahren jede geschichtspolitische Debatte in Deutschland dominiert. Dadurch entsteht der Eindruck, daß Geschichtspolitik ohne Vergangenheitsbewältigung nicht möglich sei. Geschichtspolitische Debatten hat es allerdings auch vor 1945 in Deutschland immer wieder gegeben. Man muß sich nur daran erinnern, wie vehement seit den 1840er Jahren um die Frage eines großdeutschen Reiches oder einer kleindeutschen Nation gestritten wurde. Auch damals mobilisierten beide Seiten die Historikerzunft, um diese die entsprechenden Belege aus der Vergangenheit suchen zu lassen, durch die der eine oder der andere Weg als historisch legitimiert erscheinen sollte. Ähnliche Debatten gab es an allen Wendepunkten der deutschen Geschichte: die Formulierung der Kriegsziele im Ersten Weltkrieg, die Kriegsschuldfrage nach der Niederlage, die Frage nach dem revolutionären oder traditionellen Charakter des Nationalsozialismus und schließlich auch, als es darum ging, das Ziel des Zweiten Weltkriegs zu formulieren: Großgermanien oder Europa unter deutscher Führung. Was diese Debatten von der Vergangenheitsbewältigung nach 1945 unterscheidet, ist die Tatsache, daß damals Alternativkonzepte gegeneinander abgewogen wurden und keiner Seite die moralische Qualifikation für die Teilnahme abgesprochen wurde. Selbst in der unmittelbaren Nachkriegszeit und noch bis in die fünfziger Jahre hinein konnte manche Debatte mit offenem Ausgang geführt werden. Nachdem das Dritte Reich als gleichsam übergeschichtliches Ereignis definiert worden war, war es damit vorbei. Das begann bereits mit Adornos Diktum, man könne nach Auschwitz kein Gedicht mehr schreiben, setzte sich mit den hysterischen Reaktionen auf Hannah Arendts Postulat von der »Banalität des Bösen« fort und mündete schließlich in der Akzeptanz von Auschwitz als Gründungsmythos der Bundesrepublik (Joschka Fischer).

Folgend finden sich in zeitlicher Reihenfolge einige Beispiele für vergangenheitsbewältigende Debatten. Zwei der wichtigsten, der Historikerstreit und Hochhuths *Stellvertreter*, sind in ausführlichen Beiträgen in dieser *Sezession* behandelt und daher hier ausgespart. (EL)

EXILDEBATTE

Unmittelbar nach Kriegsende 1945 gab ein Radioessay von Thomas Mann, der Deutschland 1933 verlassen hatte und seit 1940 im amerikanischen Exil weilte, den Anlaß für eine Debatte um die Frage, ob Dichter und Schriftsteller, die Deutschland nicht verlassen hatten, sich damit moralisch disqualifiziert hätten (auch wenn sie keine NS-Gesinnung hatten). Ausgangspunkt war Manns Radiobotschaft vom Mai 1945 »Die deutschen KZ«, in der er »alles Deutsche, alles was deutsch spricht, deutsch schreibt, auf deutsch gelebt hat« durch die »unglaublichen Bilder« aus den KZ bloßgestellt sieht und damit pauschal als mitschuldig charakterisiert. Darauf reagierte zunächst der Schriftsteller Walter von Molo mit einem offenen Brief an Mann, in dem er diesen zur Rückkehr aufforderte, damit er begreife, daß die Deutschen ebenfalls unter den Verhältnissen gelitten hätten und weiterhin litten: »Ihr Volk, das nunmehr seit einem Dritteljahrhundert hungert und leidet, hat im innersten Kern nichts gemein mit den Missetaten und Verbrechen ...« Der Schriftsteller Frank Thiess antwortete weniger ambivalent darauf mit dem Begriff der Inneren Emigration. Die inwendig Emigrierten seien dadurch den Exilanten überlegen, daß sie in der Mitte »ihres verführten und leidenden Volkes« geblieben seien und nicht lediglich von den »Logen und Parterreplätzen des Auslandes der deutschen Tragödie« zugesehen hätten. Er knüpfte damit an eine Argumentation an, die Gottfried Benn bereits 1933 in seiner »Antwort an die literarischen Emigranten« verwendet hatte, daß man »über die deutschen Vorgänge nur mit denen sprechen kann, die sie auch innerhalb Deutschlands selbst erlebten«. Im September 1945 erschien Thomas Manns Antwort »Warum ich nicht nach Deutschland zurückgehe«, in der er pauschal alle zwischen 1933 und 1945 in Deutschland erschienenen Bücher als »weniger als wertlos« qualifizierte, weil ihnen ein »Geruch von Blut und Schande« anhängte: »Ich gestehe, daß ich mich vor den deutschen Trümmern fürchte, daß die Verständigung zwischen einem, der den Hexensabbat von außen erlebte, und euch, die ihr mitgetanzt und Herrn Urian aufgewartet habt, immerhin schwierig wäre.« Unter dieses Verdikt fielen die

Gebrüder Jünger ebenso wie Erich Kästner oder auch Gottfried Benn, Hans Carossa und Werner Bergengruen. Damit eskalierte die Debatte, an der sich jetzt nach und nach fast alle in Deutschland gebliebenen Dichter beteiligten. Allerdings führte diese Debatte nicht dazu, daß die Innere Emigration im Sinne Thomas Manns geächtet wurde. Dazu kam es erst im Rahmen der institutionalisierten Vergangenheitsbewältigung der siebziger Jahre. Wie ein Kontrapunkt zu der pauschalen Auffassung von Thomas Mann nehmen sich die Beurteilungen von Carl Zuckmayer aus, der im Auftrag der Amerikaner die deutschen Schriftsteller sehr differenziert beurteilt hatte. Leider war dieser Text damals niemandem bekannt, der *Geheimreport* erschien erst 2002. (EL)

FISCHER-KONTROVERSE

Der Hamburger Historiker Fritz Fischer löste 1961 mit dem Buch *Griff nach der Weltmacht* eine geschichtspolitische Debatte aus, die sich vordergründig um die Frage der Schuld am Ersten Weltkrieg drehte. Galt bis dahin der Konsens, daß die europäischen Mächte in den Krieg hineingeschlittert seien, vertrat Fischer die Auffassung, daß es eine Kontinuität deutscher Kriegszielpolitik gegeben habe, die nicht erst mit Beginn des Krieges begann, sondern bereits seit langem auf den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht hingearbeitet habe. Gegen diese Interpretation erhoben konservative Historiker Einspruch, weil sie im Hintergrund die Konstruktion einer großen Kontinuität von Wilhelm II. bis zu Hitler vermuteten, die Rückwirkungen auf die Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkriegs haben mußte. Insbesondere der Freiburger Historiker Gerhard Ritter widersprach Fischer und warnte vor einer »Selbstverdunklung des deutschen Geschichtsbewußtseins«. Unterstützt wurde er dabei u. a. von Egmont Zechlin und Ludwig Dehio. 1964 wurde die Debatte in der außerwissenschaftlichen Öffentlichkeit weiterbetrieben, was dazu führte, daß Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier Fischer das unnötige Aufwärmen der Schuldfrage vorwarf. Der Historikertag in Berlin 1964 führte jedoch dazu, daß Fischer sich durchsetzen konnte, weil das in der Mehrheit aus Nachwuchshistorikern bestehende Publikum sich anlässlich einer Podiumsdiskussion auf seine Seite stellte. Über diesen Sieg konnte auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß Franz Josef Strauß die Bundesregierung aufforderte, gegen diese »Verzerrung der Geschichte« vorzugehen. Fischer selbst spitzte seine Thesen im Verlauf der Debatte immer weiter zu, so daß er schließlich von der Hauptzur Alleinschuld der deutschen Regierung am Kriegsausbruch gelangte. Auch wenn er sich mit dieser Extremposition in der Historikerzunft nicht durchsetzen konnte, wurde diese Auffassung im Laufe der Jahre schließlich zur gültigen Auffassung in Öffentlichkeit und Schule. Das Aufsehen, das Christopher Clark 2014 mit seiner minutiösen Untersuchung der Julikrise auslöste, ist vor allem dadurch zu erklären, daß

er Fischers populär gewordene Thesen infrage stellte. (EL)

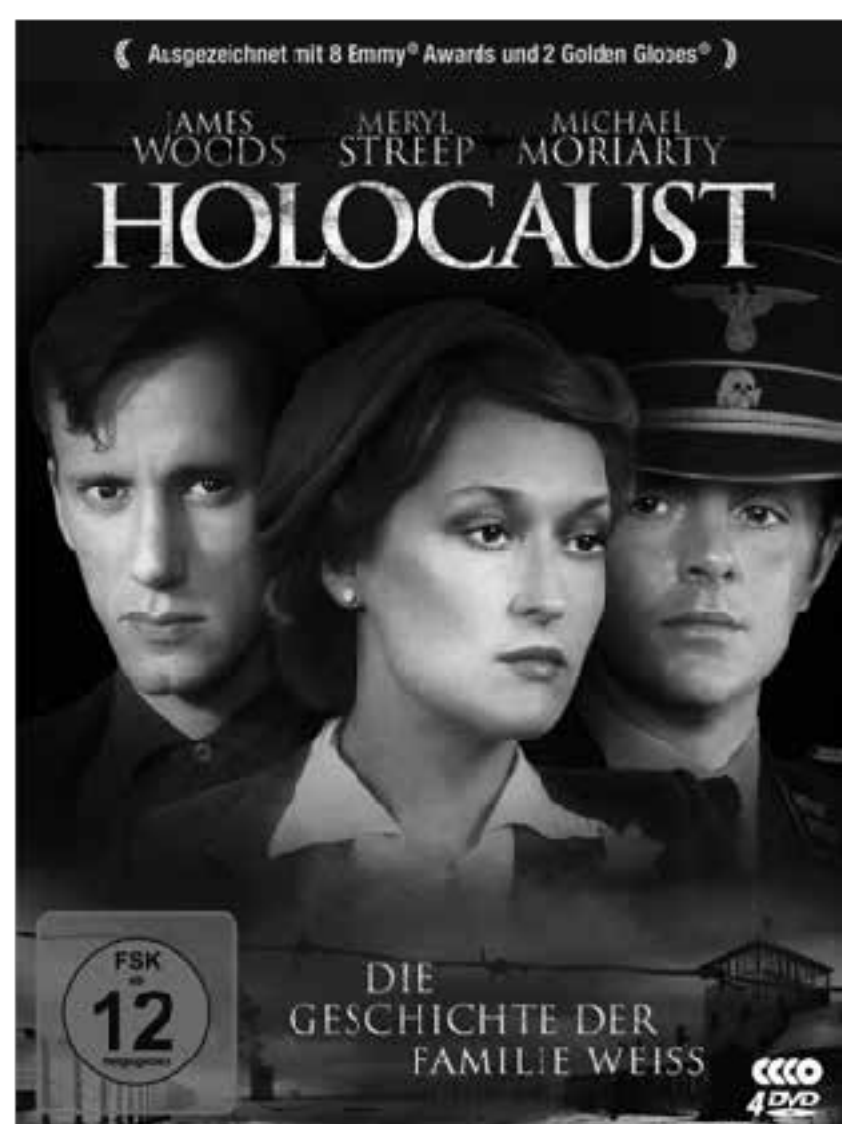
GENERALAMNESTIE

Der österreichische Sozialpsychologe Peter Hofstätter, seit 1959 in Hamburg lehrend, veröffentlichte 1963 in der Wochenzeitung *Die Zeit* einen Artikel mit dem Titel »Bewältigte Vergangenheit?«. Die Redaktion schrieb dazu in einem Einleitungstext: »Zur Veröffentlichung seiner Fragen haben wir uns nach einigem Zögern entschlossen. Die Gefahren liegen auf der Hand.« In seinem nachdenklichen und stilistisch eleganten Artikel stellte Hofstätter die Frage nach dem Sinn der fortgesetzten »Vergangenheitsbewältigung«. Aktueller Anlaß war die Ankündigung der Generalstaatsanwaltschaft, daß bei der Verfolgung von NS-Verbrechen »noch sehr viel auf uns zukommen« werde. Hofstätter: »Bei den Prozessen gegen Angehörige sogenannter Einsatzkommandos und gegen KZ-Wächter wird es vermutlich Zuchthausstrafen in der Gesamtlänge von einigen hundert oder tausend Jahren geben. Und dann? Wird uns danach der Gedanke an Auschwitz leichter sein? (...) Persönlich neige ich allerdings dazu, einen Akt des Staates zu befürworten, der zwar die Schuld der Täter nicht tilgt, aber auf deren Bestrafung verzichtet. Die Täter werden sich vor Gott zu verantworten haben. Uns aber geziemt ein Bekenntnis zur unbewältigbaren Vergangenheit.« Hofstätter plädierte für eine Generalamnestie. Führende Intellektuelle empörten sich nicht nur gegen Hofstätter, sondern gegen alle, die ihm zur Seite sprangen. Hervor taten sich der jüdische Publizist Karl Marx, der die entscheidenden Anstöße für Entschädigungsverhandlungen zwischen der BRD und Israel geliefert hatte, sowie der Künstler Arie Goral alias Walter Sternheim, der Anzeige gegen Hofstätter erstattete. Hofstätters publizistische Stimme verstummte fortan weitgehend. Armin Mohler befand noch 1987, die Hofstätter-Affäre sei ein Signal gewesen, das die westdeutsche Professorenschaft sehr gut »verstanden« habe. (EK)

»HOLOCAUST« (TV-SERIE)

Die Liste der Holocaust-Filme ist lang. Auf Wikipedia, wo nur eine unvollständige Auswahl aufgeführt wird, lassen sich rund 50 Dokumentarfilme, 100 Spielfilme und sieben Serien finden. Der 1945 produzierte Film *Die Todesmühlen* wurde in Deutschland unter Aufsicht von US-Offizieren vielfach einem Publikum gezeigt, das in Erwartung anderer angekündigter Spielfilme die Kinos besuchte. 1979 strahlte der WDR den in den USA produzierten Vierteiler *Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss* aus. Darin durchleben die Mitglieder einer fiktiven, in Berlin lebenden jüdischen Familie Diffamierung, Verfolgung und die Internierung in verschiedene Konzentrationslager. An den vier Ausstrahlungstagen sahen je zwischen zehn und 15 Millionen deutsche Zuschauer die Folgen. Nahezu die Hälfte der erwachsenen westdeutschen Bevölkerung hatte wenigstens einen Teil der Sen-

dung gesehen. Den vierten Teil schauten 15 Prozent aller Kinder zwischen acht und 13 Jahren an. Die Serie erhielt acht Emmys (darunter einen für das »beste Kostümdesign«), der WDR wurde für die Ausstrahlung mit dem Deutschen Kritikerpreis ausgezeichnet. *Holocaust* geriet zum vieldiskutierten Medienereignis.



Unter Führung des Rechtsterroristen Peter Naumann waren zum Zeitpunkt der Ausstrahlung zwei Sendemasten gesprengt worden, was dazu führte, daß einige Hunderttausend Zuschauer kein Bild empfangen konnten. Befürworter der Ausstrahlung lobten, daß die polarisierende Erzählstrategie (es gibt keine Grauzonen, »Mitläufer« kommen nur am Rande vor) »uns auf die Seite der Opfer« gebracht habe und »uns die Mörder fürchten« lehrt (Peter Märthesheimer, der mit Ivo Frenzel bei rororo 1979 einen umfangreichen Verkaufsschlager, *Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm Holocaust. Eine Nation ist betroffen*, herausgab). Demgegenüber stand die Ansicht vieler Kritiker, daß ein solches Thema unter fernsehspielästhetischen Prämissen von Trivialität und Konventionalität undarstellbar sei. Elie Wiesel bemängelte, der Film sei eine aus kommerziellem Kalkül produzierte »Seifenoper«. Die Bundeszentrale für politische Bildung flankierte die Serie. Allein per Post gingen dort unmittelbar nach der Sendung rund 50000 Anfragen nach weiterem Informationsmaterial ein. Die Fernsehserie setzte nicht nur den Begriff »Holocaust« durch, sondern markierte eine medien- und erinnerungsgeschichtliche Zäsur. Ihr wird als Wirkung zugeschrieben, daß der Bundestag 1979 die Verjährungsfrist für Mord aufhob. Im gleichen Jahr kürte die Gesellschaft für deutsche Sprache den Begriff »Holocaust« zum Wort des Jahres. (EK)

BEFREIUNG

Um den 40. Jahrestag des Kriegsendes wurden eine Geste und eine Rede kontrovers diskutiert. Am 5. Mai 1985 legte Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit dem (wie Kohl von linken Intellektuellen heftig angefeindeten) republikanischen US-Präsidenten Ronald Reagan einen

Kranz an der Kriegsgräberstätte Bitburg nieder. Dort sind neben Wehrmachtsangehörigen auch 43 Soldaten der Waffen-SS beigesetzt. Der Vorwurf, die BRD und der US-Präsident ehrten SS-Mitglieder, wurde sowohl für den Kalten Krieg zwischen Ostblock und Westmächten instrumentalisiert als auch für die These, Kohl betreibe Geschichtsrevisionismus. Unbeachtet blieb, daß der Kanzler zwei Wochen zuvor in Bergen-Belsen eine Ansprache gehalten hatte, in der er den »Zusammenbruch der NS-Diktatur am 8. Mai 1945« als »Tag der Befreiung« bezeichnet hatte. Weizsäckers Rede vom 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag hingegen wurde (wenigstens medial) fast einhellig bejubelt. Kernstück war wiederum die Aussage, daß das Kriegsende für die Deutschen kein Tag der Niederlage, sondern ein »Tag der Befreiung« gewesen sei. Daß für zwölf Millionen deutsche Soldaten in Gefangenschaft, für hunderttausende zivile Zwangsarbeiter, über zwei Millionen mit dem Leben, weitere 16 Millionen mit dem Verlust ihrer Heimat bezahlende Deutsche und für rund zwei Millionen vergewaltigte Frauen der 8. Mai keineswegs unter dem Signum der Befreiung gestanden hatte – unter diese Erinnerung hatte Weizsäckers »Befreiungsrede« einen Schlußstrich gezogen. Weizsäckers Pressesprecher, der CDU-Linke Friedbert Pflüger, hat mehrfach erwähnt, daß der Präsident ursprünglich geplant hatte, in seiner Rede eine Begnadigung für Rudolf Heß zu fordern. Unter Hinweis auf die Bitburg-Kontroverse habe Pflüger Weizsäcker dazu gebracht, diesen Redeteil zu unterlassen. Wenige Monate nach der im Ausland einhellig begrüßten Rede wurde der Bundespräsident als erstes deutsches Staatsoberhaupt zu einem Besuch nach Israel eingeladen. (EK)

VOLKSVERHETZUNG (§ 130 StGB)

In seinem Beschluß vom 13. April 1994 stellte das Bundesverfassungsgericht bezogen auf eine NPD-Veranstaltung mit David Irving von 1991 fest, daß die sogenannte Holocaustleugnung als »unwahre Tatsachenbehauptung« nicht unter den Schutz der Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG falle. Der in seiner klassischen Form seit 1871 bestehende (und 1960 neu gefaßte) Volksverhetzungsparagraph 130 StGB wurde auf dieser Grundlage im Oktober 1994 um den Absatz 3 (das sogenannte Auschwitzgesetz) ergänzt, wonach »wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art [d.i. Völkermord] in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost« der Strafverfolgung unterliegt. Das Bestreiten der nationalsozialistischen Judenvernichtung, bereits seit 1979 als Beleidigung strafbar, ist seitdem als eine Sonderform der Volksverhetzung mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe belegt. Während seither mehrere europäische Staaten eigene derartige Gesetze eingeführt haben, bleibt die Verfolgung »von Amts wegen« (also ohne zuvor ge-

stellte Anzeige) ein Alleinstellungsmerkmal von Deutschland und Österreich.

Am 1. April 2005 folgte die Ergänzung des Paragraphen durch einen weiteren Absatz: »Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.« Hintergrund waren die jährlich stattfindenden Rudolf Heß-Gedenkmärsche in Wunsiedel, die sich zunehmender Beliebtheit erfreuten und die nach geltender Rechtslage nicht verboten werden konnten. Da der neue Absatz als ein dem Grundgesetz widersprechendes Sondergesetz gegen eine weltanschauliche Gruppe verstanden werden konnte, kam es zur Verfassungsbeschwerde, die vom BVerfG mit der Begründung abgewiesen wurde, es handele sich lediglich um eine Sonderbestimmung (und kein allgemeines Gesetz), die der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit nicht entgegenstehe, weil die Bundesrepublik als Gegenentwurf zum Nationalsozialismus zu verstehen sei.

Prominentes Beispiel für die rigorose Anwendung des § 130 StGB ist die Verfolgung des ehemaligen Rechtsanwalts Horst Mahler (geb. 1936), der in mehreren Prozessen wegen Volksverhetzung zu insgesamt zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde und sich seit dem 25. Februar 2009 in Haft befindet. (NW)

WEHRMACHTSAUSSTELLUNG

Die sogenannte Wehrmachtsausstellung (offizieller Titel: »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«) wurde im März 1995 in Hamburg eröffnet und tourte bis Ende 1999 durch 24 Städte. Die inhaltliche Federführung der Ausstellung lag in den Händen des altlinken Historikers Hannes Heer, Finanzier war der Tabakmillionär Jan Philipp Reemtsma. Eröffnungsreden in den jeweiligen Städten hielten



prominente Künstler, Wissenschaftler und Politiker wie Johannes Mario Simmel, Iring Fetscher und Hans-Jochen Vogel. Erklärtes pädagogisches Ziel der Wanderausstellung war die Beseitigung der »Legende von der sauberen Wehrmacht«. Über unkommentierten Photographien standen Titel wie »Judenquälen«, »Gnickschüsse« und »Deportationen«. Nicht nur

die SS, so sollte der Besucher folgern, sondern auch die »einfachen Wehrmachtssoldaten« hätten sich eifrig an der Mordmaschinerie beteiligt. Sehr bald jedoch wurde Kritik an der Vorgehensweise der Kuratoren geäußert. Medien (FAZ: Ausstellung sei ein »Pamphlet«), Politiker (vor allem aus CDU/CSU) und zahlreiche Wissenschaftler hielten Herangehensweise und Inhalt für verfehlt. Kritisiert wurde die Vermischung von plakativer Anklage mit der Faktenlage, falsche und fehlende Herkunftsangaben von Photographien, überhaupt die mangelhafte historische Einordnung. Auch ausländische Historiker beklagten manipulative und konkret fehlerhafte Zuordnungen von Photos. Der in Polen geborene Historiker Bogdan Musiał wies darauf hin, daß auf einigen Bildern nicht deutsche, sondern sowjetische Soldaten zu sehen seien, und zahlreiche weitere Fotos zwar Kriegshandlungen, aber keine Verbrechen zeigten. Eine von Reemtsma selbst eingesetzte Historikerkommission urteilte 2000: »Die Ausstellung argumentiert teilweise zu pauschal und unzulässig verallgemeinernd.« Rund 900 000 Bürger hatten bis dahin die Ausstellung besucht. Ulrich Raulff lobte in der FAZ diese »erfolgreichste politische Ausstellung der Bundesrepublik. Als solche hat sie Bewußtseinsstatsachen geschaffen«. Eine überarbeitete Version der Ausstellung wurde von 2001 bis 2004 gezeigt, sie erreichte rund 450 000 Besucher. (EK)

AUSCHWITZ-GEDENKTAG

Unter Bundespräsident Roman Herzog wurde 1996 der 27. Januar – mit Bezug auf das Datum, an dem die Rote Armee Auschwitz einnahm – zum bundesweiten, gesetzlich verankerten Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Die deutschen Kriegsoffer und die Opfer von Flucht, Vertreibung und Verschleppung stellte Herzog in seiner proklamierenden Rede ausdrücklich außerhalb des Tagesrahmens: »Deren erinnern wir uns seit langen Jahren am Volkstrauertag, und dabei soll es bleiben.« In der Bundesrepublik wird seither am 27. Januar an öffentlichen Gebäuden Trauerbeflaggung gesetzt. Im Hintergrund federführend hatte eine internationale »Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research« gewirkt. Ziel der Gruppierung war, in möglichst vielen Ländern eine holocaustbezogene Erinnerungskultur im politischen, pädagogischen und wissenschaftlichen Bereich zu etablieren und so auch »auf zeitgenössische« Probleme zu verweisen. 2005 erklärten die Vereinten Nationen den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Der Präsident der UN-Generalversammlung betonte dabei, daß der Holocaust weltweit als »Wendepunkt der Geschichte« zu begreifen sei. Josef Schuster, heute Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, beklagte 2008, daß dieser Gedenktag nicht genug in der Bevölkerung verankert sei. Beispielsweise hätten »tausende Närrinnen und Narren« in München an diesem Tag einen Faschingsum-

zug durchgeführt. Israel gedenkt an einem anderen Tag – Jom haScho’a – der Opfer. (EK)

DEUTSCHER ANTISEMITISMUS

In seinem 1996 erschienen Buch *Hitlers willige Vollstrecker* ging der amerikanische Politikwissenschaftler Daniel Jonah Goldhagen von einem grundlegenden »eliminatorischen Antisemitismus« der Deutschen aus. Ohne die Bereitschaft Hunderttausender Deutscher, die am Genozid direkt teilgenommen oder ihn auf andere Weise unterstützt haben, hätte die Vernichtung der europäischen Juden nicht derart reibungslos vonstatten gehen können. Goldhagen wollte den Holocaust nicht den Nationalsozialisten, sondern allen Deutschen angelastet sehen, behauptete aber gleichzeitig, er gehe dennoch nicht von einer Kollektivschuld aus. Er arbeitete stark mit Suggestivfragen (»Die Deutschen mordeten, kann man sich vorstellen, daß die Italiener oder die Dänen so gehandelt hätten?«) und hatte sein Buch an Rezeptionsgewohnheiten des modernen »Medienpublikums« angepaßt. Sowohl in den USA als auch in Deutschland wurde das Buch ein Verkaufsschlager mit je sechstelliger Auflage. In der Mediendebatte stellten sich zahlreiche Publizisten auf Goldhagens Seite, in der Fachwissenschaft wurde (mit Ausnahme Wolfgang Wippermanns) das Werk einhellig kritisiert. Angeführt wurde unter anderem, daß es außerhalb Deutschlands ähnliche und teils größere antisemitische Strömungen gegeben habe, die Entfaltungs- und Karrieremöglichkeiten von Juden bereits in Preußen wurden genannt. Die Historiker Norman Finkelstein, Ruth B. Birn und Christopher Browning widerlegten in eigenen Büchern Goldhagens zentrale Thesen.

Zu den erstaunlichen Tiefen- und Spätwirkungen der Goldhagen-Kontroverse zählte ein Skandal um die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Dort hatte man in der hauseigenen Schriftenreihe *Deutschland Archiv* den Aufsatz des Historikers Konrad Löw »Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte« abgedruckt. Darin zählte der Professor Beispiele auf, in denen Deutsche Juden halfen, und leitete daraus ab, die Mehrheit der Deutschen sei zur Zeit des NS-Regimes nicht antisemitisch eingestellt gewesen. Es habe sogar eine »deutsch-jüdische Symbiose unter dem Hakenkreuz« gegeben. Unter anderem befeuert durch eine scharfe Einlassung des *Welt*-Redakteurs Sven Felix Kellerhoff rückte die BpB von Löw ab und entschuldigte sich bei Tausenden Abonnenten für Löws Beitrag. 2010 ermahnte das Bundesverfassungsgericht auf Löws Klage wegen Rufschädigung hin die BpB zu »mehr Ausgewogenheit und rechtsstaatlicher Distanz«. Man habe Löw zu Unrecht als Autor hingestellt, mit dem eine Auseinandersetzung nicht mehr möglich sei und der nur noch »makuliert« werden könne. (EK)

DAUERPRÄSENTATION DER SCHANDE

Im Oktober 1998 wurde dem Schriftsteller Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ver-

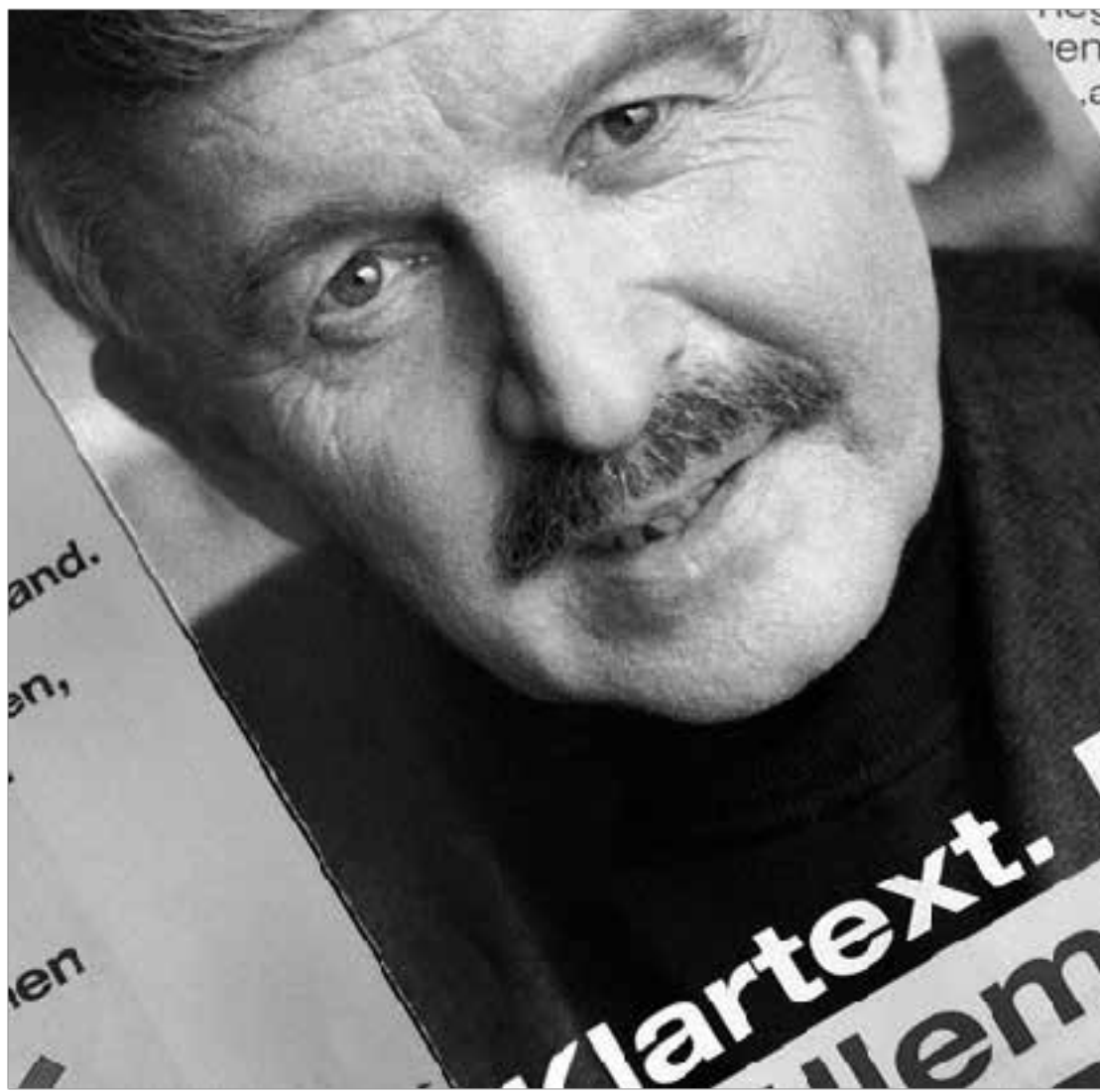
liehen. Eine längere Passage seiner Dankesrede (Überschrift: »Die Banalität des Guten«) sorgte in den kommenden Wochen für heftige Debatten, allerdings erst, nachdem Ignatz Bubis, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, diese Worte »geistige Brandstiftung« genannt hatte. Walser war kurz zuvor vom Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki angegriffen worden, der beklagte, daß Walsers aktuelles Buch *Ein springender Brunnen*, das in der Zeit des Nationalsozialismus spielte, keinen Hinweis auf Auschwitz enthalte. Walser antwortete indirekt in seiner Rede: »Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. (...) Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. Was durch Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität des Lippengebets. Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk, eine ganz gewöhnliche Gesellschaft?«.

Klaus von Dohnanyi stellte sich hinter Walser. Es handle sich um die »Klage eines Deutschen [...] über den allzu häufigen Versuch anderer, aus unserem Gewissen eigene Vorteile zu schlagen.« Dohnanyis Bemerkung, »auch die jüdischen Bürger in Deutschland« müßten sich fragen lassen, »ob sie sich so sehr viel tapferer verhalten hätten, wenn nach 1933 »nur« die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären«, nannte Bubis »böseartig«. Auch der Altphilologe Manfred Fuhrmann nahm Walser in Schutz: »Ich habe, nachdem Walser seine Rede beendet hatte, wie alle anderen Zuhörer applaudiert. Zwei Tage danach erfahre ich, daß mein Applaus einer geistigen Brandstiftung gegolten hat«. Der Schriftsteller Peter Schneider (der zuletzt mit seiner Kollegin Monika Maron als PEGIDA-Versteher Aufsehen erregte) kritisierte Bubis: »Hier hat er sich, finde ich, vergriffen. Ich halte es im Gegenteil für völlig legitim, daß Walser in seiner Rede vor der Gefahr einer Ritualisierung der Trauer warnt«. Zahlreiche andere Kommentatoren und Schriftsteller wie Elie Wiesel, Salomon Korn und Reich-Ranicki warfen Walser hingegen vor, »versagt« zu haben und einem »beleidigten Nationalgefühl« die Stimme geben zu haben. »Moralkeule« wurde daraufhin zum »Unwort des Jahres«. Im Jahr 2002 sah sich Walser wegen seines neuen Buchs *Tod eines Kritikers* erneut Antisemitismusvorwürfen ausgesetzt. Im Buch ging es um einen (vorgetäuschten) Mord an einem jüdischen Literaturkritiker. (EK)

ISRAELKRITIK

Der FDP-Politiker Jürgen Möllemann war zeitweise Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bundesminister und Vizekanzler, seit 1981 war er mit kurzen Unterbrechungen zudem Präsident der

Deutsch-Arabischen Gesellschaft. Im Jahr 2000 hatte er die FDP in NRW zu einem vielbeachteten Erfolg (9,8 Prozent) geführt. 2002 hatte sich der grüne Landtagsabgeordnete Jamal Karsli nach einem israelischen Angriff auf ein palästinensisches Dorf über die Politik Israels erregt und den Ministerpräsidenten Scharon öffentlich des Führens eines »Vernichtungskriegs« bezichtigt. In der Aufregung über diese Äußerungen stellte Möllemann sich hinter Karsli. Letzterer trat aus seiner Partei aus und zur FDP über. Sämtliche Großmedien und tonangebende Lobbyverbände kritisierten Möllemann aufs schärfste. Möllemann dazu im Mai 2002 im ZDF: »Wer Ariel Scharon kritisiert, wird von bestimmten Leuten in Deutschland in die Ecke des Antisemitismus gestellt. Das verbitte ich mir auf das schärfste. Ich fürchte, daß kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland gibt, leider, die wir bekämpfen müssen, mehr Zulauf verschafft hat als Herr Scharon und in Deutschland ein Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art. Das geht so nicht, man muß in Deutschland Kritik an der Politik Scharons üben dürfen, ohne in diese Ecke geschoben zu werden.« Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich Parteichef Westerwelle vor seinen Vertreter gestellt – dann ruderte er zurück. In seinem im Juni 2003 erschienen Buch *Klartext. Für Deutschland* schrieb Möllemann, Westerwelle habe ihm gestanden, daß während seiner Israelreise ein Mann vom israel-



lischen Geheimdienst Mossad Möllemanns »politischen Kopf« gefordert habe. Möllemann gab klein bei und entschuldigte sich für »mißverständliche Äußerungen« – um im Herbst 2002, ermutigt durch angeblich 50000 zustimmende Zuschriften, nachzulegen: Er ließ in achtmillionenfacher Auflage ein Flugblatt an Haushalte in NRW verteilen, in dem er Michel Friedman (damals Vizechef des Zentralrats der Juden in Deutschland) und abermals Scharon kritisierte. Westerwelle warf Möllemann vor, er habe die FDP in eine rechtspopulistische Partei verwandeln wollen. Daraufhin drohte Möllemann mit der Neugründung einer Partei, die den »Tod der FDP« bedeuten würde. Die Finanzierung der Flugblätter blieb unklar, die Staatsanwaltschaft

ermittelte wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung. Im Juni 2003 wurde Möllemanns Immunität aufgehoben. Am gleichen Tag stürzte der passionierte Fallschirmspringer bei einem Sprung in den Tod. Ein Abschiedsbrief wurde nicht gefunden, gleichwohl gilt Suizid als Todesursache. (EK)

DRESDEN

Im November 2004 berief der Dresdner Oberbürgermeister eine Historikerkommission, die eine gültige Opferzahl für die alliierten Luftangriffe auf die Stadt in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 ermitteln sollte. Hintergrund war die anhaltende Debatte über die Opferzahlen (die Angaben schwanken zwischen 25000 und 250000 Bombentoten), und die behauptete Instrumentalisierung dieser Zahlen durch »Rechtsextremisten«. Der Angriff auf Dresden gilt bis heute als ein herausragendes Beispiel für den Bombenterror, mit dem die Alliierten im Zweiten Weltkrieg deutsche Städte überzogen, ohne daß es dafür einen kriegswichtigen Grund gegeben hätte. Insofern ist der Angriff als Bruch des Kriegsvölkerrechts, das Terrorangriffe ausschließt, und somit als alliiertes Kriegsverbrechen zu werten. Bereits unmittelbar nach dem Angriff beginnt die Reihe unterschiedlicher Opferzahlen, die nicht zuletzt deshalb so schwer zu ermitteln ist, weil Dresden zum Zeitpunkt des Angriffs voller Flüchtlinge aus dem Osten war. Seit Gerhart Hauptmanns Satz »Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens« ist die Vernichtung Dresdens emotional besonders aufgeladen. In der DDR war das Opfergedenken recht problemlos möglich, da dieses Verbrechen auf das Konto der Westalliierten ging. Nach der Wende mußte »Dresden« gemäß der Vorgaben der Vergangenheitsbewältigung als eine direkte Folge der deutschen Kriegsführung interpretiert werden, weshalb alle Versuche, ein eigenständiges Gedenken an die Opfer durchzuführen, als Instrumentalisierung diffamiert wurden. Seit Februar 2000 fand ein alljährlicher Trauermarsch des rechten und rechtsradikalen Spektrums stand, an dem bis zu 6500 Personen teilnahmen. Massive Mobilisierung seitens der Antifa unter Mithilfe der Dresdner Verwaltung führte dazu, daß der Marsch schließlich nur noch eingeschränkt stattfinden konnte. Besonderen Anstoß erregte die Bezeichnung des Angriffs als »Bombenholocaust« durch die Demonstranten. Diese Bezeichnung war nicht zuletzt auf Jörg Friedrichs *Der Brand* (2002) zurückzuführen, der Leiden und Tod der Zivilbevölkerung im Bombenkrieg mit drastischen Worten in Erinnerung rief. Friedrich selbst ging von 40000 Toten aus. Die Stadt Dresden nannte noch 1992 eine Zahl von 250000 Opfern, eine Kommission des Internationalen Roten Kreuzes hatte 1948 275000 Tote gezählt. Die Historikerkommission kam 2010 schließlich zu dem erwarteten Ergebnis, daß es in Dresden maximal 25000 Bombentote und keine Tieffliegerangriffe gegeben habe. (EL) ■

Vor dem Bücherschrank (VIII) – Deutsche Schriftsteller auf dem geschichtspolitischen Schlachtfeld

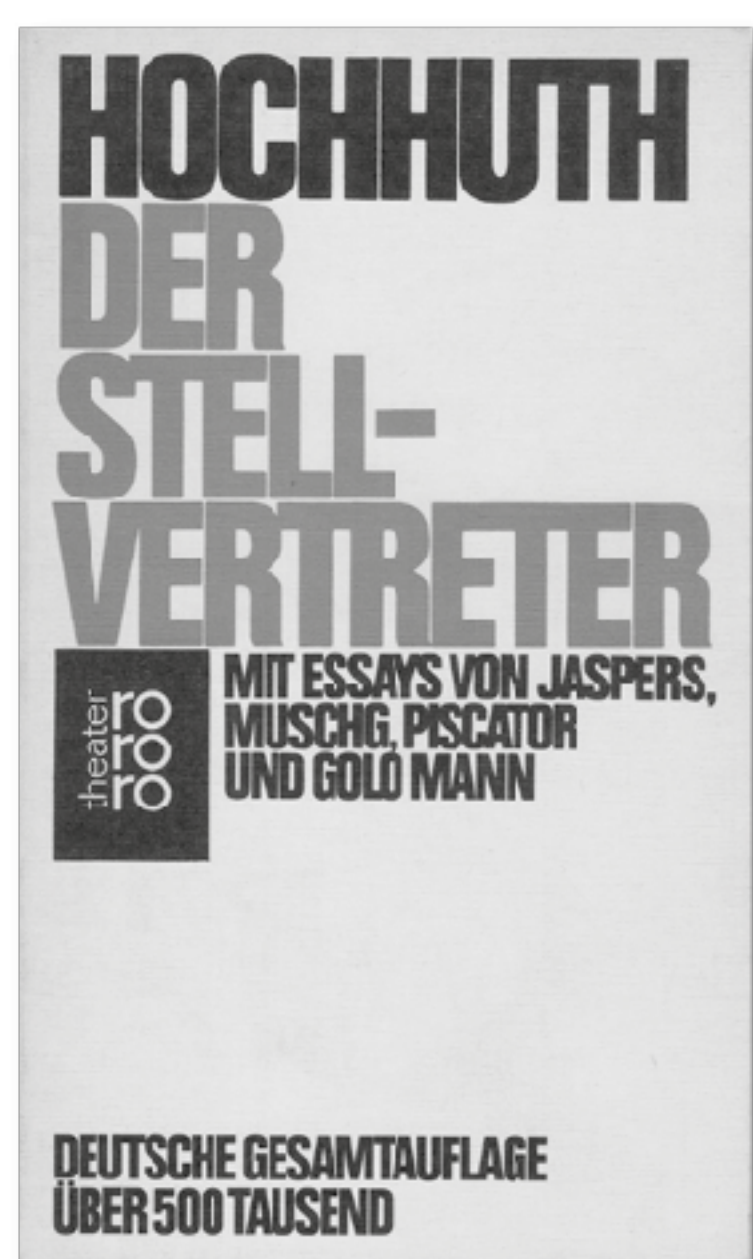
von Michael Rieger

Rolf Hochhuths *Der Stellvertreter – Ein christliches Trauerspiel* wurde 1963 von Erwin Piscator uraufgeführt, einem der bedeutendsten Regisseure der Weimarer Zeit, KPD-Mitglied und Freund von Brecht. Damit stand das Stück in der Tradition des linken Theaters der 1920er Jahre. Wegen seines dokumentarischen Charakters und seiner unmittelbaren politischen Intention gehört es zugleich zur Vorgeschichte von 1968. Aber das Aufführungsjahr rückt es auch in direkte Nähe zum Zweiten Vatikanischen Konzil (1962 bis 1965). Während man in aller Welt den Verlauf des Konzils verfolgte – die Abkehr von traditionellen Grundsätzen, die bis 1958, bis zum Tod von Pius XII. gültig waren – stellte Hochhuths Stück einen posthumen Frontalangriff auf diesen Papst und auf die vorkonziliare Kirche dar.

Im Stück versuchen der SS-Obersturmführer Kurt Gerstein und der Jesuit Riccardo Fontana, den Papst dazu zu bewegen, öffentlich gegen die Verfolgung und Vernichtung der Juden zu protestieren. Während der Deportation der römischen Juden finden nur wenige Asyl in einem Kloster. Seinem Vater gegenüber bezeichnet Riccardo den Papst daher als »Verbrecher«. Der ist aber nur dazu bereit, im Geheimen zu agieren. In der direkten Konfrontation klagt Riccardo, sich einen Davidstern anheftend, die Untätigkeit des Papstes an. Riccardo entschließt sich, nach Auschwitz zu gehen, um als Märtyrer ein Zeichen zu setzen, womit Hochhuth die Figur in die Nähe von Maximilian Kolbe rückt, dem das Stück gewidmet ist. Kurt Gerstein bemüht sich noch darum, den Jesuiten zu retten, was aber letztlich scheitert.

Daß es Hochhuth um die Diskreditierung von Pius XII. ging, wird in der Schlußpassage deutlich. Zunächst wird aus einem Schreiben des SS-Offiziers und deutschen Botschafters beim Heiligen Stuhl, Ernst von Weizsäcker, Vater Richard von Weizsäckers, vom 28. Oktober 1943 zitiert: Nach der sogenannten Judenrazia hat sich der Papst »zu keiner demonstrativen Äußerung gegen den Abtransport der Juden [...] hinreißen lassen«. Er habe »auch in dieser heiklen Frage alles getan, um das Verhältnis zu der deutschen Regierung [...] nicht zu belasten«. Darauf folgt eine Stimme aus dem Off: »So ar-

beiteten die Gaskammern noch ein volles Jahr. Erst im Sommer 1944 erreichte die sogenannte Tagesquote der Ermordungen ihren Höhepunkt. Am 26. November ließ Himmler die Krematorien sprengen. Zwei Monate später wurden die letzten Häftlinge in Auschwitz durch russische [sprich sowjetische] Soldaten befreit.« Laut Bühnenanweisung sehen die Zuschauer »nur das tote Mädchen (...) nahe der Rampe.«



Das Schlußbild soll hängenbleiben: Dokument, Kommentar, totes Mädchen. Die Verknüpfung suggeriert Kausalität. Weil Pius XII. nicht protestiert hat, konnte die Vernichtung der Juden ungehindert gesteigert werden. Er hat den Holocaust durch sein Schweigen begünstigt.

Die Wirklichkeit ist komplexer. Nach dem Protest der holländischen Bischöfe im Sommer 1942 wurden 250 Katholiken jüdischer Herkunft interniert, die Hälfte von ihnen deportiert. Auch wenn sich Pius XII. über die Zahl der Opfer täuschte, nahm er den öffentlichen Protest als Debakel war. Zudem hatte Ernst von Weizsäcker Kardinalstaatssekretär Maglione im Oktober 1943 vor einer öffentlichen Intervention des Papstes gewarnt, da die fanatischen Kräfte im Nationalsozialismus so nur bestärkt würden. Pius XII. hatte also gute Gründe anzunehmen,

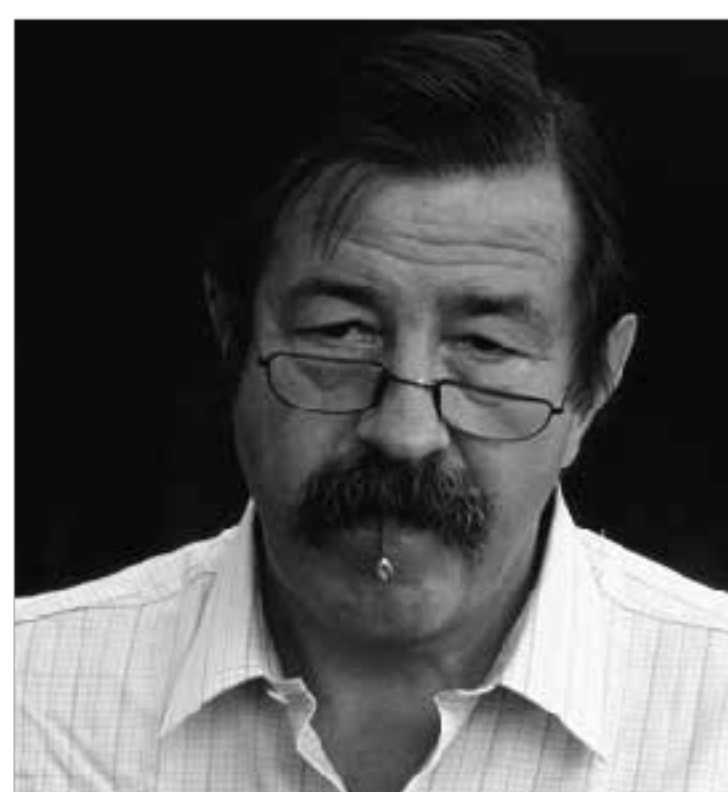
daß sein öffentlicher Protest die Situation hätte eskalieren lassen.

Daher ging er einen anderen Weg, der unter anderem von Anna Foa und Dominik Burkard rekonstruiert wurde. Nach der »Judenrazia« vom 16. Oktober 1943, bei der die SS in Rom etwa 1300 Juden inhaftiert hatte, sorgte Pius XII. dafür, daß sich die Juden in kirchlichen Einrichtungen, in etwa 150 Gebäuden verstecken konnten. Das alles vollzog sich im Stillen. Bis zum Abzug der deutschen Truppen im Juni 1944 konnten sich so 4500 Juden verstecken. Wo Hochhuth also Kausalität suggeriert – päpstliches Schweigen impliziert die Fortsetzung der Tötungen – übersieht er, daß der Papst, sich öffentlich zurückhaltend, die Rettung der Juden in Rom betrieb.

tatsächlich Geschichte geschrieben, und das ist das wahre christliche Trauerspiel.

1998 erschien Martin Walsers Roman *Ein springender Brunnen*. Der Titel zitiert Nietzsches Nachtlied aus dem *Zarathustra*. »Nacht ist es: nun reden lauter alle springenden Brunnen. Und auch / meine Seele ist ein springender Brunnen.« Die springenden Brunnen reden. Wenn man ihnen lauscht, kann man auch die Seele hören. Der Roman schließt mit dem Satz: »Die Sprache ist ein springender Brunnen.« Die Sprache also, die Literatur ist der springende Brunnen, der Auskunft über die Seele gibt.

In diesem Sinn erzählt Walser von der seelischen Entwicklung seiner Hauptfigur Johann, in der Walser, die autobiographischen Hinweise



von links: Rolf Hochhuth, Martin Walser, Günter Grass

Hochhuth unterstellt Pius hingegen ganz andere Interessen. Riccardo bezeichnet »Petri Nachfolger als größten Aktionär der Welt«. Bei seinem ersten Auftritt sieht man den Papst »von brennender Sorge um Unsere Fabriken erfüllt«. In Kriegszeiten bangt er nicht um das Schicksal der Juden, sondern um die Betriebe, an denen der Vatikan finanziell beteiligt ist. Hochhuths raffinierte Formulierung spielt auf die berühmte Enzyklika *Mit brennender Sorge* an, 1937 von Pius XI. veröffentlicht, aber maßgeblich von Eugenio Pacelli (also Pius XII.) verfaßt. Bei Hochhuth gilt Pius' Sorge jedoch nicht den Gefahren des Nationalsozialismus, sondern den Wirtschaftsinteressen des Vatikans. Daß sich Pius XII. schon Jahre zuvor eindeutig positioniert hatte, wird von Hochhuth nur persifliert. Sonst immer kühl, wird Pius plötzlich »freundlich, intim«, wenn die Rede auf Geld kommt. Hochhuth ist eine schmierige Darstellung gelungen, die argumentativ an die DDR-Geschichtsschreibung erinnert.

Obwohl keine Institution so vielen Juden das Leben gerettet hat wie die katholische Kirche, obwohl der Historiker Thomas Brechenmacher das Stück als »Geschichtsklitterung« bezeichnet hat, wirkt Hochhuths Bild von Pius XII. bis heute nach. Im kulturgeschichtlichen Kontext von 1968 trug das Stück zur Delegitimierung der kirchlichen Autorität und ihrer Überlieferung bei. Auf dem geschichtspolitischen Schlachtfeld hat sich Hochhuth blendend geschlagen. Er hat

sind eindeutig, seine eigene Kindheit und Jugend spiegelt. Die drei Teile des Romans entsprechen drei Stationen auf Johanns Lebensweg, in den Jahren 1932 und 1938 und abschließend vom Herbst 1944 bis Mitte 1945. Das Geschehen wird aus Johanns Perspektive erzählt, ohne daß seine Wahrnehmungen in ein größeres Bild eingefügt oder einsortiert würden. Das ist die poetische Strategie des Romans.

Da ist Wasserburg, bevölkert von einer Unzahl uriger Typen, da ist die Gastwirtschaft der Eltern, die Restauration, man ist knapp bei Kasse, der Vater läßt Johann komplizierte Wörter buchstabieren, Popocatépetl, Bhagavad-Gita, regt so die Phantasie des Fünfjährigen an. Da sind die »Hitlerleute«, die »Nazi-Sozi«, der Vater nennt Hitler eine Katastrophe, die Mutter tritt in die Partei ein, endlich hat man wieder etwas Geld, die Partei hält ihre Versammlungen jetzt in der Restauration ab. Da sind die »Dachauer« in ihren merkwürdigen Uniformen, der SA-Mann geht nicht mehr in die Kirche, Johanns Freund Adolf Brugger plappert die Sätze des Vaters nach, eines Parteisolddaten, Johann schreibt Gedichte, weil er sich verliebt hat. 1944 erhält Johann seinen Stellungsbefehl, da ist der ältere Bruder schon gefallen. Doch bevor es richtig ernst wird, ist der Krieg aus, Johann kann nach Hause gehen.

Es ist ein Roman über das Erwachsenwerden und das Finden der eigenen Sprache, einer authentischen Sprache – das letzte Kapitel trägt

denn auch die Überschrift »Prosa«. Es geht um die eigene Sprache, die nicht von anderen vorgeformt wird. Sie wird dann die Prosa des freien Schriftstellers.

Daran ist nichts Weltbewegendes. Der Dialekt, die Bilder aus der Provinz, das Erwachen des Schriftstellers. Aber das Buch fand sofort einen gewichtigen Kritiker. Im Sommer 1998 kritisierte Marcel Reich-Ranicki im »Literarischen Quartett«, daß Auschwitz im Buch nicht vorkomme. Wie aber verträgt sich Auschwitz mit der Perspektive des fünfjährigen, elfjährigen, 17jährigen Johann? Die Figur soll sich an etwas erinnern, was außerhalb ihres Gesichtskreises lag. Indem Reich-Ranicki komplett an der ästhetischen Strategie des Romans vorbeigegangen ist, wurde die geschichtspolitische Forderung in seiner »Literaturkritik« umso deutlicher erkennbar. Dem Autor wird mithin abgefordert, was und wie er zu schreiben hat.

Als Walser im nachfolgenden Oktober der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wurde, begab er sich in seiner Rede auf das geschichtspolitische Schlachtfeld. Man werfe ihm ein »schweres Versagen« vor, weil »in des Autors Buch Auschwitz nicht vorkomme«. Hier werde die Ästhetik dem Zeitgeist untergeordnet. Von seiner eigenen Situation ausgehend, analysierte Walser die in den Medien übliche Verarbeitung der deutschen Geschichte. Jene Intellektuellen und Publizisten, die ständig im »grausamen Erinnerungsdienst« arbeiten, entlasteten tendenziell sich selbst, während sie ihre Le-

nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. Was durch Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität des Lippengebets«. So zielten die folgenden Worte auf Reich-Ranicki: »Das möchte man den Meinungssoldaten entgegenhalten, wenn sie, mit vorgehaltener Moralpistole, den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen.« Im Roman *Ein springender Brunnen* hatte Johann, den Zeitumständen zum Trotz, seine eigene Sprache gefunden, und nun mußte sich sein Autor Walser gegen die Vorgaben tonangebender Instanzen wehren.

Während Walsers Rede insgesamt große Zustimmung fand, wurde sie vom damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, scharf kritisiert. Bubis sprach von einer »Schlußstrichmentalität« und »geistiger Brandstiftung«. Die Debatte mündete schließlich in ein persönliches, von der FAZ organisiertes Gespräch, in dem Bubis den Vorwurf der »geistigen Brandstiftung« zurücknahm.

Walser hat sich öffentlich geschlagen, weil er den Versuch, ihm zu diktieren, was in seinen Büchern zu stehen habe, als geschichtspolitischen Konformismus benannte und zurückwies. Zu lernen war und bleibt freilich die Bereitschaft, eine andere Perspektive, einen anderen Blick auszuhalten.

Der jüngst verstorbene Günter Grass fühlte sich wohl auf dem geschichtspolitischen Schlachtfeld. Über Jahrzehnte galt er als moralische Instanz, etwa durch seine Kritik an Kiesinger, Filbinger, Strauß oder Kohl. 1990 beharrte Grass auf der deutschen Teilung, die den Deutschen von der Geschichte »auferlegt« sei. Wenn es darum ging, die Vergangenheit, die nicht vergehen will, zu beschwören, war der Sozialdemokrat Grass zur Stelle.

Da mutete es geradezu grotesk an, als Grass 2006 seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS eingestand. Nicht diese fünfmonatige Episode des damals 17jährigen mußte ihm vorgeworfen werden, sondern die heuchlerische Art, mit der er über Jahrzehnte hinweg andere vom hohen Roß herab belehrt hatte, während er seine eigene Geschichte in Schweigen hüllte. Es war nur logisch, daß Henryk M. Broder Grass daraufhin als »erledigt« bezeichnete. Die geschichtspolitische Doppelmoral lag offen zutage, doch erledigt war Grass nicht: Bis zuletzt applaudierte ihm sein Publikum, ungerührt von jenem zum Himmel schreienden Widerspruch.

Publikum und Feuilleton flochten Grass bereits 2002 Kränze, weil er sich mit seiner Novelle *Im Krebsgang* – vermeintlich – dem Thema der Vertreibung angenommen, das brisante Thema »enttabuisiert« hatte, als hätte es, neben vielen anderen, die Romane von Arno Surminski, *Heimatismuseum* von Siegfried Lenz oder das *Echolot* von Walter Kempowski nie gegeben.

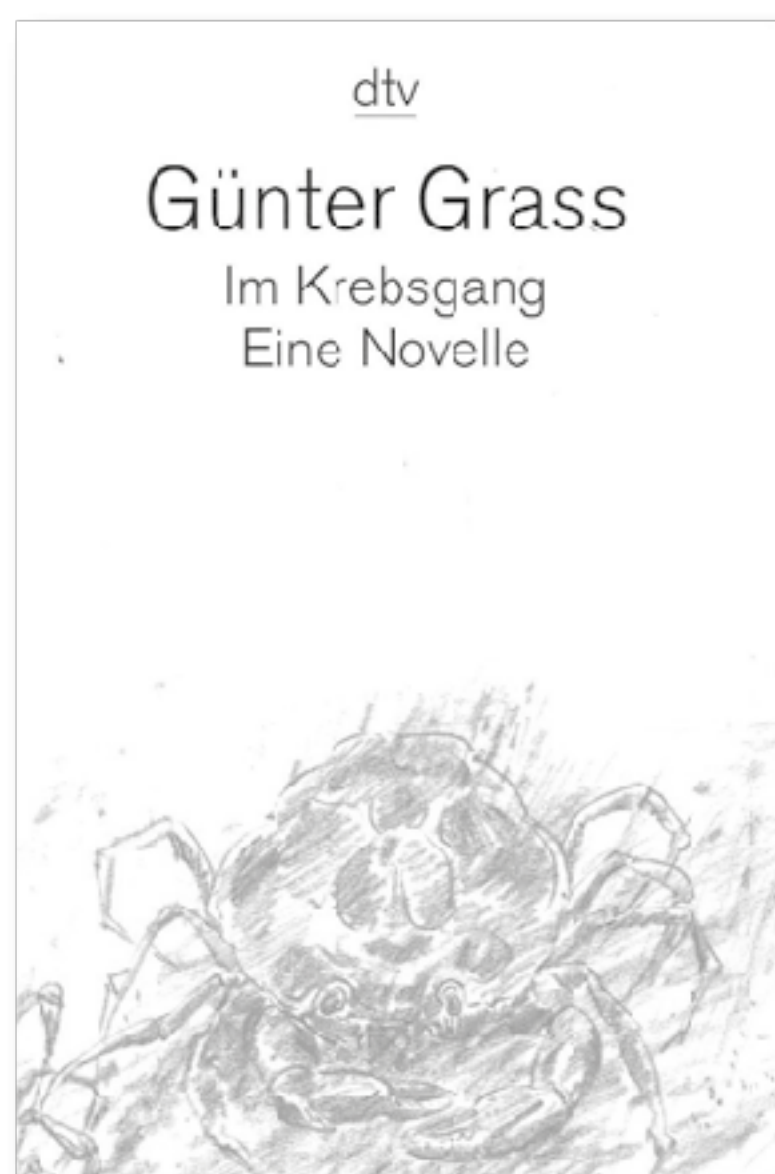
Worum geht es in dem Text? Nachdem der in Schwerin geborene Wilhelm Gustloff, Leiter der NSDAP-Auslandsorganisation in der



ser aber permanent anklagten. »[W]enn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen.« Das Motiv dieser Dauerpräsentation bestimmte Walser nicht im »Nichtvergessendürfen«, sondern in der »Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken« aus. Doch Auschwitz eigne »sich

Schweiz, im Februar 1936 von dem exilierten Juden David Frankfurter in Davos erschossen worden war, baute ihn die NS-Propaganda zum »Blutzeugen der Bewegung« auf. Das nach ihm benannte Schiff wurde im Rahmen der KdF-Urlaubsfahrten eingesetzt. Ab Ende 1940 lag die Gustloff vor Gotenhafen in der Danziger Bucht, als »schwimmende Kaserne«. Nachdem die Rote Armee die Ostfront durchbrochen hatte, strömten zahllose Flüchtlinge in Richtung Danzig. Auch die Gustloff sollte die Flüchtlinge evakuieren. Am 30. Januar 1945 lief das Schiff, mit vermutlich über 10000 Menschen an Bord, aus und wurde von einem sowjetischen U-Boot versenkt. Unter den 1252 Überlebenden war auch Tulla Pokriefke, die unter Schock ihrem Sohn Paul das Leben schenkte. Tulla floh dann mit ihrem kleinen Paul weiter nach Schwerin. Vor dem Mauerbau ging ihr Sohn Paul aber nach West-Berlin, wo er als Journalist arbeitete, heiratete und einen Sohn namens Konny bekam.

Diese Vorgeschichte wird auf das Jahr 1997 bezogen. Ein prominenter Schriftsteller, ein Alter ego von Günter Grass, bedauert es auf seine alten Tage, dem Thema Flucht und Vertreibung



keine Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Damit habe man nur rechtsextremene Verzerrungen ermöglicht. Als er den Journalisten Paul Pokriefke, Tullas Sohn, der ja in der Nacht der Versenkung der Gustloff auf die Welt gekommen ist, kennenlernt, beauftragt der »müdegeschriebene« Schriftsteller Pokriefke, über den Untergang zu schreiben. Während seiner Nachforschungen stößt Paul dann auf die Internetseite blutzeuge.de, in deren Forum der rechtsextreme »Wilhelm« und ein vorgeblicher Jude namens »David« diskutieren – Wilhelm Gustloff und David Frankfurter *reloaded*. Bei Wilhelm handelt es sich aber um niemand anderen als um Pauls eigenen Sohn Konny. Unter der Maske des virtuellen Wilhelm verabredet er sich mit David in Schwerin, wo er ihm den 1950 zerstörten Gedenkstein Wilhelm Gustloffs zeigt. David spuckt auf den Stein, woraufhin Wilhelm, also Konny, ihn erschießt und im Jugendgefängnis landet.

Die Geschichte wiederholt sich, mit umgekehrten Vorzeichen. Konny nimmt Rache für Wilhelm Gustloff und auch für die Versenkung der Wilhelm Gustloff, indem er einen virtuellen David Frankfurter tötet, der eigentlich Wolfgang hieß und mitnichten Jude war. Dieser aberwitzige Racheakt ist nur erklärlich, weil Günter Grass und seine Kollegen das Thema Flucht und Vertreibung zu lange »den Rechtsgestrickten« überlassen haben, wahlweise mag man an die Vertriebenenverbände oder Walter Kempowski denken, so daß es zu einem diffusen Motiv für die Aufwertung des Nationalsozialismus werden konnte.

»Das nagt an dem Alten. Eigentlich, sagt er, wäre es Aufgabe seiner Generation gewesen, dem Elend der ostpreußischen Flüchtlinge Ausdruck zu geben: den winterlichen Trecks gen Westen, dem Tod in Schneewehen, dem Verrecken am Straßenrand und in Eislöchern, sobald das gefrorene Frische Haff nach Bombenabwürfen und unter der Last der Pferdewagen zu brechen begann, und trotzdem von Heiligenbeil aus immer mehr Menschen aus Furcht vor russischer Rache über endlose Schneeflächen ... Flucht ... Der weiße Tod ... Niemals, sagt er, hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue in all den Jahren vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen. Dieses Versäumnis sei bodenlos.«

Ja, es wäre seine Aufgabe gewesen – aber Grass hat sie nicht wahrgenommen. Anstatt sich jetzt endlich dem Schicksal der Vertriebenen zuzuwenden, ihre verzweifelte Geschichte zu erzählen, verschwindet die Tragödie dahinter, daß Grass den Untergang der Gustloff nur als Stichwort für die schiefe Handlung um Konny nutzt. Helmuth Kiesel hat festgestellt, daß Grass dem »tausendfachen Tod« nicht viel mehr als eine Seite gewidmet habe und Grass' Eingeständnis, dem Erzähler könne es ohnehin nicht gelingen, »das tausendmalige Sterben (...) in der eisigen See in Worte zu fassen«, eine künstlerische Kapitulation darstelle.

In seiner »politisch korrekten Novelle« (NZZ) geht es Grass nicht um den Wahnsinn der Vertreibung. Vielmehr wird Konnys absurde Tat auch noch direkt auf den Einfluß der Großmutter, die selbst Opfer der Katastrophe war, zurückgeführt: Sie habe den Jungen »mit Flüchtlingsgeschichten, Greuelgeschichten, Vergewaltigungsgeschichten vollgepumpt«.

Hätte Grass also vorher über die Gustloff geschrieben, dann hätten wir heute keine Neonazis. Das ist das Thema der Novelle – und nicht, wie überall zu lesen, die Vertreibung der Deutschen. Grass habe, so noch einmal Helmuth Kiesel, »am Elend vorbeigeschrieben«.

Hochhuth, Grass, Walser: Letzterer hat sich einer volkspädagogischen Literatur verweigert. Die Literatur darf nicht »gegenwärtigen Zwecken« dienen, denn dann plappert sie, wie der kleine Adolf Brugger, nur das nach, was andere schon vorher auswendig gelernt haben. ■

100 Jahre nach Musa Dagh

von Konrad Gill

Im Juli 1915 begann die Belagerung des Musa Dagh. Das durch Franz Werfels halbdokumentarischen Roman *Die vierzig Tage des Musa Dagh* weithin bekannt gemachte Ereignis gibt Anlaß, an die Christenverfolgungen im Osmanischen Reich überhaupt zu erinnern. Der erfolgreiche Widerstand tausender Armenier gegen ihre Ermordung durch türkische Soldaten auf dem kilikischen »Mosesberg« und ihre Rettung durch französische Schiffe war nur eine Episode eines jahrzehntelangen Leidensweges.

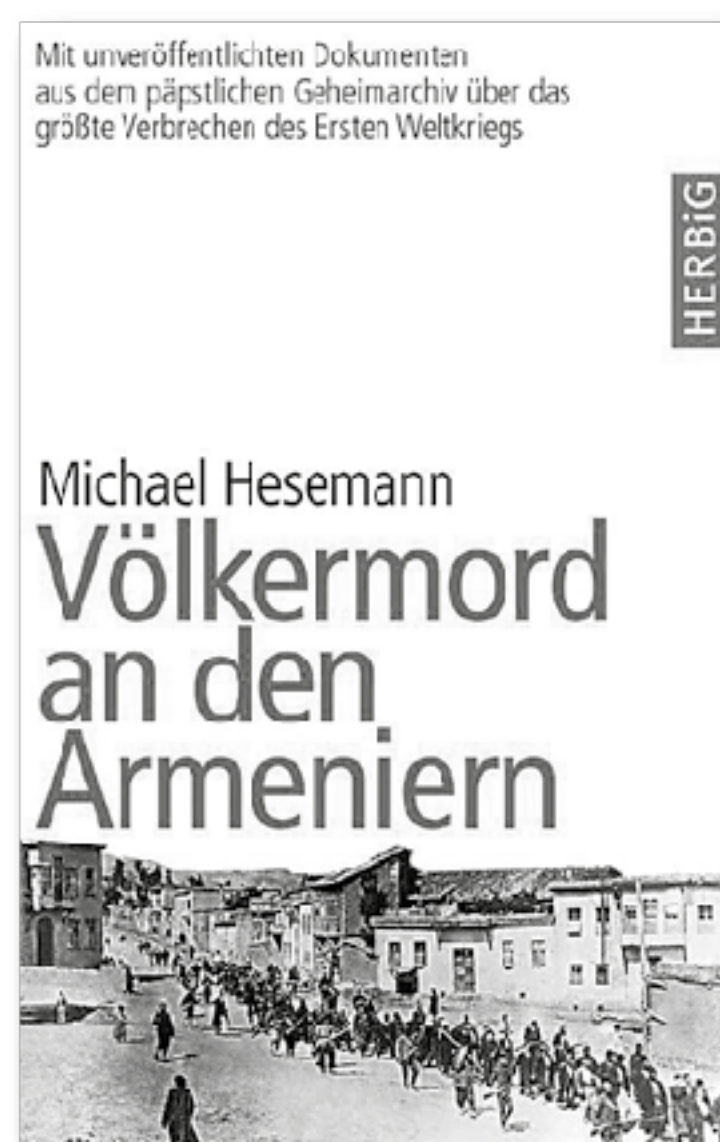
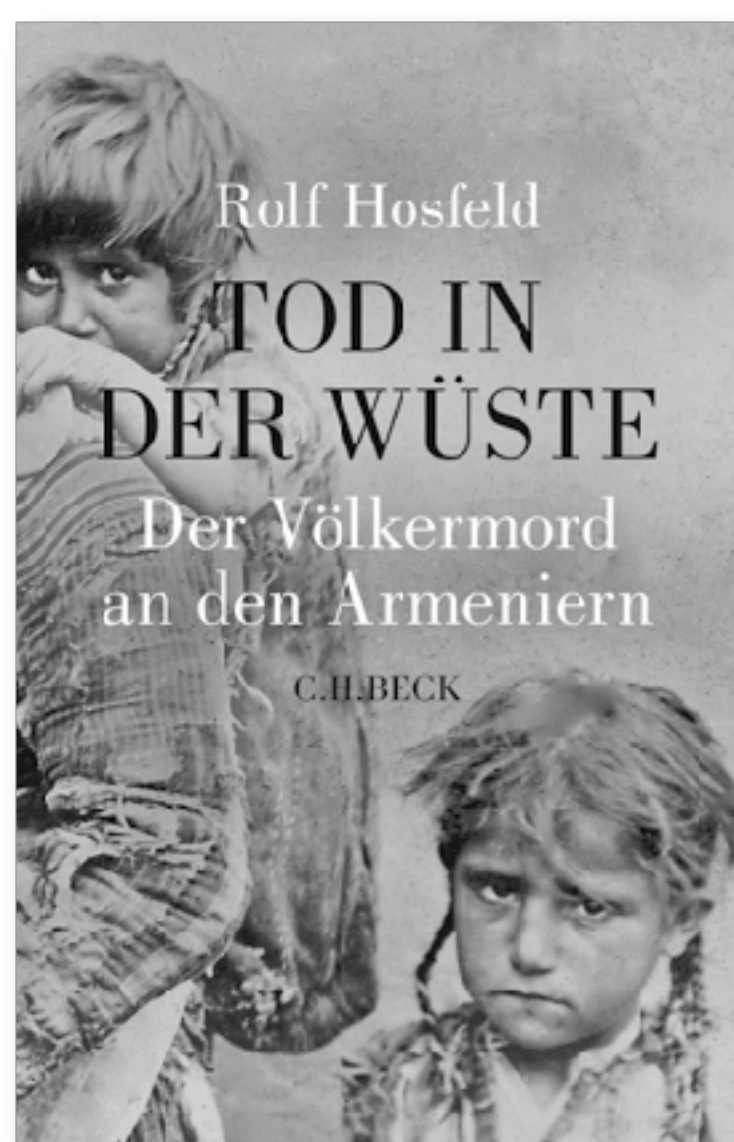
Die Verfolgung der im Osmanischen Reich siedelnden Armenier, Assyrer, Chaldäer und Griechen war die größte Christenverfolgung der Neuzeit. Zwischen 1875 und 1923 wurden zwischen 3,5 und 4,5 Mio. osmanische Christen ermordet, wovon mehr als die Hälfte Armenier waren. Die Tatsache dieses Jahrhundertverbrechens wurde in Deutschland trotz engagierter Fürsprache einzelner erst nach und nach bekannt; beweiskräftige Dokumente wurden teils erst in den letzten Jahren erschlossen. Daß der Genozid bis heute die Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien »belastet«, wie es so oft heißt, ist eine Untertreibung; die unaufgearbeitete Geschichte des Völkermordes war noch geistiger Hintergrund eines (Stellvertreter-)Krieges Anfang der 1990er Jahre. »An den armenischen Leichenfeldern wird die Türkei zugrunde gehen« schrieb Werfel; seine Prophezeiung hat sich nicht erfüllt. Schon die Verwendung des Begriffs »Völkermord« nennen offizielle und höchste türkische Stellen bis heute »Unsinn«, »inakzeptabel«, gar »rassistisch«. Ein »Jahrhundert der Verleugnung« nannte die *International New York Times* das kürzlich auf ihrer Titelseite. Daß auch auf »westlicher« Seite politische und geostrategische Kalküle eine Rolle spielen, dürfte sich von selbst verstehen, entlastet aber die Türkei nicht.

Den Kenner der hiesigen Zustände kann es nicht wundern, daß in den gegenwärtigen Debatten gerade eine deutsche »Schuld« an diesen Verbrechen betont wird, oft genug unter selektiver Faktenbetrachtung und eher aus politischen Motiven. Bereits 2010 erschien ein vielbeachteter, prominent besetzter Dokumentarfilm (Eric Friedler: *Aghet – Ein Völkermord*, 2010, 90 min.), der mit seiner Konzentration auf nachgesprochene Augenzeugenberichte recht authen-

tisch wirkte, aber mit den üblichen Stilmitteln (leise Geigenmusik im Hintergrund, Sprecher mit Grabesstimme usw.) die Klippen des Kitschvorwurfs auch nicht souverän zu umschiffen vermochte. Eine aktuelle Verfilmung (Fatih Akin: *The Cut*, 2014, 138 min.), durch Millionen Euro aus deutschen und europäischen Fördermitteln unterstützt, wurde von der Kritik – ungewöhnlich bei einem dramatischen Genozidstreifen – mit gemischten Urteilen bedacht.

Aktuell sind drei Bücher zum Thema erschienen. Klassisch an ein historisch interessiertes Publikum gebildeter Laien gerichtet ist die erste Darstellung (Rolf Hosfeld: *Tod in der Wüste. Der Völkermord an den Armeniern*, C. H. Beck 2015. 288 S., 24,95 €). Das Buch stellt in der gebotenen Ausführlichkeit, aber ohne weitschweifige Erörterungen alle wesentlichen Aspekte der Christenverfolgungen vor. Ohne Hast arbeitet Hosfeld sich an der osmanischen bzw. türkischen Geschichte entlang zum Völkermord vor, beginnend bereits Mitte des 19. Jahrhunderts. Dem Leser wird verdeutlicht, daß die Deportationen und Massaker keineswegs unter dem Druck einer krisenhaften Situation im Krieg entstanden, sondern eine lange Vorgeschichte hatten. Hosfeld richtet sich in deutlichen Worten gegen die türkischen Verbrechen; das Buch ist überwiegend aus Sicht der Armenier geschrieben. Dem Umfang geschuldet fehlt hier manches Detail, dennoch sind die wesentlichen Aspekte alle vereint. Umfangreiche Anhänge auf mehr als 50 Seiten lassen auch aus wissenschaftlicher Sicht wenige Wünsche offen. Mag das Buch auch einen subjektiven, emotional anteilnehmenden Einschlag haben, so ist es doch eine wertvolle Lektüre und bietet aufgrund seiner relativen Kürze einen sehr guten Überblick.

Einem völlig anderen Ansatz folgt das zweite hier zu besprechende Buch (Jürgen Gottschlich: *Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier*, Ch. Links 2015. 343 S., Abb., 19,90 €). Der Titel sagt es schon: Auch an diesem Völkermord sind für den Verfasser eigentlich die Deutschen schuld. Tatsächlich dient das gesamte Buch dem Versuch des Beweises, daß deutsche Diplomaten und Offiziere zur Vertreibung und Ermordung der osmanischen Armenier mindestens Beihilfe leisteten, wenn nicht sogar anstifteten. Zwar



geht der Autor den deutschen Spuren ohne den auftrumpfenden Tonfall berufsmäßiger Vergangenheitsbewältiger nach, aber die geschichtspolitische Absicht ist dennoch überdeutlich. Gottschlich, als Mitbegründer der linken *tageszeitung* einschlägig vorgeprägt und als langjähriger Türkeikorrespondent bestens für die Aufgabe gerüstet, hat sichtlich einige Mühe auf das Buch verwendet. Wo Hosfeld hauptsächlich Literatur auswertete, reiste Gottschlich, besuchte nicht nur Archive, sondern auch entlegene Dörfer und Ruinenstätten.

Es ist lehrreich zu sehen, wie der durchaus abwägende und nie polemische Verfasser immer genau dann beginnt, sich in unlogischen Aussagen, Fehlschlüssen und Übertreibungen zu verstricken, wenn tatsächlich Deutsche belastende Argumente gefordert wären. Er kann keinen einzigen Beweis dafür vorlegen, daß deutsche Behörden von den Massenmorden auch nur sichere Kenntnis hatten, als sie begannen. Aus deutscher Sicht handelte es sich um Deportationen unter den harten Bedingungen des Krieges, gerichtet gegen ein Volk, das sich – folgte man der osmanischen Propaganda – auf die Seite des Gegners geschlagen hatte. Dazu kommt, daß Gottschlich zugestehen muß, daß die frühesten und vehementesten Fürsprecher der Armenier Deutsche waren.

So hat der große Aufwand – finanziell gefördert von der grünen Heinrich-Böll-Stiftung – zwar ein teilweise lesenswertes Buch hervorgebracht, aber die Geschichtsbücher müssen nicht umgeschrieben werden: »Deutschlands Rolle« beim Genozid beschränkte sich, sieht man von Mutmaßungen ab, auf ein Geschehenlassen aus bündnispolitischer Rücksichtnahme, auf das Unterlassen des Versuchs, etwas zu ändern, das man mit allergrößter Wahrscheinlichkeit ohnehin nicht hätte verhindern können, zu Zeitpunkten, als es bereits zu spät war. Die wirklich unrühmliche Rolle, die einzelne Deutsche gespielt haben, nimmt sich im Vergleich zum monströsen Gesamtverbrechen winzig aus. Doch das hören schuldstolze Zeitgenossen eher ungern.

Hört man bei Gottschlich noch deutlich Verständniswillen gegenüber der Türkei heraus,

ist das beim Verfasser des dritten Buches anders (Michael Hesemann: *Völkermord an den Armeniern. Mit unveröffentlichten Dokumenten aus dem Geheimarchiv des Vatikans über das größte Verbrechen des Ersten Weltkriegs*, Herbig 2015, 351 S., 25 €). Hesemann, in katholisch-konservativen Kreisen bekannt als Urheber zahlloser Bücher zur Kirchengeschichte, hob dank seiner Kontakte im Vatikan bislang unbekannte Dokumente ans Licht, die eindrücklich nicht nur die Bemühungen der Kirche um ein Ende der Morde belegen, sondern auch weitere Beweise für die Massaker liefern. Der Verfasser unterstreicht, daß es sich eben nicht um einen ethnischen, sondern einen primär politisch-religiös begründeten Konflikt gehandelt habe: Die osmanischen Christen galten in erster Linie wegen ihres Bekenntnisses als unzuverlässige Staatsbürger und niederer Abschaum, nicht wegen ihrer Volkszugehörigkeit (diese hinderte die Anerkennung der vielfach noch im Stande von Bergbarbaren verharrenden Kurden auch nicht). Erst danach folgten wirtschaftlicher Erfolg und ein im Vergleich zu den Türken weit überdurchschnittlicher Bildungsgrad als Gründe für den Haß.

Manche der von Hesemann vorgestellten Hintergründe sind weitgehend bekannt. Die direkten Verbindungen zwischen den nationalrevolutionären Jungtürken und der frühen NSDAP sind da schon interessanter. Kaum mehr bestreiten läßt sich, daß der Völkermord an den Armeniern zumindest eine Inspiration, wenn nicht eine Blaupause für den Judenmord darstellte. Hesemann bringt manches Argument, das man bei Gottschlich zur Untermauerung seiner Vorwürfe erwartet hätte. Dennoch: Daß auch Hesemann meint, aus »Mitwisserschaft« eine »Mitschuld« konstruieren zu können, gar den Begriff »Mit-Wisservolk« als Analogon zu »Tätervolk« verwendet, überzeugt nicht. Die umfassende, detailreiche Schilderung ist gleichwohl sehr empfehlenswert, schon allein wegen der umfangreichen neuentdeckten Aktenstücke. Wer nicht gerade starke Affekte gegen die andauernd gelobte katholische Kirche hat, wird das Buch mit Gewinn lesen. ■

Napoleons Ende 1815 – eine Bücherschau

von Konrad Gill

Der »Flug des Adlers« hat die Zeitgenossen ebenso die Fassung verlieren lassen, wie er begeisterte (viele Franzosen) respektive ergrimmte (die Sieger von 1813/14). Die Rede ist von Napoleons historisch fast einzigartiger Rückkehr an die Macht als zwischen heldisch-übermenschlicher Größe und blankem Wahnsinn stehende und zwischen Glück und Zufall sowie eisernem Willen kaum an Maßstäben wie den »Umständen« oder aber einem »Plan« zu messende Tat. Des vormaligen republikanischen Kaisers und revolutionären Diktators letzte hundert Tage an der Macht bis hin zur die Geschehnisse des folgenden Jahrhunderts entscheidenden Schlacht bei La Belle Alliance bzw. Waterloo (18. Juni 1815) jähren sich heuer zum zweihundertsten Male, was ein gutes Dutzend Kenner zur Beschreibung in Buchform herausgefordert hat. Aus der Fülle an Neuerscheinungen zum Jubiläum sei hiermit eine Auswahl präsentiert.

Wer sich tatsächlich nur in Kürze informieren will, hat ein schmales Taschenbuch zur Verfügung (Marian Füssel: *Waterloo 1815*, C.H. Beck 2015, 127 S., 8,95 €). Das Buch bietet relativ viele Details auf kleinem Raum und einen guten Einblick in das Schlachtgeschehen. Die politischen Hintergründe und Auswirkungen werden im wesentlichen referiert, auch wenn aufgrund der Kürze viele Einzelheiten ausgelassen wurden. Die unsägliche Sozialwissenschaftlersprache tritt an mancher Stelle hervor (»Kommunikationssituation auf dem Schlachtfeld«, »Erinnerungsdiskurs«), und ein begnadeter Stilist ist der Autor nicht, dafür bietet das Buch im letzten Kapitel einen ausführlichen und lesenswerten Überblick über die Erinnerungskultur rund um die Schlacht, den sonst keines der hier besprochenen Bücher vorweisen kann.

Die gesamte Geschichte von der Vertreibung Napoleons aus Paris nach der Niederlage bei Leipzig über die Exilierung nach Elba und die Rückkehr der 100 Tage bis hin zum Endkampf erzählt ein weiteres Buch (Johannes Willms: *Waterloo. Napoleons letzte Schlacht*, C.H. Beck 2015, 288 S., 21,95 €). Willms arbeitet heraus, warum der an sich überlegene Feldherr Napoleon mit einer kampferprobten Armee gegen unerfahrene, hauptsächlich deutsche Truppen, darunter die nach Meinung bereits zeitgenössischer Experten schlechteste Armee, die Preu-

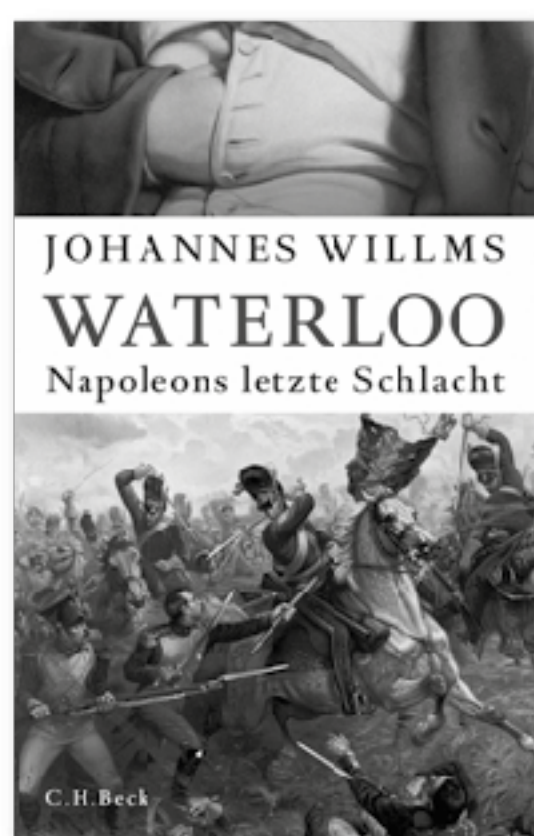
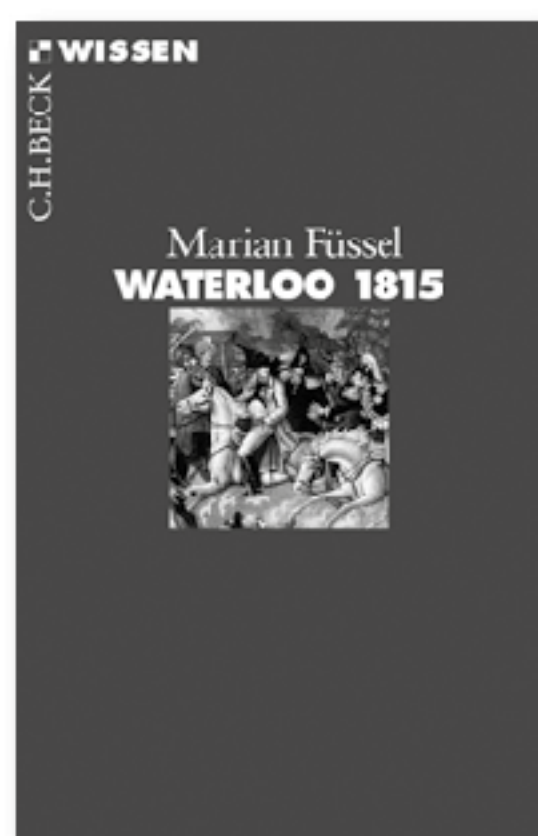
ßen in den Revolutionskriegen aufgebildet hatte (so schlecht ausgerüstet, daß manch ein schlesischer Landwehrmann barfuß bis nach Wallonien laufen mußte), die Entscheidungsschlacht verlor. Das Werk ist meinungsstark, die britische Lichtgestalt Wellington kommt schlecht weg: Eitelkeit und Egoismus des Befehlshabers bis an die Grenze des Verrats am preußischen Bundesgenossen werden dargestellt. Das Buch kann besonders denjenigen empfohlen werden, die über die Schlacht bereits orientiert sind und nun die größeren Zusammenhänge begreifen wollen.

Wer dabei noch weiter gehen will, kann zu einer Gesamtdarstellung der Befreiungskriege und des Wiener Kongresses greifen (Adam Zamoyski: *1815 – Napoleons Sturz und der Wiener Kongreß*, C.H. Beck 2015, 704 S., 29,95 €). Diese deutsche Übersetzung eines bereits 2007 auf Englisch erschienenen Buches soll offensichtlich an den großen Erfolg von Zamoyskis Buch, *1812. Napoleons Feldzug in Rußland*, anknüpfen. Dem weiten thematischen Horizont geschuldet, erscheint Waterloo im Dickicht aus Diplomatie und Politik fast als Marginalie, aber gerade angesichts vorliegender Detailstudien ist diese Einordnung in einen größeren Rahmen als Kontrast willkommen. Das Buch liest sich flüssig und kommt trotz des im angloamerikanischen Raum üblichen lockeren Tonfalls weitgehend ohne romanartige, (halb)fiktive Dialoge und ähnliches aus. Zamoyski ist zurückhaltend in den Wertungen und argumentiert sorgfältig. Leider finden sich verstreut einige unnötig parteiergreifende Stellungnahmen zugunsten von Napoleons »Werk«, und gegen Ende des Buches läßt er sich zu einigen flachsinnigen Bemerkungen über die angesichts des einmal erreichten Fortschritts »groteske« und »sozial verkrüppelte« Wiener Ordnung hinreißen. Der geduldige Leser sollte sich dadurch nicht von der Lektüre abhalten lassen.

Wiederum viel konzentrierter ist der auf Napoleon gerichtete, seinen Weg verfolgende Blick eines deutschen Emeritus (Volker Hunecke: *Napoleons Rückkehr. Die letzten hundert Tage – Elba, Waterloo, St. Helena*, Klett-Cotta 2015, 260 S., 21,95 €). Auch dieser Band ist weder übermäßig komplex noch allzu essayistisch-gefällig geschrieben. Trotz unter 230 (großzügig bedruckter) Textseiten wird auch hier ein wei-

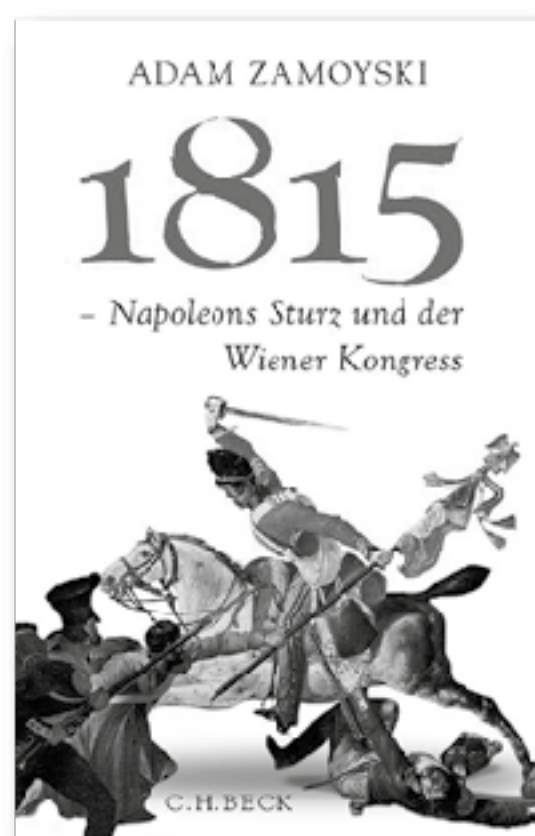
ter Rahmen um die Ereignisse gezogen. Im harten Kontrast zur Konkurrenz allerdings haben Huneckes Leser nach der sehr kurzen Schlachtschilderung noch etwa ein Drittel des Buches vor sich. Dem, was sonst wegfällt, wird hier breiter Raum gegeben: dem Staatsstreich gegen den geschlagenen Kaiser-Feldherrn, seiner Exilierung sowie vor allem den innen- und außenpolitischen Folgen seines endgültigen Abtritts von der Weltbühne. Gerade diese letzten Kapitel sind hochinteressant.

Einen besonderen Akzent auf die politischen Rahmenbedingungen von Napoleons Rückkehr auf den Thron legt ein bereits im vergangenen Jahr erschienener Band (Günter Mächler: *Napoleons hundert Tage. Eine Geschichte von Versuchung und Verrat*, Theiss 2014. 256 S., 24,95 €). Das empfehlenswerte Buch ist in einem schönen Stil geschrieben, fehlerfrei und durchdacht gegliedert. Mächler beschreibt die politischen Entscheidungen und die riesigen Aufgaben, die Napoleon sich zu bewältigen vorgenommen hatte – neben der Wiederaufrichtung seiner Herrschaft mußte er, letztlich nur vom eigenen Nimbus zehrend, in einem im Vergleich zum Frankreich vor 1812 stark veränderten Land den Abwehrkampf gegen ein 800000-Mann-Heer der Koalition organisieren. Dem Leser wird nahegelegt, dies für ein von vornherein vergebliches Unterfangen zu halten, was der – ohnehin von längst nicht allen Franzosen geteilten – Begeisterung der Anhänger Napoleons Tragik verleiht. Die abschließenden Schlachten im Juni nehmen einen relativ geringen Raum ein, die Politik steht im Vordergrund.



Genau umgekehrt verhält es sich mit einer echten militärhistorischen Arbeit (Hans-Wilhelm Möser: *Die Schlacht bei Waterloo/La Belle Alliance am 18. Juni 1815. Ein Ereignis von europäischer Dimension*, Helios 2014. 245 S., 28 €). Der Autor, ehemaliger Generalstabsoffizier der Bundeswehr und 20 Jahre lang Fremdenführer auf dem bis heute museal bewahrten Schlachtfeld, ist wie kaum ein zweiter berufen, ein Buch über die Schlacht zu schreiben. Bis ins letzte Detail verfolgt er Bewegungen, Operationen und Strategien der beteiligten Armeen, entwirrt das kaum durchschaubare Knäuel aus Planungen, Risiken und Friktionen innerhalb der Schlachtplanung. Auch dem mi-

litärhistorisch wenig vorgebildeten Leser wird deutlich, worin die Herausforderungen damaliger Kriegführung bestanden, und tatsächlich begreiflich, warum Napoleon trotz überlegener Fähigkeiten die Schlacht und damit seinen Thron verlor: ein Aufeinandertreffen von Fehlentscheidungen und einem für den größten Feldherrn



seiner Zeit kaum begreiflichen Zögern in entscheidenden Momenten besiegelte das Schicksal der französischen Truppen. Ein Meister der Formulierungskunst ist Möser wahrlich nicht, auch die Buchgestaltung läßt zu wünschen übrig. Wer militärhistorisch interessiert ist, findet hier dennoch eine höchst informative und über Strecken geradezu spannende Gesamtdarstellung der Jahrhundertsschlacht.

Abschließend sei noch auf eine thematisch wie qualitativ herausragende Detailstudie hingewiesen, die vor allem, aber nicht nur, für traditionsverbundene Niedersachsen von Interesse ist (Brendan Simms: *Der längste Nachmittag. 400 Deutsche, Napoleon und die Entscheidung von Waterloo*, C.H. Beck 2014. 191 S., 18,95 €). Der Autor arbeitet heraus, welche schlachtentscheidende Bedeutung die Verteidigung des direkt in der Mitte der Walstatt gelegenen Meierhofes La Haye Sainte hatte. Verteidigt wurde er von »etwa 400 [hannoveranischen] Schützen, die von einer Kombination aus ideologischer Opposition zu Napoleons Tyrannei, dynastischer Loyalität zum König von England, deutschem Patriotismus, Kameradschaft im Regiment, persönlichen Freundschaften und Berufsethos angetrieben wurden«. Mit völlig unzureichenden Mitteln, Wagemut und unter großen Opfern hielten diese Männer, Angehörige des 2. leichten Bataillons der »King's German Legion«, Tausende von Franzosen in Schach und verhinderten einen Durchbruch in die britisch-deutsche Frontlinie so lange, bis die feindlichen Kräfte ermattet waren. Simms gelingt es, viele dieser Soldaten individuell zu porträtieren, ohne ins Fahrwasser des Kitschs zu geraten. Für seine Studie hat er ausweislich des Literaturverzeichnisses derartige Unmengen an Literatur ausgewertet, daß sie nun auf lange Sicht als Standardwerk der Belle-Alliance-Forschung wird gelten dürfen. So ist dieses letzte Buch eine besondere Empfehlung wert. ■

Schöne Literatur

Steffen Kopetzky: *Risiko. Roman*, Stuttgart: Klett-Cotta 2015. 725 S., 24.95 €

Es gab vor 30 Jahren – in jener weit entfernten Zeit ohne Computer und Internet – drei strategische Brettspiele, mit denen man verregnete Tage verbringen konnte: Schach und Stratego für zwei Spieler, für größere Runden Risiko. Vom Schach wußte man, daß es bereits in Indien gespielt wurde. Seit der Lektüre des Romans *Risiko* von Steffen Kopetzky ist man über die Entstehung und Verfeinerung des gleichnamigen Spiels im Bilde. Die Grundidee soll ein Major an der Militärakademie in Potsdam entwickelt haben, der seinen Schülern die »Theorie der Friktion« von Clausewitz verdeutlichen wollte: Aus einer Grundaufstellung heraus wurden Strategien entwickelt, Truppenkonzentrationen herbeigeführt und Ko-

alitionen gebildet, die am Ende zum militärischen Erfolg führen sollten. In den Offizierskasinos sei Risiko dann weiterentwickelt worden, bis es zuletzt – ausbalanciert zwischen strategischem Geschick und Würfelglück – wiederum als Anschauungsmaterial die Mächtigen in Kabul 1915 dazu veranlaßt habe, dem Wunsch der deutschen Abgesandten zu folgen und das englisch besetzte Indien anzugreifen ... In Wirklichkeit war es so: Der französische Filmregisseur Albert Lamorisse hat Risiko (damals: »Welteroberung«) 1955 erfunden. Etappen der Verfeinerung führten zu der bunten Weltkarte aus dem Hause Parker, auf der man fremdes Land »eroberte« und gegnerische Armeen, Reiterschwadronen und Artilleriebrigaden »vernichtete«. In den Schachteln, die derzeit im Handel sind,

wird das Territorium nur mehr »befreit« und die fremde Armee wird »aufgelöst« – eine pazifizierende Sprachverschiebung rührenden Ausmaßes im Zeitalter des Egoshooters, der am Tag locker eintausend Feinde am Bildschirm – »resozialisiert«?

Sei's drum: Kopetzky's Roman vermengt historische Begebenheit mit Phantasie und Fiktion zu einer tollen Geschichte.

Wahr ist, daß sich die deutsche Regierung bald nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs von einer Aufwiegelung der britisch besetzten Gebiete Arabiens, vor allem aber Indiens, eine Entlastung der Westfront erhoffte: Die Kolonialtruppen würden ihre Haut nicht mehr vor Verdun, sondern lieber in Richtung Bagdad oder vor Karatschi und endlich gegen die britischen Besatzer zu Markte tragen. Führer des deutschen Expeditionskorps, das 1915 bis nach Kabul vorstieß, war Oskar Ritter von Niedermayer

(1885–1948). Es gelang ihm nicht, den Emir Habibullah zu einer Aktion gegen die Briten zu bewegen, und auch in Kopetzky's Roman gelingt das nicht – jedoch stirbt dort der Emir, weil ihm der Marineleutnant Stichnote das Genick bricht. Der Neffe des

Emirs befiehlt den Aufstand, der die afghanischen Stämme ganz Westindien erobern läßt – während in Berlin 1916 noch die Olympischen Spiele abgehalten werden und sich Frankreich und das Deutsche Reich über diesem Völkerfest versöhnen, um ein karolingisches Kerneuropa zu gründen, kulturell das großartige »Alte Europa« repräsentierend, während England als das »perfide Albion« samt seinem US-amerikanischen Hinterland außen vor bleibt ... Dies ist – zusammengefaßt – das sozialdemokratische Ende einer gut erzählten Geschichte. Die Notwendigkeit

der Handlungsfortschreibung ist recht oft in Romanen eine Schwäche: Eigentlich will jemand einen Erzählteppich weben, will auf kleinem Raum die Fäden durchs Gewebe schießen und seine Figuren miteinander verknüpfen. Auch im Falle Kopetzky's verweisen Erzähllust und -kunst auf das Talent des Autors, abgeschlossene Szenen wirklichkeitsgesättigt zu gestalten. Ob das die Hafentage an der Küste des frisch gegründeten Staates Albanien sind, ob es die Leidenschaft des jungen Marineoffiziers Dönitz für das Risikospiel ist oder die eines Maschinisten für den kohlegepeisten Antrieb tief im Innern des Kriegsschiffs: Das alles ist mit Empathie, Detailwissen und Menschenkenntnis geschildert. Zu Kopetzky's und des Lesers Leidwesen müssen die Figuren sich ab und an erheben, müssen aufbrechen, um das Ziel des Romans zu erreichen.

Ganz nebenbei wird ein wenig Kapitalismuskritik geübt. Ein Waffenschieber erzählt, wie er sich vom Sozialrevolutionär zum Mitspieler des Großkapitals entwickelt habe und nach gründlichem Blick auf die ökonomische Macht hinter der politischen zu einem Anwalt der kleinen Leute geworden sei. (»Ich weiß, daß nichts auf der Welt der deutschen Arbeiterschaft gleicht.«) Vor allem sie nämlich kämen in der rasenden Fahrt der Kapitalanhäufung unter die Räder, und sein Vermögen häufe er nur zu einem Zweck an: »Die Bremse ziehen. Den Zug aufhalten. Für einen Fehler sorgen. Eine Friktion herbeiführen, um die Mechanik des Kapitals zu stoppen.« Selbstredend gewährt Kopetzky dieser geläuterten Figur einen Auftritt im Rahmen der Befriedung des Krieges bereits im Jahre 1916.

Kopetzky, selbst Mitglied der SPD, will solche Botschaften unterbringen. Besser hätte er darauf verzichtet. Jedoch ist es nicht schwierig, ihm diesen Tick zu verzeihen.

Götz Kubitschek



Wer sich nicht wehrt

Miriam Gebhardt: *Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs*, München: DVA 2014. 352 S., 21.99€

Das hier vorgestellte Thema rührt an ein Tabu. Von Vergewaltigungsverbrechen westallierter Soldaten war bislang selten die Rede. Die Leute gieren nach »unerhörten Wahrheiten«! *Als die Soldaten kamen* liegt wenige Wochen nach Erscheinen bereits in vierter Auflage vor. Dabei ist das Buch eine Mogelpackung, die gleichsam unter der Hand die Leserwartungen kundiger Konsumenten enttäuscht und (viel wirksamer!) diejenigen manipuliert, die sich mit den Themen noch nicht auseinandergesetzt haben. Zuvörderst entpuppt sich das Werk als Runterrechnungs- und Relativierungsversuch. Bislang ging man von zwei bis drei Millionen Vergewaltigungsopfern zu Kriegsende und im Nachkrieg aus. Gebhardt zählt rund 860000. Man kann bereits den Vorannahmen zu ihren Berechnungen schwer folgen. Es gibt vieles andere, was das Buch unerträglich macht. Es ist beispielsweise das Geeiere um die »Täterschaft« und die inhärente Mitschuld der Frauen. Gebhardt spricht verschwiegelt von der »Ambiguität der Täter- und Opferrolle.« Die Täter hätten das wiederholt, »was die Wehrmacht bei den Kriegsgegnern Deutschlands getan hatte«. Gebhardt widmet sich einfühlsam der Innensicht der Täter. Es habe »akute Anlässe gegeben, die ein derartiges Verhalten zu rechtfertigen scheinen.« Die Massenvergewaltiger aus dem Osten hätten Rache nehmen wollen für »die Juden und andere verfolgte Gruppen im Nationalsozialismus«. Über die Vergewaltigungen der KZ-Insassen: kein Wort. Allerdings erwähnt sie, daß sämtliche Alliierten auch in den anderen Ländern vergewaltigt haben. Warum nicht in solchem Ausmaß? Die deutschen Frauen hätten sich we-

niger stark zur Wehr gesetzt, dies habe zur Eskalation beigetragen. Weniger gewehrt hätten sie sich deshalb, weil »sie von der Nazi-Propaganda darauf vorbereitet« worden waren, und zweitens sei ihnen dabei eingeschärft worden, daß sie getötet würden, wenn sie sich wehrten. »Selber schuld« schreibt die Autorin an keiner Stelle, sie überläßt diesen Schluß dem Ermessen ihrer Leser. Gebhardt will auch ins Reich der Legenden rücken, wonach im Osten »mongolische« Invasoren und im Westen dunkelhäutige »Befreier« einen überproportional großen Anteil an den Schändungen hatten. Zwar berichten ungezählte Zeitzeugenberichte genau davon und sprechen auch die Akten eine beredte Sprache – aber Frau Gebhardt erklärt, wie es zu solchen Mißverständnissen kommen konnte: Die Frauen im Osten seien NS-indoktriniert gewesen und die Gerichte im Westen hätten nur deshalb so viele Dunkelhäutige verurteilt, weil sie sich aus rassistischen Gründen »weniger gut vorstellen konnten, daß weiße Frauen einvernehmlichen Sex mit dunkelhäutigen Männern haben könnten.« Zu den Suiziden von Frauen im Osten und Berlin fällt der Autorin ein, daß viele Deutsche nicht aus »Angst vor den Sowjets, sondern weil ihnen ein Leben ohne den Nationalsozialismus sinnlos erschien«, sich das Leben genommen hätten. Gebhardt beklagt Vorurteile über vergewaltigende Rotarmisten. Die russische Heeresführung sei meist überaus strikt gegen Vergewaltiger vorgegangen. Frau Gebhardt beschwichtigt: »Ich denke eher, daß es wieder die Dynamik der Interaktion zwischen Deutschen und Sowjets ist, die dazu beiträgt, daß die Dinge zunehmend aus dem Ruder laufen.« Die Dinge! Aus dem Ruder! Dynamik der Interaktion! Frau Gebhardt gibt sich Mühe, die Motivlage der sowjetischen Soldaten zu verstehen. Die Russen

hätten »äußerst schwere Zeiten hinter sich« gehabt, sie seien doch zum Teil selbst »gemobbt« (!) und von militärischen Auszeichnungen ausgeschlossen worden. Nach 115 Seiten wendet sich die Historikerin den Geschehnissen im Westen zu. Bereits im Oktober 1944 waren 152 amerikanische Soldaten wegen Vergewaltigung in Frankreich verurteilt worden – darunter 139 Schwarze. Gebhardt stellt erneut klar, daß hier rassistische Vorurteile am Werk gewesen seien.

Die Frauen seien von einer »diffusen Erwartung einer Strafe für die Untaten der vergangenen Jahre« geprägt gewesen und hätten die sexuellen Übergriffe daher passiv bis gern entgegengenommen. »Niemand«, so Gebhardt, »kann bestreiten, daß es eine große Anziehungskraft zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Frauen gegeben hat und daß das Bedürfnis nach Zerstreuung, Zärtlichkeit und sexuellem Abenteuer nicht einseitig war.« Miriam Gebhardt hat den Zeitpunkt ihrer Buchveröffentlichung klug gewählt. Die betroffenen Frauen sind tot oder über achtzig Jahre, sie können dem nichts mehr entgegensetzen. Nicht unterschlagen werden soll dennoch, daß *Als die Soldaten kamen* auch interessante Fragestellungen und Informationen bereithält, etwa zur Rechtsstellung der Besatzungskinder. Anders als die USA und Großbritannien, die nichts taten, um Ansprüche deutscher Frauen gegen die Kindsväter zu unterstützen und die die betreffenden Soldaten kurzerhand »nach unbekannt« versetzten, räumte Frankreich jenen Kindern aus pronatalistischen Gründen eine Option auf die französische Staatsbürgerschaft ein. Vor den Besatzungsgerichten konnte nicht auf Unterhalt geklagt werden. Nur für rund zwei Prozent der *nicht* gewaltsam gezeugten Besatzungskinder wurde von den Erzeugern Unterhalt gezahlt.

Ellen Kositzka



Wider Zumutungen

Michael Klonovsky: *Bitte nach Ihnen. Reaktionäres vom Tage. Acta Diurna 2012–2014*, Waltrop und Leipzig: Manuscriptum 2015. 471 S., 22.80 €

Angenommen, ein bislang nicht als rechtsstehend wahrgenommener Autor schriebe ein neues Buch, darin er Partei für Wladimir Putin («der moderateste russische Herrscher überhaupt», »womöglich der aktuelle Katechon«), die katholische Kirche (nicht zu verwechseln mit manchem ihrer derzeitigen Vertreter) und den frühen Ernst Jünger ergriffe, Hochachtung vor Lenin (nicht wegen der politischen Ansichten und Taten, sondern wegen dessen Nervenkraft und Schneid) bezeugte und die kleinen Geister und armen Seelen unserer Polit- und Medienkirmes wie Sibylle Berg («geradezu exorbitant dämlich»), Joachim Gauck («Eurokraten-Mietmaul») und Hermann Gröhe («würdelos», »Speichel-lecker») mit harten Worten belegte, Wortführer wie Habermas als »Kommunikationstheologen« sowie Fortschritt und Modernität verspottete und schließlich direkt und indirekt ständig der Differenz und der Elite das Wort redete! Ein solcher fiktiver Autor, der die »Blähzwergenprosa« eines gefeierten jüdischen Schriftstellers kritisierte, PEGIDA-Demonstranten als »Bürgerrechtler« einer verlogenen und verkommenen Führungsschicht gegenüberstellte und schließlich immer wieder darauf hinwies, daß das Abendland (oder »Europa«) als Wiege einer einzigartigen Geistigkeit und Kulturhöhe, das selbstverständlich über viele andere Weltregionen sich erhebe, seit Jahrzehnten unter Kuratel eines so kulturwie moralfernen transatlantischen Lügenimperiums stehe – was hätte er hier und heute zu gewärtigen? Die soziale Brandmarkung als Rechtsaußennazi, als Unmensch und Insekt träge

ihn sicherlich, wohl auch ein De-facto-Schreibverbot durch gelenkte Redaktionen. Wenn nun all dies nicht passiert, weil der Autor sich nicht als rechts bezeichnet, sondern durch die Reife und Weite seines Werks eher über als inmitten solcher Zuschreibungen steht und es hierzulande nicht darauf ankommt, was jemand sagt, sondern wer es wie sagt – welcher Schluß ist daraus zu ziehen? Wenn die getroffenen Journalistenhunde zwar bellen, aber den ersehnten Kehlenbiß nicht hinbekommen, unter anderem, weil Güte und Kraft ihrer Beißwerkzeuge gletscherspaltentief unter dem Vermögen des zu Kritisierenden rangieren? Sagt es mehr aus über den Autor, hier Klonovsky, und seinen unter Zeitgenossen sonst fast nicht mehr aufzufindenden kristallsplitterlichten Stil, mehr über die Medien und Politiker in ihrer Beurteilungsunsicherheit, mehr über den Geist der Zeit? Ich kann die Frage nicht beantworten, nur darauf hinweisen, daß *Bitte nach Ihnen* eines der manchmal schönsten, manchmal beklemmendsten, jedenfalls der wichtigsten Bücher des Jahres ist.



Der geübte Konservative kennt die Pfeile in diesem Köcher bereits. Die Texte wurden zuvor auf der Netzseite des Verfassers veröffentlicht, wo sie inzwischen nicht mehr abrufbar sind. Klonovsky führt ein öffentliches Tagebuch, das in der Beschrei-

bung und Auslegung kultureller Genüsse (von der Oper bis zum Wein) wie in der – manchmal vielleicht zur Schau gestellten – geschmacklichen Beispielgabe Höhen beschreibt, die einfacher gestrickte Zeitgenossen wie den Rezensenten überfordern, aber dadurch zugleich heben. Immer wieder handelt Klonovsky von der Musik, der seine Liebe gehört, vor allem von Strauss und Wagner, wobei er ein Wissen voraussetzt, das auch im Bürgertum kaum jemand mehr für voraussetzbar halten wird. Nur wenige Seiten

vom Musikalischen entfernt wird Heidegger anhand der inkriminierten Stellen aus den *Schwarzen Heften* gerechtfertigt und werden Kritiker auf Zwergenmaß zurechtgestutzt. Themensprünge machen einen Gutteil des Reizes des Buchs aus, lassen sie doch den Leser schier atemlos zurück.

Wer noch ein Geschenk sucht – sei es für sich, für Orientierung suchende neue Neue Rechte, PEGIDA-Bürger, AfD-Enttäuschte oder weltanschaulich Heimatlose –, sollte zu diesem Buch greifen. In seiner unideologischen Offenheit, thematischen Breite und Klugheit, durch seine stilistische Brillanz und Nachdenklichkeit ist es mehr als eine Empfehlung wert. Manche Bücher sind Zündfunken, manche Fackeln. Dieses Werk ist ein Sprengsatz.

Konrad Gill

Postkoloniale Konfusion und Afrokitsch

Achille Mbembe: *Kritik der schwarzen Vernunft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2014. 332 S., 28 €

Um aus dem begrenzten Gesichtskreis eines von der Erfahrung der Sklaverei geprägten Afrozentrismus einen umfassenden Überblick über Rassismus schlechthin bieten zu können, bedient sich Achille Mbembe auch in seinem neuen Buch poststrukturalistischer Theorieansätze, die es in der Tat erleichtern, komplexe historische Realitäten auf simple Konstruktionen zu reduzieren. Über die Ideologieggeschichte der neuzeitlichen Rassetheorien erfährt man in diesem politisch engagierten und methodisch konfuse Pamphlet des kamerunischen Politologen nämlich ebenso wenig Substantielles wie über die Realgeschichte des Rassismus gegenüber Afrikanern. Wofür es dem Leser allerdings die Augen öffnet, ist der von den *postcolonial studies* forcierte ideologische Verfall der Rassismusforschung, deren jüngste Schule sich *critical whiteness*

nennt, so als wollte sie schon durch diese Selbstbezeichnung klarstellen, daß der Rassismus hier die Seiten gewechselt hat. Mit seiner axiomatischen Setzung, durch den transatlantischen Handel mit Negersklaven sei erstmals ein »Rassensubjekt« geschaffen worden, erklärt Mbembe die Schwarzen zu den exklusiven Opfern des Rassismus und damit die Weißen zu dessen nicht minder exklusiven Erfindern. Daß auch zahllose Angehörige nichtafrikanischer Ethnien das Schicksal der Sklaverei unter nichteuropäischer Herrschaft erlitten haben, blendet Mbembe in seiner Geschichtsklitterung konsequent aus, denn der Mythos schwarzer Unschuld und weißer Täterschaft ist ihm sakrosankt.

Faktisch aber waren es Afrikaner, die im Laufe des letzten Jahrtausends zig Millionen Afrikaner versklavten, um diese nach Abdeckung des Eigenbedarfs zunächst an orientalische und später auch an europäische Händler zu verkaufen. Daß Afrika ab dem 11. Jahrhundert zur weltgrößten Sklavenlieferzone wurde, war dabei maßgeblich dem Islam geschuldet, dessen drei Reiche vom 7. bis zum 20. Jahrhundert das großräumigste und langlebigste Sklavensystem der Weltgeschichte aufrechterhielten. Und als im 19. Jahrhundert Engländer und Franzosen die weltweite Abschaffung der Sklaverei in Angriff nahmen, rüsteten sich wiederum afroislamische Eliten und Warlords vom Niger bis zum Nil zu »antikolonialen Befreiungskriegen«, um ihre effektivste und profitabelste soziale Institution zu verteidigen. Tatsächlich wird die Sklaverei in schwarzafrikanischen Ländern wie dem Sudan oder Mauretanien noch heute praktiziert. Nichts von alledem wird von Mbembe auch nur erwähnt. Für ihn sind Täter und Opfer klar nach Hautfarben sortiert, und er kennt deren nur zwei.



Insofern wird man unserem Autor, der sich im Titel seines Buchs kühn an die Seite Immanuel Kants stellt, getrost einen gravierenden Mangel an intellektueller Redlichkeit bescheinigen dürfen.

Wollte man ihn überdies als Vertreter des Postkolonialismus, der sich von alteuropäischen Wissenschaftsstandards längst verabschiedet hat, an eigenen Maßstäben messen, so müßte man die binäre Logik seines buchstäblichen »Schwarz/Weiß«-Denkens als selbst dekonstruktionswürdig zurückweisen. Die Inkonsequenz schließlich, mit der Mbembe »Neger« (»négre«) einmal mit und einmal ohne Anführungszeichen schreibt, bezeugt nicht nur, daß sein radikaler Konstruktivismus keinerlei Unterscheidung zwischen Fiktionen und Fakten, Projektionen und Realitäten mehr erlaubt; sie bestätigt – unfreiwillig selbstbezüglich – zugleich seine Diagnose, daß die stolze »Négritude«, welche die Schwarzen nach der Entkolonialisierung davor geschützt hat, in ein identitäres Nichts zu stürzen, sich immer auch einer freundlichen Übernahme rassistischer Zuweisungen verdankte. Kaum zufällig verfällt Mbembe, sobald er theoretisch abrüstet, literarisch ungeschützt den politisch-psychologischen Traumata der Afrikaner nachspürt und sich auf die Suche nach ihrer verlorenen Identität begibt, in apologetischen Afrokitsch.

Siegfried Gerlich

Islam total

Tilman Nagel: *Angst vor Allah? Auseinandersetzungen mit dem Islam*, Berlin: Dunker & Humblot 2014. 422 S., 29,90 €

Kritiker des Islam mit fundierten Kenntnissen über diese Religion und ihre politischen Implikationen gibt es nicht we-

nige im In- und Ausland. Die Reihe reicht von Udo Ulfkotte über Henryk M. Broder bis Hamed Abdel-Samad. Keiner dieser verdienstvollen Publizisten kann es jedoch an Kenntnissen mit einem über Jahrzehnte ausgewiesenen Gelehrten wie Tilman Nagel aufnehmen.

Nagels neueste Studie vereinigt etliche bereits an anderer Stelle veröffentlichte Arbeiten. Erfreulich ist das klare politische Bekenntnis des Verfassers, das viele Angehörige der islamwissenschaftlichen Zunft aus dem vorgeschobenen Motiv der Wertfreiheit, tatsächlich aber aus Feigheit, vermeiden: die Benennung von Gefahren, die Islam und Islamismus für die westliche Kultur bedeuten. Mehr als peinlich mutet es an, daß die politisch-mediale Klasse der Bundesrepublik, von einem früheren Bundespräsidenten über die amtierende Bundeskanzlerin bis hin zum Bundesverfassungsgericht, ihren Kotau vor der (allein schon zahlenmäßig) zunehmenden Macht der Moslems in Deutschland zelebriert.

Davon grenzt sich der Göttinger Emeritus mit einer Fülle von Argumenten ab. Bereits die grundsätzlichen Überlegungen, etwa zum Verständnis von Kosmos und Schöpfung, arbeiten die Herrschaftsansprüche Allahs heraus, ohne dessen Erlaubnis der Mensch nichts wissen könne. Eng damit verbunden ist das Menschenverständnis dieser Religion, das der Arabist hervorhebt. Schon die frühen Gefolgsleute des Propheten aus Mekka haben darauf insistiert, sich vorbehaltlos den politischen und militärischen Zielen des Stifters zur Verfügung zu stellen. Besonders lesenswert sind Abschnitte wie »Der Totalitätsanspruch«, die auch die Unterschiede zum Christentum herausstellen. Für die ältere der beiden Religionen blieb in beinahe allen Phasen der eigenen Geschichte ein Bewußtsein, daß dem Staat zumindest eine gewisse Eigenständigkeit einzuräumen ist. Interessant auch Nagels Erörterungen über »Islam und sä-

kularer Staat«. Er führt unbekannte Stimmen aus dem islamischen Kulturkreis vor, die die Frage stellten, ob Mohammed tatsächlich auch als politischer Herrscher begriffen werden müsse. Solche bedenkenswerten Stellungnahmen bleiben selten. Der Verfasser präsentiert viele Beispiele, die die tiefe Kluft von Islam und Säkularismus belegen, des weiteren die Unmöglichkeit, zwischen Islamismus und Islam grundsätzlich zu differenzieren, wie es verharmlosende Meinungsäußerungen nicht selten tun. Erfreulich ist das Engagement Nagels nicht nur als Buchautor, sondern auch als streitbarer Mitwirkender an der Deutschen Islamkonferenz. Seine wissenschaftlich kompetenten Beiträge sind in Zeiten substanzloser, gleichwohl einflußreicher »Der Islam gehört zu Deutschland«-Rhetorik als Rüstzeug für Unangepaßte unverzichtbar.

Felix Dirsch

Gährender Abgrund der Niederlage

Florian Huber: *Kind, versprich mir, daß du dich erschießt. Der Untergang der kleinen Leute 1945*, Berlin: Berlin Verlag 2015. 304 S., 22.99 €

Im 70. Jahr nach dem vorgeblichen »Tag der Befreiung« (von Weizsäcker) scheinen einige Themen beforschbar zu werden, die unlängst noch das Karriereende für Historiker bedeutet hätten. Massenmedial wären sie keinesfalls rezipiert worden. Daß am 5. Mai 2015 zur besten Sendezeit alliierte Kriegsverbrechen thematisiert wurden, zeugt trotz inhaltlicher Mängel von sich langsam verändernden Perspektiven.

Einen weitgefaßten und zugleich intimen Blick wirft der Historiker Florian Huber auf das Kriegsende. Für *Kind, versprich mir, daß du dich erschießt* hat er insbesondere Tagebücher und Amtsunterlagen ausgewertet; es geht um die massenhaften Selbsttö-

tungen der frisch »Befreiten«, die in den östlichen Reichsteilen ganze Dörfer dezimierten. Aufhänger ist das vorpommersche Demmin, am 30. April kampflös an die Rote Armee übergeben, wo infolge sofortiger sowjetischer Exzesse von Vergewaltigung bis Brandstiftung binnen weniger Tage um die 1000 Menschen Hand an sich legten. Huber gibt erschütternde Zeugnisse wieder, die auch heute ans Innerste des Lesers rühren: »Mit dem Rauch kam eine Unzahl vergewaltigter Frauen, teilweise noch stark blutend, mit ein, zwei, drei, ja manchmal vier Kindern an der Hand in Trance, leeren Blickes die Jarmer Chaussee heraufgewankt. (...) Massenpsychose. Sie suchten also den Tod in den Fluten.« Mütter wateten ins niedrige Wasser von Tollense oder Peene und forderten die entsetzten Zuschauer auf, ihnen ihre Kinder hinterherzuwerfen, um sie dann mit »schierer Entschlossenheit« eighändig zu ertränken. Familienväter erschossen oder erhängten ihre Angehörigen und zuletzt sich selbst; ganze Hausgemeinschaften gingen so in den Tod. Tagelang schleppten die verbliebenen Einwohner Leichen aus dem Devenar Holz.

Von der Mikroebene Demmins blendet Huber über auf das Gesamtreich, wo allerorten Bürger wochenlang »für den Fall« Gift in Beuteln um den Hals trugen. Erschießen, Erhängen, das Aufschneiden der Pulsadern waren so allgegenwärtig, daß das Tabu der Selbsttötung verschwand und Prediger sich genötigt sahen, gegen den schwarzen Strudel anzureden, der die Menschen aus dem Leben riß. Die zweite Hälfte des Buchs ist einer verdienstvollen Beschreibung des Seelenzustands der »Befreiten« gewidmet, deren ganzes Lebenskonzept zertrümmert lag und keine Zukunft mehr erhoffen ließ.

Inhaltlich also ist dieses Buch absolut lesenswert, auch wenn sich bei der Lektüre der Mägen umdreht. Ärgerlich sind die diversen eingestreuten Schuldflaskeln, wonach etwa jedem Sowjetsoldaten »klar geworden [sei], daß die Deutschen aufgebrochen waren, um ihn entweder als Sklaven in ein Lager oder als Leiche in eine Grube zu werfen«, was die unzähligen Greuelthaten an wehrlosen Zivilisten erkläre. Wer derlei Geschichtskotau verwinden kann, der muß Huber lesen – erst recht 70 Jahre nach der »Befreiung«.

Nils Wegner

Marx lesen mit Harvey

David Harvey: *Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus*, Berlin: Ullstein 2015. 373 S. 18.99 €

In vielen Ländern der Welt herrschen immer noch die frühkapitalistischen Zustände, die in Europa ab Mitte des 19. Jahrhunderts zur Entstehung einer kommunistischen Bewegung beitrugen. In China schufteten in Baracken zusammengesperrte Arbeitssklaven in iPhone-Zulieferfabriken bis zu 16 Stunden am Tag, um für Weltkonzerne zu produzieren, und die Textilproduktion in Bangladesch erinnert an die Zeiten, die dem Schlesi-

schen Weberaufstand vorausgingen. Angesichts solcher Zustände ist verwunderlich, daß es zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine kommunistische Massenbewegung gibt, abgesehen von verspäteten Strohfeuern wie den nepalesischen Maoisten und ihrem »revolutionären

Volkskrieg«. In der akademischen Welt hingegen sind neomarxistisch inspirierte Philosophieentertainer wie Slavoj Žižek hochgefragte und -geehrte Theorieproduzenten und angesehene Gesellschaftskritiker. In diese Kategorie gehört auch der US-amerikanisch-bri-



tische Sozialtheoretiker David Harvey, der zahlreiche Ehrendokortitel und Preise einsammelt und eine nun in deutscher Übersetzung vorliegende Arbeit über *Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus* veröffentlicht hat. Versprochen wird dem Leser eine »fundierte, realitätsnahe Kapitalismuskritik und zugleich ein Manifest des Wandels«. Geliefert wird eine Analyse des Kapitals, die relativ orthodox an Karl Marx orientiert ist, was Harvey in seiner Einleitung auch einräumt. Wie in den Massenkursen, die die »Neue Linke« und die K-Gruppen unter dem Motto »Marx lesen« abhielten, ruft auch Harvey, der einen ähnlichen Videokurs anbietet, Positionen und Grundbegriffe der Marxschen Kapitalanalyse auf, vom Unterschied zwischen Gebrauchs-

wert und Tauschwert über den Warenfetisch bis hin zur »ursprünglichen Akkumulation«. Hier hat das Buch Stärken – wenn man denn über die holprige Sprache hinwegsehen möchte –, wie ja auch Marx selbst weniger als Schöpfer einer deterministischen Geschichtstheorie interessant ist, sondern als Analytiker historischer Ereignisse und Empiriker der kapitalistischen Produktionsweise. Harvey zitiert das Heideggerwort von der Natur, die durch das Heraufkommen der Technik zu einer »einzigen, riesenhaften Tankstelle« werde – dies ist aber schon der einzige Hinweis darauf, daß Harvey tatsächlich jener undogmatische Kopf sein könnte, als der er allerorten gefeiert wird. Schon das Kapitel über »Geographische Ungleichheit«, auf das man angesichts Harveys Ruf als Begründer einer »Geopolitik des Kapitalismus« besonders gespannt ist, enttäuscht. Harvey beläßt es dabei, den kapitalistischen Verwertungsprozeß als eine Art Dämon anzusehen, der in verschiedene Städte und Regionen fährt, dort erst

zu verstärkter Kapitalakkumulation führt, um dann diese Orte, wenn die Kapitalströme sich auf neue Renditemöglichkeiten hinzubewegen, als sklerotische Industrieruinen wieder auszuspucken. Das könnte die Basis einer fruchtbaren Theorie sein, aber Harvey unterläßt es, seinen Grundgedanken ausdifferenzieren und an konkreten Beispielen zu erläutern, wie es beispielsweise der deutsche Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser in seinen Arbeiten über die Entwicklung historisch ge-

wachsener regionaler Verbundsysteme macht. Am Ende seines Buchs stellt Harvey die Alternative seines »revolutionären Humanismus« vor, der »Aussichten auf eine glückliche Zukunft« verheißt. Damit keine Irritationen aufkommen, was gemeint sein könnte, gibt

sich Harvey als Befürworter der Gewalttheorie des französischen Entkolonialisierungstheoretikers Frantz Fanon zu erkennen, der in seinen Büchern den Kolonisierten beschwor, der erst durch das Eintauchen seiner Hände in das von ihm vergossene Blut »wahrhaft zum Menschen wurde«, Massaker an Frauen und Kindern inbegriffen. »Auf die Frage der Gewalt gehe ich hier nicht ein, weil ich sie gutheißen würde«, schlußfolgert Harvey. In seinen »Ideen für die politische Praxis« präsentiert Harvey dann Gassenhauer wie die Aufhebung aller »Ungleichheiten der materiellen Versorgung« und die Verurteilung der »Aneignung gesellschaftlicher Macht durch Privatpersonen« als »krankhafte Verhaltensstörung«. Es ist auf schaurige Weise faszinierend, wie Salonlinke vom Schlage Harveys ihre blitzblank polierte Weltanschauung durch alle Katastrophen der Geschichte immer noch als Monstranz vor sich hertragen können, ohne vom leisesten Zweifel befallen zu werden.

Gabriel Dassalo



Kurs in Courage: Konrad Löw

Konrad Löw: »... *Laßt uns trotzdem weiterkämpfen*«. *Erfahrungen mit dem Versuch, »Verantwortung vor Gott und den Menschen« zu leben*, Bad Schussenried: Gerhard-Hess-Verlag: 2015. 302 S., 18 €

Konrad Löw ist ein Phänomen – eine Aussage, die wahrlich nicht als Lobhudelei zu begreifen ist. Soweit man blickt, findet man keinen unter den (sowohl aktiven wie emeritierten) Professoren aus den Bereichen der Rechts- und Staatswissenschaften, die es mit dem Kampfesmut des bei München lebenden Gelehrten aufnehmen könnten.

Dieser Charakterzug des Dreiundachtzigjährigen hat eine Vorgeschichte, die in der vorliegenden Autobiographie eine wichtige Rolle spielt. Löw, Sohn eines anerkannten NS-Gegners aus kleinbürgerlich-katholischem Elternhaus, erfuhr früh, was Anfechtung bedeutet. An seiner Karriere hatte er hart zu arbeiten. Seine Berufung auf ein Ordinariat für Politologie in Bayreuth machte ihn, anders als zahlreiche Kollegen, nicht zum Konformisten.

In seinem Leben als Hochschullehrer, so schreibt der ungemein produktive Autor in seinen Erinnerungen, existierten drei große Herausforderungen: Eine von ihnen war die Marxforschung. Löw, der enorm Quellenkundige, erbrachte immer wieder den Nachweis, daß es sich bei Marx und Engels um anti-humanistische »Väter des Terrors« handelte, wie einer seiner diversen Buchtitel zur Problematik lautet. Freunde machte er sich mit solch klaren Urteilen ebensowenig wie mit seinem Einsatz für die Grundrechte kleinerer Religionsgemeinschaften, sogenannter Sekten. Sie waren für ihn freilich eher juristisch als inhaltlich interessant, fühlte er sich doch in seinem Leben stets in der katholischen Kirche beheimatet. Ein weiteres Thema ist der Komplex Judentum und deutsche Schuld. Angesichts

der weit verbreiteten Kollektivschuldobsessionen, vom Bundespräsidenten bis zu unbedeutenden Lokalredakteuren, kann man über zahllose Ausgrenzungsversuche kaum verwundert sein. Löws Aufsatz über »Deutsche Identität«, der 2004 in einer dem Bundesinnenministerium unterstellten Zeitschrift erschien, sorgte für einen Eklat. Die Restaurierung der Zeitschrift wurde makuliert. Ein diffamierender Brandbrief an die Abonnenten der Zeitschrift folgte umgehend. Erfreulich an einer solchen unglaublichen Hexenjagd im »freiesten Land der deutschen Geschichte« (O-Ton Karl Carstens) ist nur die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die diesen Brief für verfassungswidrig erklärte. Löws Memoiren sind ein lesenswertes Dokument, das Zeitgeschichte anschaulich macht. Etliche private Episoden und Fotos runden den Band ab. Wünschenswert wäre, daß der Couragierte einen Nachfolger findet, der die akribischen Recherchen insbesondere zur jüngsten deutschen Vergangenheit fortsetzt.

Felix Dirsch

Coole Mütter, kumpelhafte Väter

David Eberhard: *Kinder an der Macht. Die monströsen Auswüchse liberaler Erziehung*, München: Kösel 2015. 304. S., 17,99 €

Diese Warnung vor einer »Pädagogik auf Augenhöhe« erreicht uns aus Schweden, dem Land des pädagogischen Liberalismus. Wer denkt, in Deutschland spitze sich ein Erziehungsnotstand zu, sollte wissen: Der Abstand, der hinsichtlich *Laisser-faire* (und einhergehender Problematiken) zwischen Deutschland und Schweden klafft, ist ähnlich groß wie die Spanne, die zwischen dem hiesigen Erziehungsstil der sechziger Jahre und dem gegenwärtigen liegt. Wer hierzulande vom »Nanny-Staat« spricht, kennt nicht das schwedische System. Die

Grundschule in Schweden dauert neun Jahre, erst ab Klasse acht werden (einige) Noten vergeben, in den Abschlußklassen allerdings nur positive. Chemieunterricht endet in Klasse neun, Physik gibt es gar nicht – das bescheidene Abschneiden von Schweden in den PISA-Tests spricht Bände. Einen Blick in mentale Zustände erhält, wer aktuelle schwedische Jugendbücher studiert.

Daher mag der smart wirkende Psychiater David Eberhard in seiner Heimat als Minister Streng gelten, hier muß er sich in der (verkaufsträchtigen) Liga der Freunde des Grenzsetzens in die unteren Ränge einordnen. Eberhard beklagt das definitiv Beklagenswerte: Daß Schulkinder im Bus nicht mehr für Ältere aufstehen. Daß es einen unausgesprochenen Wettbewerb um den coolsten Vater und das kumpelhafteste Eltern-Kind-Verhältnis gibt. Daß dem Kind alles weichgespült und vorgekauft wird. Daß erzieherisch-technisch zuviel geschimpft, aber zuwenig gehandelt wird. Daß Kinder heute (er bezieht das auch auf die hohe ADHS-Rate) zuwenig Schlaf haben. Im Kern warnt Eberhard davor, die Kinder in Watte zu packen. Er findet, die Eltern-Kind-Bindung werde überschätzt, und gleichzeitig werde den Kindern zuviel »Augenhöhe« zugestanden. Einerseits vertritt Eberhard keine auch nur ansatzweise radikalen Thesen. Andererseits spitzt er am laufenden Band ungebührlich zu, um möglichst krasse, entlegene Beispiele einer fehlgeleiteten Pädagogik zu präsentieren. Um zu belegen, daß bereits Schwangere mit übertriebenen Verhaltensrichtlinien traktiert würden, bemüht er eine »Bekannte«, die sich am besten die gesamten neun Monate »nicht bewegen« sollte. Er spricht von einer »Stillmafia«, die Eltern eintrichtere, schon ein einziger Tropfen Ersatzmilch berge

Lebensgefahr, und von Bindungstheoretikern, die eine siebenjährige Stillzeit einforderten. Als abschreckende Beispiele für erzieherische Liberalität bemüht er Dreijährige, die über Urlaubsziele entscheiden und Zweijährige, die über Gewaltpotentiale im Nahen Osten mitreden dürfen. Ein heute sechzehnjähriger Sohn wäre nach Eberhard vor hundert Jahren bereits Vater gewesen. Geht's eine Nummer kleiner?, fragt man sich Seite um Seite. Hätten nicht simplere Alltagsbeispiele ausgereicht? Wäre ein Extrakt des Buchs auf einer einzigen Zeitungsseite erschienen – man hätte es als Anstoß begriffen. So aber

liest man sich durch Redundanzen, breit geschilderte Fallbeispiele, Familienanekdoten, ein gewisses Durcheinander und eine nicht immer vortreffliche Übersetzung. Oder liegt es am Original? Jedenfalls stolpert der Leser über Stilblüten zuhauf, etwa, wenn

es um Schüler geht, die bei »grundlegenden Themen wie Bildung und Allgemeinwissen nicht mithalten können.« Eberhard ist erkennbar stolz, jung Vater geworden zu sein. Er hat sechs Kinder. In der Tat mag vieles für frühe Elternschaft sprechen. Aber ersetzt es ein Argument, daß späte Eltern »zu alt« seien, »um zu riskieren, daß ihrem lang ersehnten Sprößling etwas zustößt«? Vermutlich wollen sogar junge Eltern solches »Zustoßen« verhindern.

Eberhard rät, daß man Hinweise nur von Profis annehmen solle, die bestens mit Hirnforschung vertraut seien. Wenige Seiten später beklagt er, daß die Ratschläge der Großelterngeneration nichts mehr gälten. Widersprüchlich ist auch, daß Eberhard betont (in Anlehnung an Judith Rich Harris' Bestseller *Ist Erziehung sinnlos?*), daß elterliche Anstrengungen wenig vermögen – um demgegenüber zu verdeutlichen, wie wichtig klare pädagogische Grundsätze



seien. Unterm Strich bleiben Erkenntnisse, daß ein elektrofrierer Tag ein »sehr positives Gefühl« vermitteln könne, daß man das Kind loben dürfe, aber nicht übertrieben stark, und *summa summarum*, daß es keine »perfekten Eltern« gebe. Ein Paläo-Buch mit einem Neo-Titel, gewissermaßen.

Ellen Kositzka

Trotzdem: Kommunist

Andrej Reder: *Dienstreise. Leben und Leiden meiner Eltern in der Sowjetunion 1935 bis 1955*, Berlin: Verlag Neues Leben 2015. 256 S., 18.99 €

Dem Bundesdeutschen des Jahres 2015 muß unglaublich erscheinen, daß so viel Hingabe an eine »Sache« möglich ist, die keinerlei Vergnügen und keinerlei »Mehrwert« verspricht. Doch genau das zieht sich durch die Lebensgeschichte der Eltern des ehemaligen DDR-Diplomaten Andrej Reder. Sein Vater, Gabriel Lewin, zählte zu den knapp 70 Prozent der in die Sowjetunion exilierten deutschen Kommunisten, die dort im Zuge der Großen Säuberungen ab 1935/36 verhaftet wurden. Lewin überlebte, im Gegensatz zu vielen anderen, und hielt am kommunistischen Ideal fest, wie in den Briefen, russischen Archivmaterialien und Dokumenten, die Reder zu einer Lebensgeschichte seiner Eltern verdichtete, unverkennbar wird. Lewin ist wie seine Frau Hertha Kommunist und säkularer Jude, beide kämpfen in der KPD und deren Jugendverband. Nach 1933 beordert sie die Partei über Zwischenstationen in die Sowjetunion. 1938 – Sohn Andrej ist zwei – beginnt die von Lewin als »Dienstreise« bezeichnete Höllenfahrt. Ein »Sonderschnelltribunal« verurteilt Lewin zu zehn Jahren Arbeitslager in Sibirien. Obwohl die Gestapo nach ihm fahndet, konstru-

iert die Anklage »Spionage für Deutschland« und »konterrevolutionäre Tätigkeiten«, mutmaßlich infolge einer Lewin diffamierenden Aussage Walter Ulbrichts. Es liegt im kommunistischen Bekenntnis des Verhafteten begründet, daß er auch nach Jahren des Leidens nicht begreifen möchte, daß es sich nicht um ein »Fehlurteil« handelte. In Eingaben an die deutsche KP-Parteführung und sowjetische Stellen, die Reder dokumentiert, wird die unerschütterliche Loyalität zur Partei und ihren Verfolgungsbehörden überdeutlich. Der Begeisterung für die kommunistische Idee kann keine Lagerhaft, keine erneute Verurteilung (1949) auf Basis der alten Anklage, keine Widerwärtigkeit etwas anhaben.

1955, im Zuge der vorsichtigen Entstalinisierung, wird Lewin entlassen und kann zu Frau und Sohn reisen, die seit sieben Jahren in der DDR leben; trotz 17 Jahren Trennung

(Hertha verbrachte mit Andrej die längste Zeit in der kasachischen Verbannung) hielten die Eltern aneinander fest. Keine Frage: Die Familie blieb eine kommunistische, eiferte für den Aufbau des – diesmal – »echten« Sozialismus und sah in den stalinistischen Exzessen

lediglich die Perversion einer grundsätzlich humanitären Ideologie. Das wird im allzu ausführlich geratenen Nachwort Reders überdeutlich, der sich mit Nachdruck gegen antikommunistische Deutungen des kommunistischen Terrors in der Sowjetunion und anderswo verwahrt, den gedachten Sozialismus von seinen realen Untaten scheiden möchte, den zeitgenössischen Kapitalismus (mit guten Argumenten) attackiert und die heutige Linke gar für ihre Distanzierung vom stalinistischen Massenterror (Reder: »Repressalien«) tadelt. Fraglich, ob der beeindruckenden und nahegehenden Schilderung der »Dienstreise« ein

derartiger Epilog beigelegt werden mußte. Vielleicht ist es aber die Konsequenz aus der so leidenschaftlichen Hingabe an die »Sache«. Wie seine Eltern leidet der Autor daran, daß der realexistierende Kommunismus der Utopie des Kommunismus den bleibenden Makel des Massenmordes angehängt hat. Die dokumentierte Stärke der elterlichen Gesinnung sowie die gezeigte menschliche Größe trotz Lagerhaft und Willkür sind dessenungeachtet bemerkenswert. Das Buch kann somit als Gegenstück zu Sergej Lochthofens brillanter Verarbeitung der ganz ähnlichen Leidensgeschichte seines Vaters (*Schwarzes Eis*, Reinbek bei Hamburg 2012) gelesen werden. Gegenstück: Denn Reder und Lochthofen ziehen vollkommen andere Rückschlüsse. Letzterer stellt fest, daß »der wahre Weg ins Paradies der Werktätigen von Stacheldraht gesäumt wird«, während Reder weiterhin in der »Loyalitätsfalle des Antifaschismus« (Wolfgang Emmerich) gefangen bleibt.

Benedikt Kaiser

Männlicher Nachfrageüberhang

Gérard A. Bökenkamp: *Ökonomie der Sexualität. Von der Liebesheirat bis zur Sexarbeit*, München: FBV. Edition Lichtschlag 2015. 240 S., 17.99 €

Dem Wesen der Sexualität aus ökonomischer Sicht widmet sich Gérard Bökenkamp. Manchen Konservativen mag das aufstoßen, nähern sie sich dem Thema doch oft nur unter dem Aspekt der Einhegung und Verdrängung. Doch gerade dies ist des Buches Verdienst, wirft Bökenkamp doch einen nüchternen, unromantischen Blick auf das menschliche Liebesleben. Und er widerlegt manches Vorurteil der konservativen Familienpolitiker. Das tröstet auch über Schwächen des Buches hinweg: die mangelnde Gliederung, gewisse Längen und eine teils allzu naiv vorgetra-



gene liberalindividualistische Dogmatik. So mißachtet der Autor, daß bei menschlichen Handelsbeziehungen nicht immer Individuen mit ähnlicher Wirtschaftskraft aufeinandertreffen, also oft von vornherein ein Machtgefälle existiert. Bökenkamps auf der Österreichischen Schule basierende These lautet, daß das Handeln des Menschen von den Entscheidungen geleitet ist, welche ihm höchstes psychisches Einkommen versprechen. Was dieses genau ist, unterliegt unterschiedlichen individuellen Wertschätzungen. Meist sind es Glück und Stolz. Aus diesem Grund treten Menschen in Interaktion miteinander, gehen permanent Tauschhandel ein, von denen sie sich die Vermehrung ihres psychischen Einkommens versprechen. Das betrifft beispielsweise selbst die Abwägung des Kriminellen, ob die Aussicht auf den Gewinn die Angst vor dem Risiko überwiegt. Und das betrifft auch die Thematik Liebe und Sexualität. Da die gesellschaftlichen Bedingungen und individuellen Wünsche unterschiedlich sind, entwickelt sich aus der Vielzahl der Entscheidungen die Mannigfaltigkeit der Partnerbeziehungen. Bökenkamp tritt dabei für die »freie Liebe« ein. Das bedeutet, daß Erwachsene ohne Zwang jede beliebige sexuelle Verbindung aushandeln können sollten, ohne daß der Staat oder Institutionen restriktiv einschritten. Dies betrifft neben diversen Familienmodellen gerade auch die Prostitution und Pornographie. Am spannendsten wird Bökenkamp, wenn er der Psyche der moralistisch argumentierenden Anhänger von Verboten auf die Schliche kommt. Jene versuchen nämlich, ihnen selbst unangenehme Empfindungen durch der gesamten Gesellschaft auferlegte Strafgesetze aus dem eigenen Umfeld zu verbannen. Der Staat verabschiede bisweilen sol-

che Gesetze zur Beruhigung von moralistisch auftretenden Lobbygruppen, verfolge aber die eigenen Vorschriften dann oft nur halbherzig. Schließlich wisse er, daß die Restriktion elementarer Lebensimpulse schon in Zeiten der Prohibition nicht funktioniert hat.

Claus-M. Wolfschlag

Theodor Eschenburg

Udo Wengst: *Theodor Eschenburg. Biographie einer politischen Leitfigur 1904–1999*, Berlin: Walter de Gruyter 2015. 279 S., 34,95 €

Jetzt hat es sogar ihn erwischt! So oder so ähnlich dürften viele gedacht haben, als sie

den Namen Theodor Eschenburg in den letzten Jahren öfters in den Medien vernommen haben – natürlich mit negativem Beigeschmack. Notorische Vergangheitsbewältiger taten das Ihre um zu verhindern, daß der »öffentliche Professor« einen angemessenen Platz in den

Geschichtsbüchern einnehmen kann, nachdem sich der mittlerweile Hochbetagte in den 1990er Jahren anlässlich der Veröffentlichung seiner Memoiren ein letztes Mal selbst ins Gespräch bringen konnte. So präzisiert Rainer Eisfeld seine Vorwürfe gegen den lange Zeit hoch angesehenen Gelehrten, den er der »staatskonservativen Kollaboration« bezichtigt, in vier Punkten: Der Angegriffene sei als Vertreter der Knopf- und Reißverschlußindustrie an »Arisierungen« beteiligt gewesen und habe seine kurzzeitige Mitgliedschaft in einer Unterabteilung der SS verschwiegen. Daß der Austritt aus einer solchen Organisation während der NS-Zeit nicht geringen Mut erforderte, ist dem Kritiker keinen Hinweis wert. Weiter bekrittelt Eisfeld das Engagement des jungen Erwachsenen im nationalliberalen Milieu der Weimarer Re-

publik, das vom grassierenden Rechtsradikalismus nicht weit entfernt gewesen sei. Darüber hinaus stört er sich daran, daß Eschenburg nach 1945 Selbstbespiegelungen vermieden habe.

Die Kontroverse um die Eisfeld-Thesen war für Udo Wengst, dem früheren stellvertretenden Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Anlaß, seine Quellenforschungen über Eschenburg zu Ende zu führen. Das Ergebnis ernüchtert einige selbsternannte Ankläger. Einen Teil der Aufzeichnungen hat Eschenburg wohl selbst im Dritten Reich vernichtet. Ein anderer Teil hat bei Luftangriffen das gleiche Schicksal erlitten. Wengst kommt zu dem Resultat, dass über den prominenten Gründervater der westdeutschen Politikwissenschaft nach 1945 nur wenig Belastendes vorliegt. Eschenburg, der in den 1920er Jahren im Kreis um Gustav Stresemann aktiv war, wirkte unter den Nationalsozialisten eher unspektakulär. Die erwähnten Beteiligungen an »Arisierungen« ließen sich wohl – so sehr man dies heute bedauern mag – kaum verhindern. Nach 1945 war Wengst in der Ministerialbürokratie von Württemberg-Hohenzollern tätig. In den frühen 1950er Jahren erhielt er einen Lehrstuhl in Tübingen und war danach vielfältig aktiv, unter anderem als Vortragender, Zeitschriftenmitherausgeber, Publizist und Regierungsberater. Wengst schildert den liberal-konservativen Denker als Mann mit Facetten, eben nicht als Stromlinienförmigen, der bereits in seiner aktiven Zeit etliche Debatten auslöste. Besonders attackiert wurde in der Öffentlichkeit eine Rede von 1968, in der er angeblich eine »Diktatur auf Zeit« gefordert habe, die die durch den Parlamentarismus bewirkten »Sauereien« wieder zu beseitigen habe. Schon allein die Darstellung der streitbar-knorrigen Persönlichkeit lohnt die Lektüre von Wengsts ausgewogener Studie!

Felix Dirsch





ISBN 978-3-902732-39-2

Johannes Rogalla von Bieberstein

SCHWULENKULT UND FEMINISTISCHER GESCHLECHTERKAMPF

Wie der „sex-positive“ Geschlechterkrieg Kirche und Gesellschaft verändert

144 Seiten, brosch.

Preis: 14,95 Euro

Der Autor versucht die Hintergründe des Ideologieprojektes „Gender Mainstreaming“ sowie des Kultes um das „Schwulsein“ oder andere Formen der Sexualität (Stichwort: „LGBTIQ-Menschen“) aufzuhehlen und zeigt dabei auf, dass der derzeitige „Geschlechterkrieg“ unter anderem auf Karl Marx und den freudomarxistischen Psychoanalytiker Wilhelm Reich zurückgeht, der in seinem Werk „Die sexuelle Revolution“ (1936/1966) eine Sexualisierung des Marxismus versucht hat. Reichs Thesen stießen insbesondere bei der Studentenbewegung der 1960er Jahre auf starkes Interesse, die hier einen Hebel zur Veränderung der „verkrusteten gesellschaftlichen Verhältnisse“ mittels sexueller Befreiung erblickte. Damit erfuhr auch der Feminismus eine zunehmende Radikalisierung, für die Namen selbsternannter Frauenbefreierinnen wie Shulamith Firestone oder Valerie Solanas stehen. Mehr und mehr gerieten Ehefrauen dabei als „hausfrauisierte Ehesklavinnen“ oder „Neger aller Völker“, wie es Mitte der 1960er Jahre noch hieß, in das Visier der Radikalfeministinnen, die im Mann den Hauptfeind sehen.

Männerhasserinnen, die normale Frauen gern als „Hetero-Schnallen“ abqualifizieren, erklären auch deshalb den lesbischen Sex als „Widerstandsform gegen Männer“. Diese Entwicklungen haben einen nicht mehr zu übersehenden Widerhall auch in den christlichen Kirchen, insbesondere aber in der evangelischen Kirche gefunden, was unter anderem am Tagungsbetrieb abgelesen werden kann, wo Kulturrevolutionäre jeglicher Couleur willkommen sind: angefangen von Kulturmarxisten bis hin zu Sexualaposteln mit fragwürdigen Anschauungen.

Der Autor

Dr. Johannes Rogalla von Bieberstein, geb. 1940, pensionierter Bibliotheksdirektor; studierte Geschichte und war Stipendiat des Institut d'études politiques de Paris (Pariser Institut für politische Studien). Bekannt wurde er durch seine Doktorarbeit „Die These von der Verschwörung 1776–1945“, die als kritisches Grundlagenwerk zum Thema Verschwörungstheorien gilt. Zuletzt erschien von ihm im Ares Verlag: „Jüdischer Bolschewismus: Mythos & Realität“ (2010).

Der Blaue Reiter: Früher war mehr Lametta

Mit den Expressionisten des Blauen Reiters um Franz Marc hat die gleichnamige Philosophiezeitschrift nicht viel gemeinsam. Es sei denn, man sieht in der Unabhängigkeit von anderen Gruppen und Verlagen ein Moment, das Gemeinsamkeit stiftet. Während Marcs lockerer Zusammenschluß nach wenigen Jahren durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs sein Ende fand, kann das *Journal für Philosophie* in diesem Jahr sein zwanzigjähriges Bestehen feiern. Das ist sicher nicht nur den (im Vergleich mit den Jahren 1914ff.) günstigeren Umständen zu verdanken, sondern vor allem der Leidens- und Begeisterungsfähigkeit der Gründer dieser Zeitschrift, die bis heute durchgehalten haben. Im Gegensatz zu den vielen Philosophiezeitschriften, die in den letzten Jahren an die Kioske kamen, gibt es beim *Blauen Reiter* keinen Großverlag und auch kein großes Geld im Hintergrund. »Luxus« ist insofern ein passendes Thema zum Jubiläum: Luxus ist eine Abweichung vom Normalfall. Die einzelnen Beiträge widmen sich dem Für und Wider von Luxus, der Amoralität von Luxus ebenso wie der fortschreitenden Dynamik, die im grenzenlosen Wünschen des Menschen begründet liegt (wobei anthropologische Fragestellungen gemieden werden). Im Interview gibt es den bei diesem Thema fast unvermeidlichen Wolfgang Joop, der das Gespräch laut Selbstaussage in einem dreckigen Pullover und einer alten NVA-Hose führte und damit die Ambivalenz von Luxus unterstreichen wollte. Schade, daß es davon kein Bild gibt. Stattdessen, wie immer im *Blauen Reiter*, »moderne Kunst« und Karikaturen als Illustration. Die Rezensionen widmen sich philosophischen Büchern, wohingegen sich die Rubrik »Haben Sie Probleme philosophischer Art?« offenbar zutraut, über alles etwas zu sagen. Und dort wird es bedenklich dünn, wenn es um den Anschlag auf *Charlie Hebdo* geht oder um die Frage, ob *Mein Kampf* kommentiert erscheinen darf. Überhaupt dürfte sich eine Zeitschrift, die Don Quichotte im Signet führt, etwas mehr Luxus erlauben, wenn es darum geht, vom Hauptstrom abzuweichen. Trotzdem: Glückwunsch!

Ein Jahresabo kostet 27,90 €. Kontakt: Verlag für Philosophie, Siegfried Reusch e.K., Göttinger Chaussee 115, 30459 Hannover

40 Jahre Jahr der Frau

Es jährt sich 2015 zum 40. Mal das Internationale Jahr der Frau. Die UNO-Generalversammlung hatte es ausgerufen, mit Taube und Gleichheitszeichen als Emblem. Und weil ein einziges Jahr kaum genug ist, die Frau an sich und ihre stets als verbesserungsbedürftig empfundene »Rolle« hinreichend zu würdigen, schloß sich sogleich (bis 1985) die UN-Dekade der Frau an.

Das folgende »Jahrhundert der Frau« wurde nicht eigens ausgerufen. 1975, im Jahr der Frau also, nahmen die berühmten Weltfrauenkonferenzen ihren Anfang. Nach Mexiko, Kopenhagen (1980), Nairobi (1985) und Peking (1995, hier wurde das Genderprogramm verabschiedet) hat man, besser: frau sich dem Anschein nach zur Ruhe gesetzt. Ob die Protagonisten dies als »wohlverdienten« Ruhestand einschätzen, oder ob sie ihre Propaganda nun einfach



als Querschnittsaufgabe auf die Tagesagenda gesetzt haben, bliebe die Frage. Im Jahresrückblick der *Tagesschau* jedenfalls würdigte 1975 Familienministerin Katharina Focke (SPD) die deutschen Anstrengungen zum Internationalen Jahr der Frau. Zuallererst: Das Recht auf Abtreibung scheint endlich greifbar. Das Internationale Jahr des Kindes verschwand übrigens in der Frauendekade, und das des Mannes – ist ein Witz.

Mongolischer Unhold

An diesem Büchlein (Volkmar Weiss: *Die rote Pest aus grüner Sicht*, Graz 2015. 160 S., 19,90 €) ist nichts, was es scheint. Auf den ersten Blick handelt es sich um ein botanisches Sachbuch über Springkräuter (Impatiens). Ebenfalls auf den ersten Blick ist der Verfasser Humangenetiker. Volkmar Weiss hat vor 15 Jahren das Standardwerk *Die IQ-Falle* veröffentlicht. Nun denn: Weiss ist auch Botaniker mit immensem Publikationsportfolio. Und das Springkraut? Jeder kennt das Kleine oder das Rote Springkraut, daß sich seit Jahren als Neophyt aus dem Himalaya vorzugsweise an Flußuferböschungen ausbreitet. Die Pflanze ist ein Einwanderer; sie steht im Ruch, das einheimische Springkraut (im Volksmund: Rühr mich nicht an) zu verdrängen. Weiss zitiert aus Berichten zahlreicher (linker) »Naturfreunde«, die umfassende Aktionen unternehmen, den asiatischen Eindringling mit Stumpf und Stiel auszurotten. Zu Unrecht,

meint der Autor. Seine Schrift wäre hier kaum der Erwähnung wert, wenn er es bei dem Hinweis beließe, der Einwanderer sei eine vortreffliche Bienenweide. Weiss hingegen steigt klaf-tertief ein, philosophisch, mentalitätsgeschicht-lich und botanisch; allein sein Quellenver-zeichnis umfaßt vierzehn engbedruckte Seiten. Weiss zitiert Pamphlete, die schon vor achtzig Jahren vor dem »frechen Siegeszug« des »mon- golischen Unholds« warnten und einen »Aus- rottungskrieg« forderten: »Vielleicht können Schulkinder, die gern einmal »raufen« möchten, diesen Dienst an der Heimat und deren Schutz übernehmen.« Erwähnt werden auch Kampf- schriften, die den Bewuchs an Reichsautobah- nen dringend von »fremdländischen Gehölzen« freihalten wollten und zum privaten Verzicht auf »zusammengestoppelte Weltgärten« aufrie- fen. Weiss belegt, daß der Neophyt aus Asien al- lenfalls dort das autochthone Kraut verdrängt, wo der Mensch (etwa durch Bachregulierungen und Baumlichtungen) die Lebensbedingungen der heimischen Art verschlechtert hat. Denn: »Eine fremde Art kann sich bei uns nur verbreiten, wenn sie eine ökologische Nische findet und erobert.«

William Butler Yeats

Amid a place of stone, / Be secret and exult, / be- cause of all things known / That is most difficult. Immerwährende Frage: Wären die Toten nicht tot, was sprächen, was dichteten sie uns heute? Zum 125. Geburtstag des großen irischen Dich- ters William Butler Yeats am 13. Juni 2015 ist nun eine zweisprachige Hörbuchausgabe erschienen. Sie enthält 29 Gedichte in englischer Sprache so- wie in deutscher Übertragung, Yeats selbst liest drei Gedichte, andere werden von Dylan Tho-

den theosophischen Kreisen entzogen hatte und realpolitisch engagierte, blieb sein Weltbild zy- klisch und strikt antimodern, seine Dichtung he- roisch und symbolisch. Yeats war ein später Ro- mantiker, er leistete für den irischen Kulturkreis das, was die Brüder Grimm ein halbes Jahrhun- dert zuvor für den deutschen getan hatten. 1923 erhielt er, dessen Sekretär Ezra Pound war, den Literaturnobelpreis.

Zwei CDs (109 min.), Hörverlag, ca. 14 €.

Blick ins Grenzenlose

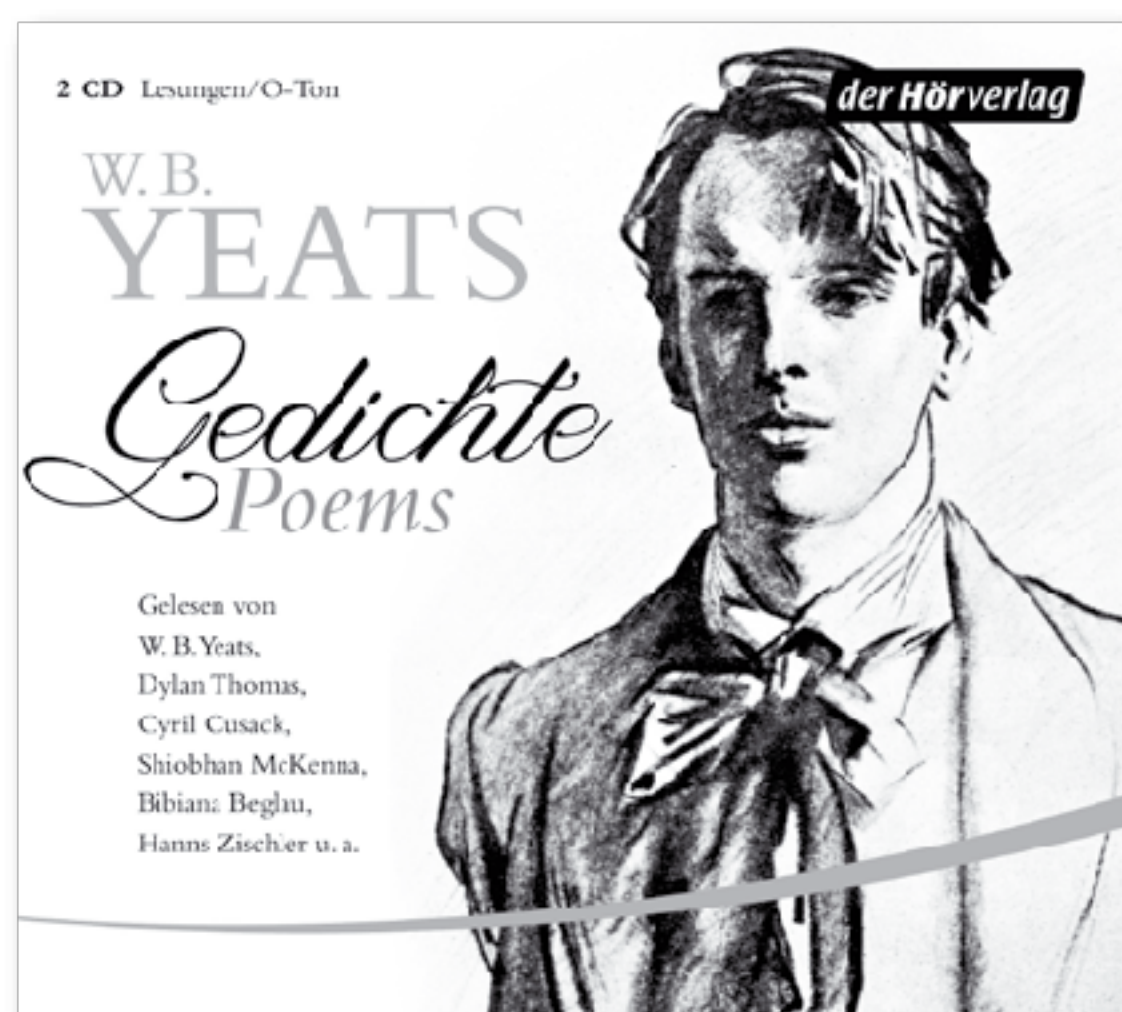
Der eben erschienene Band 218 der *Eckart- schriften* (*Das Jahrhundert der Romantik*, 112 S., 8.80 €) widmet sich der deutschen Kunst und Kultur zwischen 1800 und 1900. Das Ro- mantikbändchen ist das erste der langbewähr- ten Schriftenreihe, das mit Farbbildern aufwar- tet. Georg Hauer liefert eine knappe und prä- zise Einführung in die Gedanken-, Klang- und Bilderwelt der Romantik und ihre Bemühungen, »dem Endlichen einen unendlichen Schein« (No- valis) zu geben. Ein kleiner Schwerpunkt liegt auf dem Schauplatz Wien. Das beigefügte Perso- nenregister umfaßt über 160 Personen – ein brei- teres, buntes Panoptikum ist auf diesem klei- nen, hübsch gegliederten Raum kaum denkbar.

Kontakt: Verlag Eckartschriften, Fuhr- mannsgasse 18a, 1080 Wien; www.oelm.at.

IfS-Sommerakademie

Im Winter behandelte das Institut für Staats- politik auf seiner mit 90 Studenten übervollen Akademie das ambivalente Instrument der Ge- schichtspolitik. Im Sommer soll es nun um den Begriff gehen, der hinter der Idee steht, man könne einem Volk eine neue Identität verpas- sen: Machbarkeit. Diese Vokabel steht für die Überzeugung, alles sei dem menschlichen Ge- staltungswillen unterworfen, und die »Macher« könnten und dürften beliebig mit den Beständen verfahren. Ernst Jünger hat diesem Problem im *Arbeiter* nachgespürt und in der Planbarkeit der Welt gleichzeitig ein unausweichliches Verhäng- nis gesehen. Martin Heidegger spricht von »Ma- chenschaft«, für die alles, was ihr Widerstand entgegensetze, nur der »Stoff zur weiteren Ar- beit und der Anstoß in den Fortschritt« sei.

Die »Machbarkeit« ist noch lange nicht an ihr Ende gekommen, sondern beschreibt den Kern der aktuellen politischen Lage Deutsch- lands: Wie lassen sich dessen Gegenwart und Zukunft gestalten? Was ist machbar angesichts von Masseneinwanderung, Schuldkult und Ver- greisung? Ist es möglich, eine multikulturelle Gesellschaft zu »machen«? Ist gegen dieses Vor- haben Widerstand möglich? Wo stößt die Mach- barkeit an Grenzen? Wo stoßen wir an Gren- zen? Um diese und andere Fragen wird es auf der Sommerakademie vom 28. bis 30. August in Schnellroda gehen. Wir haben Platz für 90 Teil- nehmer unter 35 Jahren. Nähere Informatio- nen auf www.staatspolitik.de, Anmeldungen an wegner@sezession.de. ■



mas gelesen, auf Deutsch von populären Schau- spielern wie Burghart Klaußner, August Diehl und Hanns Zischler. Deutlich hörbar ist, daß es ganz offenkundig und jenseits des individuellen Zugangs Sprechmoden gibt – irrlichternd ana- chronistisch wirkt Yeats' singende Sprache, ein ausgestorbenes Phänomen. Mystisch und my- thenumwoben ist seine Lyrik. Auch, als er sich

»Es giebt einen Grad von Schlaflosigkeit, von Wiederkäuen, von historischem Sinne, bei dem das Lebendige zu Schaden kommt, und zuletzt zu Grunde geht, sei es nun ein Mensch oder ein Volk oder eine Cultur.

Um diesen Grad und durch ihn dann die Grenze zu bestimmen, an der das Vergangene vergessen werden muss, wenn es nicht zum Todtengräber des Gegenwärtigen werden soll, müsste man genau wissen, wie gross die plastische Kraft eines Menschen, eines Volkes, einer Kultur ist; ich meine jene Kraft, aus sich heraus eigenartig zu wachsen, Vergangenes und Fremdes umzubilden und einzuverleiben, Wunden auszuheilen, Verlorenes zu ersetzen, zerbrochene Formen aus sich nachzuformen.

Und dies ist ein allgemeines Gesetz: jedes Lebendige kann nur innerhalb eines Horizontes gesund, stark und fruchtbar werden; ist es unvernünftig, einen Horizont um sich zu ziehen und zu selbstisch wiederum, innerhalb eines fremden den eigenen Blick einzuschliessen, so siecht es matt oder überhastig zuzeitigem Untergange dahin.«

Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen II, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*